

Drs. 10465-11
Berlin 28.01.2011

Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften

Vorbemerkung	5
Kurzfassung	7
A. Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften	13
A.I Hintergrund und Ziel der Empfehlungen	13
A.II Grundlegende Bestimmung von Forschungsinfrastrukturen	18
A.III Unterscheidungsmerkmale von Forschungsinfrastrukturen	21
III.1 Grundversorgung und thematisch fokussierte Forschung	21
III.2 Investitionsumfang und (inter-)disziplinäre Bedeutung	24
III.3 Zentrale und dezentrale Bereitstellung	25
III.4 Relevanzkriterien	26
B. Förderung und Koordinierung von Forschungsinfrastrukturen	27
B.I Nationale Förderung und Koordinierung	27
I.1 Bund und Länder	27
I.2 DFG	31
I.3 Stiftungen	34
I.4 Probleme der nationalen Förderung	35
B.II Europäische Förderung und Koordinierung	38
II.1 European Strategy Forum on Research Infrastructures (ESFRI)	38
II.2 EU-Rahmenprogramm	39
II.3 European Science Foundation (ESF)	40
II.4 Probleme der europäischen Infrastrukturförderung	41
C. Bestandsaufnahme und Empfehlungen zu einzelnen Infrastrukturbereichen	42
C.I Versuche der Katalogisierung	42
C.II Umfrage unter den deutschen Fachgesellschaften	44
II.1 Ausgangssituation	45
II.2 Empfehlungen zur Aktivierung relevanter Akteure	46
C.III Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen	47
III.1 Große Datenerhebungen	48
III.2 Daten der amtlichen Statistik, prozessproduzierte Daten und Transaktionsdaten	51

III.3	Forschungsprimärdaten und Fragen der Langzeitarchivierung	54
III.4	Sprachressourcen und Digitalisierung des kulturellen Erbes	59
C.IV	Empfehlungen zu sozialen Forschungsinfrastrukturen	67
IV.1	Ausgangssituation	68
IV.2	Empfehlungen	70
C.V	Empfehlungen zu Großgeräten und Laboreinrichtungen am Beispiel von Neuroimaging und Archäometrie	72
V.1	Ausgangssituation	72
V.2	Empfehlungen am Beispiel von Neuroimaging-Einrichtungen und archäometrischen Laboren	72
D.	Empfehlungen zu Förderung, Koordinierung und Governance	74
D.I	Abstimmung der Förderinstrumente	74
D.II	Empfehlung eines nationalen Förderprogramms	75
II.1	Nationaler Roadmap-Prozess	78
II.2	ESFRI-Prozess	79
D.III	Koordinierung und Governance	80
D.IV	Forschungsinfrastrukturen in Lehre und Forschung	85
Anhang		87
Anhang 1	Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Datenerhebungen mit deutscher (Teil-)Stichprobe	88
Anhang 2	Overview of International Household Panel Studies	110
Anhang 3	Zusammenfassungen europäischer Roadmap-Dokumente	116
Anhang 4	Geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte auf der ESFRI-Roadmap 2008	126
	Abkürzungsverzeichnis	131

Vorbemerkung

Der Wissenschaftsrat hat in den vergangenen Jahren mehrere Stellungnahmen zu naturwissenschaftlichen Großgeräten vorgelegt. Er hat in dieser Zeit auch solche Disziplinen und Arbeitsgebiete im Blick behalten, deren Ausstattungen weniger umfangreich und kostenintensiv sind. So hat sich der Wissenschaftsrat dafür ausgesprochen, neben Großgeräten auch Wissensressourcen wie Sammlungen, Archive, digitale Datenbanken und Datensammlungen als Forschungsinfrastrukturen zu betrachten, die einer gesonderten Aufmerksamkeit und Förderung bedürfen. Ähnliche Empfehlungen liegen auf europäischer Ebene von Akteuren wie dem *European Strategy Forum on Research Infrastructures* (ESFRI) vor.

In einem Schreiben vom 17. Juli 2007 hat das BMBF den Wissenschaftsrat gebeten, Empfehlungen zum Entwicklungsbedarf der Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu erarbeiten. Der Wissenschaftsrat hat daraufhin das Thema „Infrastruktur für sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung“ im Januar 2008 in sein Arbeitsprogramm aufgenommen. Die Empfehlungen sollten geeignete Infrastrukturen und Schritte zu ihrer Entwicklung und Förderung identifizieren, die den Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland optimale Bedingungen für international beachtenswerte Forschungen bieten. Besondere Berücksichtigung sollten hierbei das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) finden. Da über die zukünftige Entwicklung und Finanzierung des SOEP und des RatSWD zeitnah entschieden werden musste, hat der Wissenschaftsrat seinen Evaluationsausschuss gebeten, die Bewertung von Status und Entwicklungsperspektiven dieser beiden Einrichtungen vor der Verabschiedung umfassender Empfehlungen zu den Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften vorzunehmen.

Der Evaluationsausschuss hat im März 2009 eigenständige Arbeitsgruppen zur Begutachtung von SOEP und RatSWD eingesetzt. Die entsprechende „Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Berlin“ sowie die „Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Berlin“ hat der Wissenschaftsrat am 13. November 2009 in Aachen verabschiedet.

Die Arbeitsgruppe zur „Infrastruktur für die sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung“ hat ihre Arbeit am 27. Februar 2009 mit dem Ziel aufgenommen, den aktuellen Bestand und den Bedarf an Infrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu ermitteln und Empfehlungen für die Weiterentwicklung, Förderung, Koordinierung und *Governance* von Infrastrukturen in diesem Bereich zu erarbeiten. In der Arbeitsgruppe haben viele – auch ausländische – Sachverständige mitgewirkt, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen weiß sich der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet.

Ebenso sei den Expertinnen und Experten aus dem Kreis der deutschen und europäischen Wissenschaftsförderer, der Universitäten, der wissenschaftlichen Bibliotheken, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der Stiftungen sowie der Forschungsdatenzentren für ihre Beiträge zu den Anhörungen der Arbeitsgruppe am 1. und 2. Juli 2009 in Köln sowie am 29. und 30. Oktober 2009 in Berlin gedankt.

Der Wissenschaftsrat spricht darüber hinaus den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgesellschaften, die sich an der Umfrage der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates zum Thema „Forschungsinfrastrukturen“ beteiligt haben, seinen Dank aus. Die Umfrageergebnisse haben dem Wissenschaftsrat auf seinen Sitzungen in Berlin am 26. bis 28. Januar 2011 vorgelegen.

Parallel zu der Arbeitsgruppe „Infrastruktur für die sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung“ haben zwei thematisch verwandte Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates „Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sammlungen als Forschungsinfrastrukturen“ und „Empfehlungen zur Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland“ erarbeitet. Der Wissenschaftsrat hat die Ergebnisse dieser drei Arbeitsgruppen zu „Übergreifenden Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen“ zusammengeführt.

Der Wissenschaftsrat hat die hier vorliegenden Empfehlungen am 28. Januar 2011 in Berlin verabschiedet.

Kurzfassung

Forschungsinfrastrukturen leisten in allen Wissenschaftsbereichen wesentliche Beiträge zum wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn, zur wissenschaftlichen Beantwortung von Fragen gesellschaftlicher Relevanz sowie zur internationalen Anschlussfähigkeit dieser Anstrengungen. Dies gilt für die Geistes- und Sozialwissenschaften ebenso wie für die Natur-, Ingenieur- oder Lebenswissenschaften. Speziell in den Geistes- und Sozialwissenschaften lässt sich seit gut einer Dekade beobachten, dass deren Forschungsinfrastrukturen eine Transformation durchlaufen: sie wandeln sich von tradierenden und Fachinformationen bevorzugen Hilfenrichtungen zu Inkubatoren für neue und innovative wissenschaftliche Fragestellungen aufgrund von Forschungsdaten, die durch diese Infrastrukturen selbst erst erzeugt werden. Dies gilt nicht nur für die von konkreten Forschungsfragen getriebenen Infrastrukturen, sondern auch für die Systeme der Grundversorgung mit Fachinformationen. Digital aufbereitete Fachinformationen bieten durch ihre Verknüpfung mit Metadaten ganz neuartige Möglichkeiten der forschenden Erschließung von Bibliotheks-, Archiv- und Sammlungsbeständen. Darüber hinaus etabliert sich in den Geistes- und Sozialwissenschaften – und hier insbesondere im Nachwuchsbereich – eine Kultur des internationalen und zunehmend auch interdisziplinären Austauschs, die über virtuelle Plattformen, Programme für Auslandsstipendien und Tagungsbesuche hinaus feste Anlaufstationen für die Begegnung in den wissenschaftlichen Gemeinschaften benötigt.

Es ist davon auszugehen, dass

- _ die Bedeutung großer Umfragestudien in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften,
- _ die Digitalisierung von Texten und historischen Artefakten in den Geisteswissenschaften,
- _ das zunehmende Interesse an der Forschung mit Laborgeräten in Teilen der Altertums-, Sozial-, Sprach- und Verhaltenswissenschaften sowie
- _ der wachsende wissenschaftliche Austausch über Länder- und Fächergrenzen hinweg

die Arbeitsweisen und internationalen Kooperationsmöglichkeiten in den Geistes- und Sozialwissenschaften im globalen Maßstab verändern werden.

Um international anschlussfähig zu bleiben, ist es aus Sicht des Wissenschaftsrates notwendig, der Infrastrukturentwicklung für die Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Das Engagement insbesondere für die von Forschungsfragen getriebenen Infrastrukturentwicklungen muss aus den wissenschaftlichen Gemeinschaften kommen, und entsprechende Projektvorschläge müssen sich in einem Ideenwettbewerb auszeichnen. Auch müssen die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgemeinschaften und Fachgesellschaften sowohl für die thematisch fokussierten Infrastrukturen als auch für die Grundversorgung eine aktive Rolle bei der Identifizierung und Bündelung entsprechender Bedarfe spielen. Darüber hinaus betrachtet es der Wissenschaftsrat als erforderlich, dass öffentliche und private Förderer über das Bisherige hinaus arbeitsteilige Förderstrategien und Programme zur Unterstützung bestehender und künftiger Infrastrukturen für die Geistes- und Sozialwissenschaften entwickeln. Dabei sind gegenüber den Naturwissenschaften vor allem die Besonderheiten bei der finanziellen Förderung, Organisation und rechtlichen Regulierung von Infrastrukturen zu berücksichtigen.

In den Geistes- und Sozialwissenschaften ergibt sich der Bedarf an Forschungsinfrastrukturen unter zwei Gesichtspunkten:

- _ Zum einen erhoffen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Forschungsinfrastrukturen praktische Erleichterungen und generell verbesserte Arbeitsmöglichkeiten, z. B. mit Blick auf den Zugang zu wissenschaftlicher Fachinformation. Die „klassischen“ Infrastrukturen der Versorgung mit Forschungsfachinformationen wie Bibliotheken, Archive und Sammlungen leiden seit Jahren an einer chronischen Unterfinanzierung. Dringend notwendige Investitionen in eine Digitalisierung und Retrodigitalisierung von Fachinformationen können von den meisten Bibliotheken nicht aus den ohnehin zu geringen Grundetats bestritten werden.
- _ Zum anderen ist der Aufbau von Infrastrukturen häufig eine Voraussetzung für die Beantwortung zukunftsweisender wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Fragen durch konkrete, thematisch fokussierte Forschungsprojekte. Beispielhaft können hier die Panelstudien in den Sozialwissenschaften genannt werden, die über den nationalen Rahmen hinaus immer größere Nutzerkreise erreichen und zu einer wachsenden Zahl von Forschungspublikationen führen. |¹ Der Wissenschaftsrat verweist in diesem Zusammenhang

|¹ Für einen Überblick über die bedeutendsten Haushaltspanelstudien siehe Anhang 2.

auf seine Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung der SOEP-Studie. |²

Mit Blick auf die internationale Anschluss- und Konkurrenzfähigkeit der Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland hält es der Wissenschaftsrat für dringend geboten, den Auf- und Ausbau ihrer Infrastrukturen wissenschaftspolitisch zu unterstützen. Er gibt in diesem Zusammenhang Empfehlungen zur Entwicklung und zur Förderung von Informationsinfrastrukturen, von sozialen Infrastrukturen sowie von Laboreinrichtungen.

Zu den Informationsinfrastrukturen zählen u. a. die großen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Umfragestudien. Hier ist Deutschland im internationalen Vergleich bereits gut aufgestellt und hat z. B. im Rahmen des ESFRI-Prozesses die Federführung des *Survey of Health, Aging and Retirement in Europe (SHARE)* übernommen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt der Bundesregierung, diese positive Entwicklung zu verstetigen und sich für die Federführung in weiteren internationalen Infrastrukturprojekten mit geistes- und sozialwissenschaftlichem Bezug einzusetzen.

Im Zusammenhang mit der Förderung von Infrastrukturen für die Aufbereitung und Vermittlung von Daten der amtlichen Statistik, prozessproduzierte Daten und Transaktionsdaten empfiehlt der Wissenschaftsrat die Konsolidierung der bestehenden sowie den Aufbau von neuen Forschungsdatenzentren. Hierzu sind geeignete Konzepte für eine langfristige wirtschaftliche Absicherung zu entwickeln. Die jeweiligen Geschäftsmodelle sollten so angelegt sein, dass potenzielle wissenschaftliche Nutzerinnen und Nutzer der Datensätze nicht durch prohibitive Bereitstellungsgebühren abgeschreckt werden.

Für die Langzeitarchivierung von Forschungsprimärdaten empfiehlt der Wissenschaftsrat den Ausbau von Referenz- und Zitationsmöglichkeiten für Datensätze sowie den stärkeren Einbezug qualitativer Daten und der Informationen aus „flüchtigen“ Datenquellen wie *Web-Seiten* und *Blogs* (in bestimmten Bereichen) in die Archivierungsaktivitäten. Dabei müssen jeweils fachspezifische Abstimmungsformen und Archivierungsstrategien gefunden werden, um die Relation von Aufwand und Ertrag in einem vernünftigen Verhältnis zu halten. Auch sollten ethische und rechtliche Bedenken mit Blick auf die zentrale Erfassung und Bereitstellung qualitativer und anderer auf den Einzelfall bezogener Forschungsdaten gemeinsam von Fachgemeinschaften und Förderern erörtert werden.

|² Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), Berlin, Drs. 9503-09, Aachen 2009.

Im Bereich der Informationsinfrastrukturen sind in den Geisteswissenschaften Digitalisierungen von besonderer Bedeutung. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den öffentlichen Forschungsförderern, sich nachhaltig für einen Ausbau forschungstauglicher Digitalisierungen und die Abstimmung unter den Anbietern bei der Standardisierung und der Vernetzung der Portale einzusetzen. Dabei ist auf einheitliche Standards, die Verknüpfung von Digitalisaten mit Metadaten sowie auf entgeltfreien Zugang zu Forschungsinformationen durch die wissenschaftliche Gemeinschaft und die Studierenden zu achten. Bei den Abstimmungsprozessen zum Aufbau digitaler Informationsinfrastrukturen, die zu Vernetzbarkeit und Austauschfähigkeit (Interoperabilität) zwischen einzelnen Angeboten sowie „one-stop-shopping“-Optionen im Rahmen zentraler Fachportale führen sollten, sieht der Wissenschaftsrat Optimierungsbedarf – auch hinsichtlich der Förderinstrumente und ihrer Kombination. Insbesondere im Bereich der öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken darf im Rahmen der Grundfinanzierung der Auf- und Ausbau der digitalen Informationsinfrastrukturen nicht in Konkurrenz zu den bisherigen Aufgaben treten, sondern muss komplementär erfolgen.

Soziale Forschungsinfrastrukturen wie Auslandsinstitute, Kollegs und *Centers of Advanced Studies* sind für die Geisteswissenschaften als permanente Orte des persönlichen kommunikativen Austauschs und der Entwicklung neuer Fragestellungen von essenzieller Bedeutung. Der Wissenschaftsrat begrüßt in diesem Zusammenhang die Förderung von Forschungskollegs durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Er empfiehlt den geisteswissenschaftlichen Fachgesellschaften und engagierten Forschergruppen, zum Aufbau solcher Infrastrukturen auch private Stifter und Sponsoren zu mobilisieren. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die geisteswissenschaftlichen Auslandsinstitute und das Deutsche Archäologische Institut als bedeutende soziale Forschungsinfrastrukturen auch für deren Gastländer zu fördern und von Einsparungen im Bundeshaushalt möglichst auszunehmen.

In Hinsicht auf die zunehmende Bedeutung naturwissenschaftlicher, technischer und medizinischer Methoden sowie entsprechender Großgeräte und Laboreinrichtungen für die Geistes- und Sozialwissenschaften empfiehlt der Wissenschaftsrat, grundsätzlich interdisziplinäre Kooperationen zwischen diesen Wissenschaftsbereichen zu intensivieren, und er führt dies am Beispiel von Neuroimaging-Einrichtungen und archäometrischen Laboren aus. Beim Zugang zu Geräten und Laboren im Rahmen interdisziplinärer Kooperationen und entsprechend abgestimmter Geräte- bzw. Labornutzung sollte die wissenschaftliche Qualitätssicherung den jeweiligen fachwissenschaftlichen Kriterien entsprechen.

Um Forschungsinfrastrukturen auf einer Wettbewerbsbasis in den Geistes- und Sozialwissenschaften gezielt und längerfristig fördern zu können, empfiehlt der Wissenschaftsrat dem BMBF die Auflage eines nationalen Förderprogramms in Abstimmung mit der DFG. Ein solches Förderprogramm hätte im Unterschied zu bereits bestehenden Förderinstrumenten die Funktionen, sowohl ein exploratives Feld für genuine Infrastrukturprojekte zu schaffen, als auch für deren längerfristige Absicherung bei fortwährender Qualitätssicherung durch *Peer Review*-Verfahren zu sorgen. Im Rahmen dieses Förderprogramms erfolgreiche Infrastrukturprojekte sollten einen Struktur bildenden Charakter für ihre jeweiligen Disziplinen oder interdisziplinäre Felder haben und innovative Forschungen ermöglichen. Hierüber sollten in Zwischenevaluationen und gestuften Förderrunden – von der Pilotphase bis zur etablierten Infrastruktur – geeignete Nachweise erbracht werden.

Mittelfristig könnte es ein nationales Förderprogramm für Infrastrukturprojekte in den deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften ermöglichen, einige der dort erfolgreich laufenden Projekte auch auf eine nationale und/oder europäische *Roadmap* für Forschungsinfrastrukturen aufzunehmen. Das vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene nationale Förderprogramm sollte als ein komplementäres Instrument zu bereits vorhandenen Förderinstrumenten – wie dem Programm für Langfristvorhaben der DFG oder dem Akademienprogramm von Bund und Ländern – konzipiert werden.

Die Absicht der Bundesregierung, eine nationale *Roadmap* für Forschungsinfrastrukturen erstellen zu lassen, wird vom Wissenschaftsrat ausdrücklich begrüßt. Dabei sollte sichergestellt werden, dass ein solches Verfahren die Entscheidungstransparenz in der Infrastrukturförderung erhöht und dass es zu einer breiten Aktivierung auch der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgemeinschaften führt. Der Wissenschaftsrat plädiert dafür, bei den Aufnahmeverfahren für Projekte auf die *Roadmap* von Bagatellgrenzen bei Investitionskosten für die Geistes- und Sozialwissenschaften abzusehen.

Der Wissenschaftsrat begrüßt die in den vergangenen Jahren deutlich sichtbar gewordenen Fortschritte bei der Organisation und Regulierung (*Governance*) – vor allem im Rahmen der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinfrastrukturen mit der Etablierung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD).³ Er empfiehlt, den Kreis der im RatSWD repräsentierten Disziplinen auszuweiten und insbesondere das Themenfeld der Erhebung und Nutzung qualitativer Daten zu integrieren. Den geisteswissenschaftlichen Fachgesell-

³ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Berlin, Drs. 9504-09, Aachen 2009.

schaften legt der Wissenschaftsrat nahe, die Einrichtung einer am Beispiel des RatSWD orientierten Organisationsform für ihre spezifischen Infrastrukturbedürfnisse zu prüfen. Dem BMBF empfiehlt der Wissenschaftsrat, einen solchen Selbstorganisationsprozess zu unterstützen.

Den Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Fachgesellschaften empfiehlt der Wissenschaftsrat, das individuelle Engagement von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beim Aufbau von Infrastrukturen stärker als bisher zu honorieren. Die Nutzung von Forschungsinfrastrukturen in der Lehre, Freistellungen des Leitungspersonals und der Mitarbeitenden für eigenständige Forschungen an und mit den Infrastrukturen sowie eine Berücksichtigung von Infrastrukturprojekten in der leistungsorientierten Mittelvergabe (LOM) sind Desiderate, auf die der Wissenschaftsrat die wissenschaftspolitischen Akteure und Einrichtungen aufmerksam macht.

Schließlich fordert der Wissenschaftsrat Förderer und Träger von Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften dazu auf, die Infrastrukturförderung und -entwicklung grundsätzlich mit Förderkonzepten für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu verknüpfen. Nur eine frühzeitige Anbindung des wissenschaftlichen Nachwuchses an die Forschungsinfrastrukturen befördert nach Auffassung des Wissenschaftsrates eine dynamische Entwicklung, die sich in der wechselseitigen Befruchtung von innovativen Methoden und neuen Forschungsfragen zeigt. Gleichzeitig muss in Förderkonzepten darauf geachtet werden, dass Nachwuchskräfte durch ihre Mitarbeit gerade an tendenziell befristeten Forschungsinfrastrukturen nicht den Kontakt zu anderen Tätigkeitsfeldern in und außerhalb von Forschung und Lehre verlieren.

Da es für die gezielte Weiterentwicklung von Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland an wissenschaftlichem Personal mit zugleich fachlicher als auch informationstechnischer Qualifikation mangelt, empfiehlt der Wissenschaftsrat neben einem Ausbau von Weiterbildungsangeboten die Einführung grundständiger Studiengänge, die zu einer entsprechenden Qualifikation führen.

A. Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften

A.1 HINTERGRUND UND ZIEL DER EMPFEHLUNGEN

Forschungsinfrastrukturen leisten in allen Wissenschaftsbereichen einen wesentlichen Beitrag zum Erkenntnisgewinn. Ohne Instrumente und Institutionen, die allen Mitgliedern der jeweiligen wissenschaftlichen Gemeinschaft zur Unterstützung ihrer Forschung zur Verfügung stehen, ist die Anknüpfung an vorhergegangene Erkenntnisprozesse und deren systematische Weiterentwicklung in einer dezentral organisierten Wissenschaftswelt nicht möglich. Dies gilt für die Geistes- und Sozialwissenschaften ebenso wie für die Natur-, Ingenieur- oder Lebenswissenschaften. Seit der Antike bieten in diesem Sinne Bibliotheken den unverzichtbaren Zugang zu Informationen, und in vielen Disziplinen wäre ein systematischer Erkenntnisgewinn ohne die Existenz von Archiven, Museen und Sammlungen nicht denkbar. Im 19. Jahrhundert waren es die deutschen Geisteswissenschaften, die durch ihre hervorragenden wissenschaftlichen Infrastrukturen, wie z. B. die *Monumenta Germaniae Historica* (seit 1819) oder die Editionstätigkeit der ‚Kirchenväter-Kommission‘ unter Adolf von Harnack (seit 1897), weltweit Anerkennung erlangten.

Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstehen zunehmend Infrastrukturen, die neuartige Forschungsdaten selbst generieren und als Inkubatoren für wissenschaftliche Fragestellungen wirken. Neben den Einrichtungen der Großforschung in den Naturwissenschaften sind hier beispielhaft die großen und international vergleichenden Studien in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zu nennen; des Weiteren helfen seit gut einer Dekade die forschungsgetriebenen Projekte der digitalen Erschließung und Aufbereitung von historischen und zeitgenössischen Texten und Artefakten in den Geisteswissenschaften, neue Forschungsfragen an „alte“ Bestände zu richten.

Der Begriff „Forschungsinfrastruktur“ verbindet sich mit Einrichtungen wie Bibliotheken, Archiven, Sammlungen und experimentellen Ausstattungen erst seit Ende des 20. Jahrhunderts. Der Impuls für diese Begriffsbildung kam dabei aus der naturwissenschaftlichen Großforschung. Seit den 1920er Jahren nahmen Großforschungseinrichtungen eine zunehmend wichtige Rolle in der wissenschaftlichen Arbeit insbesondere der Chemie, Astronomie und Teilchenphysik sowie in der Medizin- und Rüstungsforschung ein. |⁴ Spätestens seit den Anfängen des *Manhattan Projects* im 2. Weltkrieg und der Inbetriebnahme des ersten Teilchenbeschleunigers in Europa CERN (*Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire*) im Jahr 1954 sind Großforschungseinrichtungen Kristallisationspunkte international ausstrahlender Forschungsprojekte und werden entsprechend öffentlich gefördert. Dazu gehören u. a. Teilchenbeschleuniger, Forschungsreaktoren, Forschungsschiffe, Flugzeuge, Teleskope, Weltraumstationen und – in den Lebenswissenschaften – Großlabore und genetische Datenbanken. In den Geistes- und Sozialwissenschaften spielten demgegenüber bis vor wenigen Jahren forschungs- und projektgetriebene Infrastrukturen – neben Bibliotheken, Sammlungen, Museen und Archiven – eine untergeordnete Rolle.

Verschiedene parallel laufende Entwicklungen führten jedoch im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu einem verstärkten Engagement der Geistes- und Sozialwissenschaften bei der Etablierung eigener Infrastrukturen. Dazu gehörten insbesondere die durch die rapide Entwicklung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichte digitale Organisation und Bereitstellung von Informationen, die Öffnung der amtlichen Statistik für Forschungszwecke und die Professionalisierung der kommerziellen Umfrageforschung mit der sich daraus ergebenden Möglichkeit umfangreicher wissenschaftsbasierter Datenerhebungen.

In Deutschland ließ sich ein solcher Trend in den Sozialwissenschaften seit den 1970er Jahren beobachten. So wurden im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Sonderforschungsbereiches 3 zu „Mikroanalytischen Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) |⁵ und der *German Life History Study* (GLHS) |⁶ zwei große, repräsentative und wissenschaftsgeleitete Befragungen auf den Weg gebracht. Gleichzeitig setzten sich in den 1970er bis 1990er Jahren mehrere Me-

|⁴ Galison, P. L.; Hevly, B. W.: *Big Science. The Growth of Large-Scale Research*, Stanford 1999.

|⁵ Krupp, H.-J.: *Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Genese und Implementation*, in: *SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research*, 25 (2007), S. 1-16.

|⁶ Mayer, K. U.: *Retrospective Longitudinal Research: The German Life History Study*, in: Menard, S. (Hrsg.): *Handbook of Longitudinal Research: Design, Measurement and Analysis*, San Diego 2008, S. 85-106.

moranden für die bessere Zugänglichkeit der Daten der amtlichen Statistik ein. |⁷

Die von wissenschaftlicher Seite initiierten Bemühungen der Agenda-Gestaltung fanden auch in relevanten wissenschaftspolitischen Stellungnahmen ihren Niederschlag: Beispielsweise legte 1998 die US-amerikanische *Commission on Behavioral and Social Sciences and Education* des *National Research Council* einen Bericht zur Förderung von Forschungsinfrastrukturen in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften vor. |⁸ Und die 1999 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eingesetzte Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) verabschiedete 2001 Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Dateninfrastruktur, |⁹ die u. a. in die Gründung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) mündeten.

In den Geisteswissenschaften ging die Entwicklung des Bedarfs an Forschungsinfrastrukturen vor allem mit dem Trend zur digitalen wissenschaftlichen Informationsversorgung einher. Zwar wurde schon in den 1960er Jahren die Rolle des Computers für die Arbeit der Bibliotheken diskutiert, |¹⁰ die Bereitstellung digitalisierter Informationen fand jedoch erst in den 1990er Jahren in nennenswertem Umfang statt |¹¹ und wurde von der amerikanischen *National Science Foundation* (NSF) seit 1994 |¹² und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Folge zweier Stellungnahmen von 1995 |¹³ gefördert. Auch die Bund-

|⁷ Grohmann, H.; Bürgin, G.; Krupp, H.-J.; Verbockett, W.: Podiumsdiskussion zum Thema: Vielseitige Nutzung statistischer Einzelangaben und Datenschutz, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 64 (1980), S. 39-75; Hauser, R.; Wagner, G. G.; Zimmermann, K. F.: Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung. Ein Memorandum, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 82 (1998), S. 369-379; Krupp, H.-J.: Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik. Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, 50 (1975); Zapf, W.: Memorandum zur Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Mikrodaten der amtlichen Statistik, in: ZUMA-Nachrichten, 39 (1996), S. 172-175.

|⁸ Commission on Behavioral and Social Sciences and Education; National Research Council: Investing in Research Infrastructure in the Behavioral and Social Sciences. Washington, DC 1998.

|⁹ Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur, Baden-Baden 2001.

|¹⁰ Z. B. Licklider, J. C. R.: *Libraries of the Future*, Cambridge, MA 1965.

|¹¹ Saracevic, T.: Digital Library Evaluation: Toward an Evolution of Concepts, in: *Library Trends*, 49 (2000), S. 350-369.

|¹² Fox, E. A.: Digital Libraries Initiative (DLI) Projects 1994-1999, in: *Bulletin of the American Society for Information Science*, 26 (1999) (<http://www.asis.org/Bulletin/Oct-99/fox.html> vom 19.10.2010).

|¹³ DFG: Neue Informations-Infrastrukturen für Forschung und Lehre: Empfehlungen des Bibliotheksausschusses und der Kommission für Rechenanlagen, Bonn-Bad Godesberg 1995; DFG: Elektronische Publikationen im Literatur- und Informationsangebot wissenschaftlicher Bibliotheken, Bonn-Bad Godesberg 1995.

Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) und der Wissenschaftsrat haben in den Jahren 2000 und 2001 Empfehlungen zur Förderung und Weiterentwicklung der digitalen Informationsversorgung durch wissenschaftliche Bibliotheken vorgelegt. |¹⁴

Im Zuge der durch das BMBF finanzierten Weiterentwicklung der Grid-Technologie |¹⁵ sind in jüngerer Zeit außerdem verstärkte – maßgeblich aus den Reihen der Sprachwissenschaften sowie von den Bibliotheken selbst vorangetriebene – Bemühungen zur Etablierung des Begriffs *e-Humanities* zu nennen. Diese zielen darauf ab, den Forschungsinfrastrukturbegriff in den Geisteswissenschaften neben der digitalen Informationsversorgung auf andere *Web* basierte Werkzeuge (z. B. linguistische Korpora) auszudehnen. |¹⁶

Der Bedarf an Forschungsinfrastrukturen ergibt sich in den Geistes- und Sozialwissenschaften aus zwei grundlegenden Motiven, die häufig miteinander verstrickt sind: Erstens benötigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der gesamten Breite der disziplinären Felder Forschungsinfrastrukturen auf einer praktischen Arbeitsebene, die neue Arbeitsmöglichkeiten eröffnen und konkrete Erleichterungen im Arbeitsalltag bieten. Dies gilt beispielsweise mit Blick auf den Zugang zu wissenschaftlicher Information – von der Fachliteratur bis zu empirischen Forschungsdaten – für die Bedürfnisse in der Forschung und der Lehre gleichermaßen.

Neben der infrastrukturellen Versorgung mit Arbeitsmöglichkeiten und konkreten „Werkzeugen“ für Forschung und Lehre in der Breite einer Disziplin werden Forschungsinfrastrukturen, zweitens, als Voraussetzungen für thematisch fokussierte Forschungsprojekte betrachtet, die diese in die Lage versetzen können, international beachtete Forschungsergebnisse zu erzielen. Infrastrukturen sollen in diesem Kontext Forschungsdaten verfügbar machen, die die Beantwortung neuartiger Fragestellungen erlauben, die vorher nicht oder nur auf unzureichender Informationsbasis zu beantworten waren.

|¹⁴ BLK: Digitalisierung von wissenschaftlichen Bibliotheken, Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 84, Bonn 2000; Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung durch Hochschulbibliotheken, Köln 2001.

|¹⁵ Grid-Technologien sollen helfen, die bisherige lokale Gebundenheit der Forschung mit textbasierten Dokumenten und digitalisierten Texten zu überwinden und einen virtuellen Zugriff auf ortsverteilte Forschungsdaten zu ermöglichen. Das BMBF hat den Forschungsverbund TextGRID seit 2006 mit 1,6 Mio. Euro gefördert (<http://www.bmbf.de/press/1726.php> vom 19.10.2010).

|¹⁶ Siehe Gietz, P. et al.: TextGrid and eHumanities, in: Proceedings of the Second IEEE International Conference on e-Science and Grid Computing E-SCIENCE 06, IEEE Computer Society 2006, Amsterdam 2006 sowie Neuroth, H.; Aschenbrenner, A.; Lohmeier, F.: e-Humanities: Eine virtuelle Forschungsumgebung für die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, in: Bibliothek. Forschung und Praxis, 3 (2007), S. 272-279.

Hier können z. B. die nationalen Haushaltspanelstudien in den Sozialwissenschaften angeführt werden, |¹⁷ die immer größere Nutzerkreise erreichen und zunehmend als Instrumente der Dauerbeobachtung des sozialen und politischen Wandels genutzt werden. Für Deutschland ist hier beispielhaft die SOEP-Studie zu nennen, die ähnlich wie die *British Household Panel Study* oder die amerikanische *Panel Study of Income Dynamics* zahlreiche neue Forschungsfragen und -ergebnisse generiert und damit auch ein höheres Maß an komparativer Forschung befördert, als dies in der Vergangenheit möglich war.

In den Geisteswissenschaften spielen vor allem Digitalisierungen eine wichtige Rolle. In der Altorientalistik etwa konnten bereits über eine halbe Million Keilschrifttafeln digitalisiert werden. Sie stehen nun – inklusive einer innovativen Arbeitsumgebung – allen Interessentinnen und Interessenten weltweit zur Verfügung. Die Vernetzung von Textkorpora, z. B. im Deutschen Textarchiv, ermöglicht über Metadaten den Vergleich beliebiger Wörter in einem sprachlichen Dokument mit dem Gebrauch derselben Wörter in anderen Quellen.

Die leichte Verfügbarkeit von digitalisierten Dokumenten und Objekten inklusive Abschriften, Übersetzungen, Wortlisten und Grammatiken sowie die bestehenden Annotationsmöglichkeiten und der Zugriff auf Metadaten bewirken grundlegende Veränderungen der Forschungs- und Veröffentlichungsprozesse in den Geisteswissenschaften. Gut aufbereitete und beschriebene Digitalisate lassen Sammlungsgeschichten, hermeneutische Komplementaritäten und historische Zusammenhänge zwischen bislang nur ortsverteilt verfügbaren kulturellen Artefakten sichtbar werden, die in konventionellen, größtenteils gegenstandssichernden Präsentationsformen häufig verborgen bleiben. Die Möglichkeit, auch ortsferne Forscherinnen und Forscher in die Erstellung von Metadaten und Annotierung digitalisierter Objekte einzubeziehen, öffnet häufig neue Perspektiven auf diese Forschungsgegenstände und generiert innovative Fragestellungen schon im Prozess der Aufbereitung und Kommentierung von Daten.

Die fortschreitende Bedeutung digitaler Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften wird deren Arbeitsweisen und Kooperationsformen in Forschung und Lehre im globalen Rahmen verändern. Hierauf reagieren die vorliegenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Sie sollen Perspektiven für die Infrastrukturentwicklung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung in Deutschland aufzeigen. Nach einer grundlegenden Bestimmung des Forschungsinfrastrukturbegriffs (A.II.) und einer Typologisierung von Infrastrukturen (A.III.) wird in Teil B. die Förderung und Koordinierung geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschungsinfrastrukturen in Deutschland (B.I.) und

| ¹⁷ Siehe den Überblick in Anhang 2.

Europa (B.II.) erörtert. Auf dieser Basis wird eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse für die Infrastrukturlandschaft in den Geistes- und Sozialwissenschaften für Deutschland vorgenommen – die häufig auch in einen größeren europäischen Kontext eingebettet ist (C.). In Teil C. werden außerdem Empfehlungen für die Weiterentwicklung einzelner Infrastrukturtypen und den Umgang mit ihren spezifischen Problemen gegeben. Abschließend werden in Teil D. Empfehlungen zu Förderung, Koordinierung und *Governance* von Infrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie zu deren Verbindung mit Nachwuchsförderung und Hochschullehre gegeben.

A.II GRUNDLEGENDE BESTIMMUNG VON FORSCHUNGSINFRASTRUKTUREN

Den erstmaligen Gebrauch des im französischen Sprachraum entstandenen neulateinischen Neologismus „Infrastruktur“ als Bezeichnung für den Unterbau von Eisenbahn-Konstruktionen datieren Etymologen auf das Jahr 1875. |¹⁸ In Deutschland erlangte der Begriff 1954 durch seine Verwendung für die militärischen Anlagen der NATO lexikalischen Rang. In den 1960er Jahren kam es zu einer Ausweitung des Infrastrukturbegriffs auf eine zunehmend unüberschaubare Vielfalt wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bereiche. |¹⁹

Im wissenschaftlichen Kontext wurde der Infrastrukturbegriff auf die Forschung mit Großgeräten bezogen. Allerdings ist der Begriff „Forschungsinfrastruktur“ weiter als der des „Großgeräts“; er kann deshalb leichter den spezifischen Anforderungen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen angepasst werden.

Im Rahmen einer Bewertung naturwissenschaftlicher Großgeräte |²⁰ schloss sich der Wissenschaftsrat 2006 der im Rahmen des Europäischen Strategieforums für Forschungsinfrastrukturen (ESFRI) entwickelten weiten Definition des Begriffs „Forschungsinfrastruktur“ an. |²¹ Danach sind Forschungsinfra-

|¹⁸ van Laak, D.: Der Begriff ‚Infrastruktur‘ und was er vor seiner Erfindung besagte, in: Gadamer, H.-G.; Gründer, K.; Scholtz, G.: Archiv für Begriffsgeschichte, Bd. 41, Bonn 1999, S. 280-299.

|¹⁹ van Laak, D.: Der Begriff ‚Infrastruktur‘ und was er vor seiner Erfindung besagte, in: Gadamer, H.-G.; Gründer, K.; Scholtz, G.: Archiv für Begriffsgeschichte, Bd. 41, Bonn 1999, S. 287.

|²⁰ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu zwei Großgeräten der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung. Freie-Elektronen-Laser für weiche Röntgenstrahlung (BESSY FEL) und eisbrechendes Forschungsbohrschiff (AURORA BOREALIS), in: Wissenschaftsrat: Empfehlungen und Stellungnahmen 2006, Bd. III, Köln 2007, S. 89-247.

|²¹ European Strategy Forum on Research Infrastructures: European Roadmap for Research Infrastructures. Report 2006 (ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/esfri/docs/esfri-roadmap-report-26092006_en.pdf vom 19.10.2010) und European Strategy Forum on Research Infrastructures: European Roadmap for Re-

strukturen „ihrer Natur nach einzigartige Einrichtungen, Ressourcen und Dienstleistungen“, |²² die nach drei grundlegenden Typen unterschieden werden können:

1. Großgeräte (z. B. Teilchenbeschleuniger, Teleskope, Forschungsschiffe, große Laborgeräte, Satelliten für Fernerkundungen);
2. Forschungsinformationsinfrastrukturen (Sammlungen, Archive, strukturierte Informationen – z. B. Datenerhebungen und -sammlungen in den Sozialwissenschaften – oder digitale Datenbanken);
3. Informationstechnische Infrastrukturen oder e-Infrastrukturen (GRID, Groß- und Hochleistungsrechner, Hochleistungskommunikations- und Rechnergitterverbände einschließlich der für sie nötigen Software und Netzwerkverbindungen).

Die ESFRI-Definition schließt zentral aufgestellte und auf mehrere Standorte verteilte Forschungsinfrastrukturen ein und auch solche, die ohne physische Anlaufstelle ausschließlich virtuell bereitgestellt werden.

Ergänzend dazu hebt der Wissenschaftsrat folgende Merkmale von Forschungsinfrastrukturen hervor: Sie ermöglichen oder erleichtern die Forschung externer Nutzerinnen und Nutzer und werden von Fachgemeinschaften und nicht lediglich von einzelnen Personen oder Gruppen genutzt. Ausschließlich lokal genutzte Ausrüstungen oder Einrichtungen (persönliche Rechner, Institutsbibliotheken, lokale Rechenzentren) sind in diesem Sinne keine Forschungsinfrastrukturen. In der Regel zeichnen sich Forschungsinfrastrukturen dabei nicht nur durch einen translokalen, sondern – je nach Interesse an den von ihnen generierten, koordinierten und bereitgestellten Daten – durch einen transnationalen Charakter aus: ihre Bezugsgruppe ist potenziell die globale wissenschaftliche Gemeinschaft.

Um für breite Nutzerkreise zugänglich zu sein, gehen Forschungsinfrastrukturen gewöhnlich mit Standardisierungen, Normierungen und Regulierungen einher. Qualifiziertes Personal zur Ermöglichung oder Erleichterung der Forschung externer Nutzerinnen und Nutzer ist Teil einer Infrastruktur. Träger von Forschungsinfrastrukturen können öffentliche Einrichtungen und private

search Infrastructures. Report 2008

(ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/esfri/docs/esfri_roadmap_update_2008.pdf vom 19.10.2010).

|²² European Strategy Forum on Research Infrastructures: European roadmap for research infrastructures. Report 2006, S. 16 (eigene Übersetzung). Die ESFRI-Definition schränkt den Forschungsinfrastruktur-Begriff weiter ein und bezieht sich ausschließlich auf umfangreiche Forschungsinfrastrukturen, die von einer europäischen Forschungsgemeinschaft für Spitzenforschung im jeweiligen Feld als zentral betrachtet werden.

Unternehmen im kommerziellen oder gemeinnützigen (*non profit*) Bereich sein. Bezogen auf den Planungshorizont ihrer Finanzierung und *Governance* sind Forschungsinfrastrukturen mittelfristige bis langfristige und im Bereich der Grundversorgung tendenziell permanente Unternehmungen. Ihrem Charakter als translokalem und häufig transnationalem Gemeinschaftsgut entsprechend sollten die interne Organisation und externe Regulierung einer Infrastruktur – ihre *Governance* – ihren konkreten Aufgaben und den Nutzungsinteressen angepasst sein.

In dem vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Forschungsinfrastrukturbegriff hat die Funktion für externe Nutzerinnen und Nutzer somit einen zentralen Stellenwert. Die Zugangsmöglichkeiten, z. B. zu Forschungsinformationen und deren Nutzungsbedingungen, müssen sich an den Bedürfnissen und Arbeitsweisen aller potenziellen wissenschaftlichen Nutzerinnen und Nutzer orientieren und einen unlimitierten, von prohibitiven Gebühren freien Zugang ermöglichen. Universitäre und außeruniversitäre Forschungsinstitute, die ihre Infrastruktur nur Mitgliedern zur Verfügung stellen, wären dementsprechend keine Forschungsinfrastrukturen. Sie können aber (eventuell im Verbund mit anderen) Träger von Forschungsinfrastrukturen sein – etwa wenn im Rahmen längerfristiger Digitalisierungs- oder Datenerhebungsprojekte allgemein zugängliche Datenbanken entstehen.

Von einer oder mehreren Einrichtungen getragene Infrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften übernehmen häufig Serviceaufgaben zur Unterstützung überwiegend externer Forschung. Die Serviceleistungen werden gewöhnlich durch eigenständige Forschungsaktivitäten, Methodenentwicklung, Beratung und Weiterbildung externer Nutzerinnen und Nutzer sowie durch die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ergänzt.

Für die Geistes- und Sozialwissenschaften ist des Weiteren ein vierter Infrastruktortyp von großer Relevanz, der auch in anderen Wissenschaftsfeldern anzutreffen ist und dessen Einbeziehung über die bisherigen Stellungnahmen des Wissenschaftsrates zu naturwissenschaftlichen Großgeräten und über die ESFRI-Definition hinaus geht:

4. der Typus der sozialen Forschungsinfrastruktur (in der Regel Begegnungsräume des diskursiven Austauschs von aktuellen und der Entwicklung von neuen Forschungsfragen).

In den Naturwissenschaften entstehen soziale Infrastrukturen häufig als Nebenprodukt bei der Einrichtung von Großgeräten und im Kontext der gemeinschaftlichen Arbeit an den Geräten. Denn diese bieten neben der Bereitstellung von Experimentalanordnungen und Daten auch ein kollaboratives Arbeitsfeld, das disziplinären und interdisziplinären Austausch ermöglicht. Daneben existieren aber auch unabhängig von der empirischen Forschung mit Großgeräten

theoriebezogene Einrichtungen wie das Mathematische Forschungsinstitut Oberwolfach (MFO) und das Internationale Begegnungs- und Forschungszentrum für Informatik (IBFI), Schloss Dagstuhl, die als soziale Infrastrukturen ausschließlich dem Austausch unter Forscherinnen und Forschern dienen. Hierbei bieten sie Fachgemeinschaften Möglichkeiten der gemeinsamen theoretischen Reflexion sowie der wissenschaftlichen Selbstverständigung. Die beiden genannten Einrichtungen wurden mit Hinweis auf ihre singuläre Rolle für die jeweilige Disziplin vom Wissenschaftsrat für die Aufnahme in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder im Rahmen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL) empfohlen. |²³

Die Beschreibung des MFO durch den Wissenschaftsrat charakterisiert den Prototyp einer erfolgreichen sozialen Forschungsinfrastruktur: Das Institut „fördert den wissenschaftlichen Diskurs des Faches, generiert neue Ideen und initiiert Forschung, indem es im Rahmen eines Netzwerks die weltweit besten Forscherinnen und Forscher zu einem konzentrierten, intensiven Austausch zusammenbringt, auf diese Weise die jeweils erforderliche ‚kritische Masse‘ herstellt und insbesondere den wissenschaftlichen Nachwuchs im Fach fördert.“ |²⁴ Diese Kriterien sind auch an soziale Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften anzulegen, die allerdings von der Anlage der Fächer her auch einen deutlich interdisziplinäreren Zuschnitt haben können – wie z. B. das Wissenschaftskolleg Berlin. |²⁵

A.III UNTERSCHIEDSMERKMALE VON FORSCHUNGSINFRASTRUKTUREN

III.1 Grundversorgung und thematisch fokussierte Forschung

Hinsichtlich der Zwecke von Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften lassen sich drei Grundausrichtungen unterscheiden:

|²³ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Aufnahmeantrag des Landes Baden-Württemberg für das Mathematische Forschungsinstitut Oberwolfach (MFO) in die Blaue Liste, in: Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste und zu Aufnahmeanträgen in die Blaue Liste, Bd. X, Köln 2001, S. 347-368; Wissenschaftsrat: Stellungnahme zur Aufnahme des Internationalen Begegnungs- und Forschungszentrums für Informatik (IBFI), Schloss Dagstuhl, in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder nach der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen, in: Wissenschaftsrat: Empfehlungen und Stellungnahmen 2003, Bd. I, Köln 2004, S. 103-124.

|²⁴ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Aufnahmeantrag des Landes Baden-Württemberg für das Mathematische Forschungsinstitut Oberwolfach (MFO) in die Blaue Liste, in: Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste und zu Aufnahmeanträgen in die Blaue Liste, Bd. X, Köln 2001, S. 347-368, hier S. 349.

|²⁵ Siehe für weitere Beispiele Abschnitt C. IV.

- _ Forschungsinfrastrukturen, die auf eine konkrete Forschungsfragestellung zugeschnitten sind und von einem Forschungsprojekt zunächst zur eigenen Nutzung durch die Primärnutzerinnen und -nutzer aufgebaut werden;
- _ Forschungsinfrastrukturen, die von vornherein der Erhebung, Aufbereitung und Bereitstellung von Forschungsdaten für eine Vielzahl externer Nutzerinnen und Nutzer dienen und
- _ Forschungsinfrastrukturen, die zur wissenschaftlichen Grundversorgung in der Breite und damit zu gleichen Ausgangsbedingungen in der Versorgung mit Forschungsfachinformationen und -daten für eine wissenschaftliche Gemeinschaft beitragen.

So gehört etwa die bibliothekarische wie digitale Versorgung mit wissenschaftlicher Literatur zur Grundversorgung. Sie soll Forschung in der gesamten Breite einer Disziplin ermöglichen und muss daher für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne Einschränkungen zugänglich sein. Auch Einrichtungen, die z. B. den Zugang zu Forschungsprimärdaten und Fachinformationen dezentraler Anbieter koordinieren und/oder erleichtern, |²⁶ lassen sich zur Grundversorgung rechnen.

Spezifische empirische Datenerhebungen oder die Digitalisierung und Bearbeitung von Sammlungsobjekten unter bestimmten Fragestellungen sind dagegen Forschungsinfrastrukturen, die ambitionierte Forschung in thematisch eng fokussierten Bereichen ermöglichen sollen. Hier kann der Infrastrukturzugang zunächst auf die originär das Projekt betreibende Forschergruppe limitiert sein.

Eine Vielzahl von Infrastrukturprojekten steht zwischen diesen beiden Polen, indem sie Forschungsdaten von Beginn an auch für externe Nutzerkreise generiert. So werden z. B. bei einer wachsenden Zahl der großen Umfragestudienprojekte in den Sozialwissenschaften die Nutzung für eine breite wissenschaftliche Gemeinschaft und ein hierauf bezogener Service von den Datenproduzenten bereits von Beginn an in das Projektdesign integriert.

|²⁶ Dies können neben Bibliotheksportalen auch wissenschaftliche Fachportale wie z. B. das von 2002 bis 2007 von der DFG geförderte und nun in der Trägerschaft eines Vereins befindliche CLIO-Online für die historischen Wissenschaften, aber auch große koordinierende Projektverbünde wie das *Council of European Social Science Data Archives* (CESSDA) oder das *Common Language Resources and Technology Infrastructure Network* (CLARIN) sein (siehe C.III.). Eine weitere wichtige europäische Initiative auf diesem Feld ist die Plattform *European Cultural Heritage Online* (ECHO), die seit 2003 gemeinsam vom Max-Planck-Institut (MPI) für Wissenschaftsgeschichte, der Bibliotheca Hertziana, dem MPI für Psycholinguistik und 13 weiteren europäischen geisteswissenschaftlichen Institutionen betrieben wird. Ein gemeinsames Anliegen aller dieser Portale und Plattformen ist es, die ortsverteilten Quellen für die geisteswissenschaftliche Forschung über einen zentralen Zugriff verfügbar zu machen.

Die drei Grundausrichtungen von Forschungsinfrastrukturen unterscheiden sich nicht zuletzt durch die potenziellen Anreizstrukturen für die jeweils die Dienstleistung erbringenden Akteure. Einrichtungen der Grundversorgung bieten bislang kaum Möglichkeiten zum wissenschaftlichen Reputationsgewinn. Sie sind vornehmlich in Bibliotheken oder reinen Service-Einrichtungen bzw. Service-Portalen angesiedelt. Daten generierende Infrastrukturen mit einer weiten Nutzung dagegen verleihen ihren Betreiberinnen und Betreibern im Erfolgsfall durchaus eine eigenständige Reputation. Den zügigsten Reputationsgewinn freilich bieten forschungsgetriebene Infrastrukturen, die zunächst primär den Erstzugriff der Forscherinnen und Forscher auf ihre Daten sicherstellen, da sich hier Aufbau und Nutzung der Infrastruktur ohne zeitliche Verzögerung und Konkurrenz durch externe Nutzerinnen und Nutzer in eigene Publikationen umsetzen lässt.

Auch die mit Forschungsinfrastrukturen verbundenen wissenschaftspolitischen Ziele unterscheiden sich. Infrastrukturen für die Grundversorgung zielen auf eine Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen in Forschung und Lehre – nicht nur, aber vor allem an den Hochschulen. Demgegenüber dienen Infrastrukturen für thematisch enger fokussierte Forschungsvorhaben der internationalen Profilierung eines bestimmten (subdisziplinären) Feldes. Sie befördern zunächst einmal die Interessen einer kleineren Gruppe von stärker spezialisierten Forscherinnen und Forschern.

Schließlich unterscheiden sich Infrastrukturen der Grundversorgung durch ihren tendenziell permanenten Charakter von den mittelfristig oder längerfristig angelegten, aber grundsätzlich terminierten Infrastrukturen für thematisch fokussierte Vorhaben, unabhängig davon, zu welchem der beiden Typen letztere gehören.

Viele Forschungsinfrastrukturen vereinen Elemente der Grundversorgung und der thematisch fokussierten und häufig projektförmigen Forschung. Die Übergänge sind fließend. Auch mag eine Infrastruktur als spezielles Forschungsprojekt mit vergleichsweise wenigen Nutzerinnen und Nutzern beginnen und sich dann zu einer Infrastruktur für weite Kreise einer Fachgemeinschaft ausweiten. Dies zeigt ein Blick auf die Genese der erfolgreichen Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Zahlreiche dieser Einrichtungen haben als zeitlich befristete Forschungsprojekte begonnen und sich dann im Laufe der Jahre zu Einrichtungen der Grundversorgung in Forschung und Lehre entwickelt, die nicht nur einen bestehenden Bedarf abdecken, sondern neuen Bedarf schaffen, indem sie durch methodische Innovationen und durch die Generierung interessanter Fragestellungen zunehmend weitere Kreise von Nutzerinnen und Nutzern einbeziehen.

Die Grundausrichtung einer Forschungsinfrastruktur lässt sich somit nicht von vornherein ein für alle Mal festschreiben. Sie muss sich im Laufe der Zeit ihre

Adaptionsfähigkeit an eine dynamische Forschungslandschaft erhalten. Dies lässt sich am besten über externe Bewertungen durch Nutzer und *Peers* sicherstellen. Tatsächlich scheint der projektförmige Beginn von Infrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften und ihre Verstetigung im Laufe der Zeit auf der Basis positiver Begutachtungsergebnisse sowie der Wettbewerb um Fördermittel ein häufiger und zugleich probater Weg der Qualitäts- und Relevanzsicherung zu sein. Forschungsgetriebene Infrastrukturprojekte können nach negativen Evaluationen oder erfolglosen Drittmittelanträgen beendet werden, wenn sie

- _ die an sie geknüpften Erwartungen nicht erfüllen,
- _ in einem veränderten Umfeld disziplinärer und interdisziplinärer Fragestellungen ihre Relevanz verlieren oder
- _ den Anschluss an die Weiterentwicklung der Forschungsmethoden verlieren.

III.2 Investitionsumfang und (inter-)disziplinäre Bedeutung

Es ist sinnvoll, Forschungsinfrastrukturen auch nach ihrem Investitionsumfang und ihrer (inter-)disziplinären Bedeutung zu unterscheiden. Der Wissenschaftsrat hat in der Vergangenheit ein Doppelkriterium zur Definition „umfangreicher Forschungsinfrastrukturen“ im Feld der naturwissenschaftlichen Großgerätforschung entwickelt. Als begutachtungsrelevante Schwelle gilt hier ein Investitionsvolumen von 50,0 Mio. Euro. Diese Schwelle sollte unterschritten werden, wenn mit der Investition in eine Forschungsinfrastruktur „für eine Disziplin Struktur bildende oder Struktur verändernde Prozesse einhergehen.“²⁷ Zunehmend rücken neben den vom Kostengesichtspunkt her umfangreichen Forschungsinfrastrukturen auch mittlere²⁸ und – gemessen an den Naturwissenschaften – kleine Forschungsinfrastrukturen in das wissenschaftspolitische Blickfeld.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die bei Großgeräten übliche Unterscheidung in Investitionskosten und Betriebskosten aufgrund des dezentralen und personalintensiven Charakters sowie den in der Regel geringen Bau- und Geräteinvestitionen bei geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsinfrastrukturen

²⁷ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu zwei Großgeräten der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung. Freie-Elektronen-Laser für weiche Röntgenstrahlung (BESSY FEL) und eisbrechendes Forschungsbohrschiff (AURORA BOREALIS), in: Wissenschaftsrat: Empfehlungen und Stellungnahmen, 2006, Bd. III, Köln 2007, S. 126.

²⁸ ESF, EUROHORCs: The EUROHORCs and ESF Vision on a Globally Competitive ERA and their Road Map for Actions to Help Build it, in: Science Policy Briefing, 33 (June 2008) (http://www.eurohorcs.org/SiteCollectionDocuments/EUROHORCs_ESF_ERA_RoadMap.pdf vom 19.10.2010).

nicht in der gleichen Weise zum Tragen kommen, wie in den Naturwissenschaften. In einer 2006 publizierten europäischen Umfrage zu Forschungsinfrastrukturen in den Geisteswissenschaften waren ca. drei Viertel aller genannten experimentellen Forschungsinfrastrukturen mit kumulativen Gesamtkosten von unter 1,0 Mio. Euro verbunden; bei den Infrastrukturen zur Digitalisierung lagen die kumulativen Kosten bei ca. 66 % der Fälle unter 0,5 Mio. Euro. |²⁹ Die deutschen Finanzierungsanteile für die laufenden Kosten der fünf geistes- und sozialwissenschaftlichen Infrastrukturprojekte auf der *ESFRI-Roadmap* bleiben bei allen Projekten unterhalb eines Schwellenwertes von 3,0 Mio. Euro, zwei davon unterhalb der 1,0 Mio. Euro Marke. |³⁰

Es zeigt sich, dass die jeweiligen Investitionsgrenzen aus der Begutachtungspraxis der naturwissenschaftlichen Großgeräte nicht auf die Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften übertragen werden können. Als Anhaltspunkte für eine (inter-)disziplinäre Bedeutung wären entsprechend Aussagen bzw. Prognosen zu Struktur bildenden oder verändernden Effekten heranzuziehen. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass in der Vergangenheit wichtige Infrastrukturprojekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften in einem sehr kleinen Maßstab begonnen wurden und ihren Struktur bildenden Charakter erst im Laufe einer späteren extensiven Nutzung und damit verbundenen Ausweitung erwiesen haben.

III.3 Zentrale und dezentrale Bereitstellung

Unter den Infrastrukturen für die Geistes- und Sozialwissenschaften sind technische Großgeräte eher von marginaler Bedeutung, und die Bereitstellung von Daten und Digitalisaten erfolgt in der Regel über die Daten erhebenden bzw. digitalisierenden Einrichtungen. Man kann deshalb von einer im Wesentlichen dezentralen und in Teilen vornehmlich virtuellen Verteilung der Forschungsinfrastrukturen in diesem Bereich ausgehen. Dies muss kein Nachteil sein.

Es kann sich bei einer mangelnden Koordination der beteiligten Einrichtungen nachteilig auswirken, wenn es zu kostenträchtigen Überschneidungen und inkompatiblen Parallelentwicklungen kommt. Dies ist sowohl für externe Nutzerinnen und Nutzer wie auch für die Infrastrukturförderer vor allem dann ein unbefriedigender Zustand, wenn die Infrastrukturträger mit unterschiedlichen Erschließungs- und Aufbereitungsstandards arbeiten, die auch eine nachträg-

|²⁹ Humanities in the European Research Area: The HERA Survey on Infrastructural Research Facilities and Practices for the Humanities in Europe, 2006

(http://www.heranet.info/Admin/Public/DWSDownload.aspx?File=Files%2fFiler%2fFinal+deliverables%2fD7.1.1_HERA_Survey_on_Humanities_Infrastructures.pdf vom 20.10.2010).

|³⁰ Eigene Erhebung der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates.

liche Integration und Migration von Forschungsdaten erschweren oder unmöglich machen.

III.4 Relevanzkriterien

Bei den thematisch fokussierten und meist projektförmig finanzierten Infrastrukturen stellt sich schon in der Antragsphase der Projektförderung die Frage nach der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Relevanz mit besonderer Dringlichkeit. Zum einen sind die Investitions- und Betriebskosten hier größer als bei „regulären“ Forschungsprojekten; zum anderen erzeugen Infrastrukturen Pfadabhängigkeiten für die Lenkung späterer Mittelzuflüsse. Eine verlässliche Relevanz-Prognose im Vorfeld einer Förderentscheidung ist deshalb erforderlich. Die Kriterien für eine solche Prognose sind grundsätzlich keine anderen als in den Naturwissenschaften.

Das wissenschaftliche Potenzial einer Forschungsinfrastruktur ergibt sich aus dem Forschungsstand in den jeweiligen Bereichen und aus ihren Struktur bildenden oder verändernden Effekten. In diesem Zusammenhang sind die Erschließung neuer Forschungsgebiete, die Möglichkeit zu interdisziplinärer Kooperation und z. B. die Möglichkeit, Beiträge zur Bildung neuer Theorien zu leisten, von Bedeutung.

Als Indikatoren gesellschaftlicher Relevanz können auch die Potenziale einer Forschungsinfrastruktur zur Lösung konkreter Problemstellungen des sozialen, kulturellen, politischen, technologischen und ökologischen Wandels sowie die forschungsstrategische Bedeutung für das nationale Wissenschafts- und Innovationssystem angesehen werden.

B. Förderung und Koordination von Forschungsinfrastrukturen

B.1 NATIONALE FÖRDERUNG UND KOORDINIERUNG

Forschungsinfrastrukturen erweisen sich in den Geistes- und Sozialwissenschaften als überwiegend projektförmig organisiert; sie bedienen sich einer Vielzahl finanzieller Quellen, die auch unter den einzelnen Projekten zu gänzlich unterschiedlichen Verhältnissen hinsichtlich der Ausstattung, möglicher Kooperationspartner und der Dauerhaftigkeit der Infrastruktur führen. Um hier zu konkreten Empfehlungen für Infrastrukturen bezüglich der Angemessenheit, der Abstimmung und eventuell des Ausbaus der finanziellen Förderung zu kommen, erscheint es hilfreich, die relevanten Förderer und ihre Förderinstrumente gesondert zu betrachten.

I.1 Bund und Länder

Das BMBF ist seit mehr als einer Dekade in der Förderung von Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften engagiert. Bedeutsam war u. a. ein Memorandum von führenden Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern |³¹ zu „Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung“. Die Empfehlungen der daraufhin eingesetzten Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) sind weitgehend umgesetzt worden. Das BMBF fördert momentan die sozialwissenschaftliche Infra-

|³¹ Hauser, R.; Wagner, G. G.; Zimmermann, K. F.: Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung. Ein Memorandum, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 82 (1998), S. 369-379.

struktur mit ca. 5,0 Mio. Euro und die geisteswissenschaftliche Forschungsinfrastruktur mit ca. 2,5 Mio. Euro jährlich.

In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften lassen sich drei Grundlinien der Forschungsinfrastrukturförderung durch das BMBF identifizieren:

- _ Pilotprojekte im Bereich Datenzugang wie z. B. die Forschungsdatenzentren,
- _ Methodenprojekte und
- _ die Schaffung von nachhaltigen Strukturen wie z. B. des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), des Nationalen Bildungspanels (NEPS) und eines Koordinationsgremiums wie dem Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD).

Gemeinsam betreiben Bund und Länder die institutionelle Förderung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen im Rahmen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL) und des Akademienprogramms. In der WGL firmieren unter dem Begriff der „forschungsbasierten Infrastrukturen“ 18 Einrichtungen, die nach den Kriterien der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) überwiegend Infrastrukturleistungen erbringen. |³² Acht davon befinden sich in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Sektionen der WGL. Zu diesen acht Einrichtungen zählen in den Geisteswissenschaften folgende Institute:

- _ Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. (DIE),
- _ Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF),
- _ Herder Institut (HI),
- _ Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID).

In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften finden sich folgende Einrichtungen mit Infrastrukturcharakter nach der Ausführungsvereinbarung (AV)-WGL:

- _ Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL),
- _ Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (ZBW),
- _ Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung (GEI),
- _ Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS),
- _ Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) innerhalb des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Darüber hinaus haben auch zahlreiche andere Leibniz-Einrichtungen neben ihren Forschungsaufgaben Funktionen als Träger von Forschungsinfrastruk-

|³² Anlage zur Ausführungsvereinbarung WGL (Liste gemäß § 1 Abs. 2), in: GWK: Grundlagen der GWK 2009, Bonn 2009, S. 47-53.

turen für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Sie beherbergen z. T. Spezialbibliotheken, Sammlungen, Archive und Forschungsdatenzentren, bieten Fachportale, elektronische Dienstleistungen sowie Beratungen und Aus- und Weiterbildungsangebote für die wissenschaftlichen Gemeinschaften an. Für die Geisteswissenschaften sei hier nur exemplarisch das Institut für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim erwähnt, das u. a. Träger von Archiven, Recherche-Datenbanken, *Online*-Wörterbüchern und *Web* gestützten Werkzeugen zur Sprachanalyse ist (siehe Abschnitt C.III.4.).

Das von Bund und Ländern je hälftig finanzierte Akademienprogramm mit einem Gesamtvolumen von 50,0 Mio. Euro pro Jahr wurde 1979/1980 eingerichtet und ist seit 2001 in der Trägerschaft der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften. Es bietet Infrastrukturprojekten in den Geisteswissenschaften wie z. B. großen Editionen und Wörterbüchern eine längerfristige Förderung in einem Zeitraum von zwölf bis 25 Jahren. |³³ Derzeit werden in diesem Kontext 117 Editionen erarbeitet. Allein von den in den Jahren 2005 bis 2010 in das Akademienprogramm neu aufgenommenen 34 längerfristigen Vorhaben waren 20 Editionsprojekte. Damit machen Editionen heute ca. 70 % des gesamten Projektportfolios des Akademienprogramms aus. Die in der Union verbundenen Akademien sind selbst wiederum Träger einer großen Zahl anderweitig drittmittelgeförderter Infrastrukturprojekte.

Auch weitere gemeinsam von Bund und Ländern geförderte außeruniversitäre Forschungsorganisationen sind Träger von Infrastrukturen – im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften insbesondere die Max-Planck-Gesellschaft (MPG). |³⁴ Forschungsinfrastrukturen in den Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) gewinnen im Zuge jüngster Entwicklungen in der Gesundheitsforschung – insbesondere an den Schnittstellen von Medizin- und Lebenswissenschaften zu den Geistes- und Sozialwissenschaften – zunehmend an Bedeutung. Darüber hinaus gibt es weitere Infrastruktureinrichtungen, wie z. B. das Wissenschaftskolleg Berlin, die hälftig von Bund und Sitzland getragen werden. Die Länder fungieren über die Grundfinanzierung der Hochschulen und Hochschulbibliotheken hinaus auch alleine als Förderer von Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften – so z. B. das Land Bayern als Hauptförderer des Zentralinstituts für Kunstgeschichte und des Historischen Kollegs in München.

|³³ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Akademienprogramm, Drs. 9035-09, Saarbrücken 2009. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Akademie-Projekts liegt bei ca. 17 Jahren.

|³⁴ Beispielhaft seien hier die *Max-Planck-Digital-Library*, das Max-Planck-Institut für Psycholinguistik in Nijmegen sowie die Bibliotheca Hertziana in Rom und die Kunsthistorischen Institute in Florenz und Venedig erwähnt.

Die projektförmige Infrastrukturförderung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften durch das BMBF ist klar strukturiert; mit der deutschen Federführung des *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* (SHARE) und der mit Norwegen geteilten Federführung des *Council of European Social Science Data Archives* (CESSDA) – beide befinden sich auf der *ESFRI-Roadmap* – trägt das BMBF zur internationalen Konkurrenzfähigkeit deutscher Forschungsinfrastrukturen in den Sozialwissenschaften bei. In den Geisteswissenschaften werden insbesondere die Projekte TextGRID, D-Spin und eAQUA gefördert, deren Beteiligte auch bei den ESFRI-Projekten *Common Language Resources and Technology Infrastructure Network* (CLARIN) und *Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities* (DARIAH) aktiv sind. Mit Blick auf die sozialen Forschungsinfrastrukturen hat das BMBF im Rahmen der Förderinitiative „Freiraum für die Geisteswissenschaften“ – hierin Empfehlungen des Wissenschaftsrates aufgreifend |³⁵ –, die Käte Hamburger Kollegs etabliert, die für eine Dauer von sechs Jahren (mit einer Verlängerungsoption um weitere sechs Jahre) pro Kolleg mit bis zu 2 Mio. Euro jährlich gefördert werden. Ein weiteres, die Informationsinfrastrukturen aller Disziplinen betreffendes Aktivitätsfeld des BMBF liegt im Aufbau von Informationsverbänden der Bibliotheken – seit 2001 im Rahmen von „Vascoda – Internetportal für wissenschaftliche Information“ in Zusammenarbeit mit der DFG (siehe I.2.). |³⁶

Im Bereich der sozialen Forschungsinfrastrukturen für die deutschen Geisteswissenschaften obliegt die Grundförderung der geisteswissenschaftlichen Auslandsinstitute dem BMBF, die des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) und seiner Auslandsabteilungen dem Auswärtigen Amt.

Die Bundesregierung hat – auch in Reaktion auf den europäischen ESFRI-Prozess – die Auflage einer nationalen *Roadmap* für Forschungsinfrastrukturen zu einem ihrer wissenschaftspolitischen Anliegen in der laufenden Legislaturperiode gemacht. Es wird allgemein erwartet, dass zumindest mittelfristig auch geistes- und sozialwissenschaftliche Infrastrukturprojekte Aufnahme auf die nationale *Roadmap* finden werden.

|³⁵ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland, Köln 2006, S. 79-82.

|³⁶ Siehe auch den Abschlussbericht der BLK: Neuausrichtung der öffentlich geförderten Informationseinrichtungen, Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 138, Bonn 2006. Zur Zeit beschäftigt sich die von der GWK beauftragte und von der WGL eingesetzte Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“, (KII) u. a. auch mit diesem Themenbereich.

Die DFG orientiert sich seit 2003 an einem erweiterten Forschungsinfrastrukturbegriff, der auch Wissensressourcen der Geistes- und Sozialwissenschaften einschließt. Zum einen fördert sie Infrastrukturen der wissenschaftlichen Informationsversorgung wie z. B. Sondersammelgebiete der Bibliotheken und Nationallizenzen für den Literaturzugang. Die an derzeit 21 Universitätsbibliotheken und zwölf Spezialbibliotheken (davon sechs in der DFG-Förderung) befindlichen Sondersammelgebiete dienen primär der überregionalen Versorgung der Geistes- und Sozialwissenschaften. |³⁷ Seit 1998 ist der Aufbau Virtueller Fachbibliotheken Gegenstand einer systematischen DFG-Förderung. Besonders hervorzuheben ist hier das Beispiel der Virtuellen Fachbibliothek Ost- und Südostasien *CrossAsia* an der Staatsbibliothek zu Berlin, die nach Einschätzung der Fachvertreter zu einem unverzichtbaren Werkzeug der Ostasienforschung avanciert ist, das Deutschland zu einer Spitzenstellung auf diesem Gebiet verholpen hat.

Parallel hierzu hat das BMBF den Aufbau von Informationsverbänden gefördert. Beide Förderlinien hatten ähnliche Zielsetzungen und wurden 2001 im Rahmen von „Vascoda – Internetportal für wissenschaftliche Information“ gebündelt. An Vascoda sind über 40 wissenschaftliche Bibliotheken, Fachinformationsanbieter und wissenschaftliche Einrichtungen beteiligt, darunter alle Bibliotheken, die eine durch die DFG geförderte Virtuelle Fachbibliothek betreiben – in der Regel sind dies Sondersammelgebietsbibliotheken. Ebenfalls dazu gehören die zentralen Fachbibliotheken mit ihren Fachportalen, die Elektronische Zeitschriftenbibliothek (EZB), die Zeitschriftendatenbank (ZDB) sowie verschiedene Bibliotheksverbände. Ziel von Vascoda ist es, einen umfassenden Zugang zu den verteilten Informationsangeboten von Fachinformationszentren, wissenschaftlichen Bibliotheken, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wissenschaftlichen Fachgesellschaften und anderen Anbietern von Fachinformationen zu gewährleisten. Dabei setzt Vascoda auf eine arbeitsteilige Zusammenarbeit bei der Gestaltung von Fachportalen und auf deren Vernetzung zu einem möglichst umfassenden Gesamtangebot durch ein zentrales Einstiegsportal, ohne die einzelnen Fachangebote selbst ersetzen zu wollen. |³⁸

Darüber hinaus ist es Ziel der DFG-Fördermaßnahmen im Bereich der Versorgung mit Fachinformationen, das Sondersammelgebietssystem um digitale

|³⁷ DFG: Richtlinien zur überregionalen Literaturversorgung der Sondersammelgebiete und Virtuellen Fachbibliotheken. Stand: 20.02.2010, Bonn 2010.

|³⁸ <http://www.vascoda.de/vascoda?SID=VASC:811991483&LOCATION> vom 20.10.2010.

Ressourcen zu komplettieren. |³⁹ Dabei beabsichtigt die DFG, den konventionellen Bereich der Sondersammelgebiete unverändert fortzuführen und am Anspruch eines uneingeschränkt umfassenden Sammelauftrags festzuhalten. |⁴⁰ Komplementär hat die DFG 2010 ein neues Programm zur „Förderung herausragender Forschungsbibliotheken“ aufgelegt, das sich zum Ziel setzt, das Profil besonders forschungsdienlicher Bibliotheken zu schärfen und „ihren Charakter als Zentren der wissenschaftlichen Arbeit über die Funktion der Literaturversorgung hinaus zu stärken“. Die Definition einer Forschungsbibliothek hebt in diesem Zusammenhang eindeutig auf ihre Funktion als „Ort des direkten wissenschaftlichen Arbeitens“ und damit auf ihren unmittelbaren Charakter als Forschungsinfrastruktur ab. |⁴¹ Die Förderlaufzeit in diesem Programm beträgt maximal sechs Jahre.

Darüber hinaus engagiert sich die DFG mit Schwerpunktmaßnahmen zur Stärkung des elektronischen Publizierens und fördert verstärkt auch die Erschließung und Digitalisierung handschriftlicher und gedruckter Überlieferungen. In diesem Kontext unterstützt sie die Schaffung von Werkzeugen (z. B. Servicezentren für Digitalisierungen) und die Entwicklung von Standards. Mit Blick auf die Langzeitarchivierung von Forschungsprimärdaten hat die DFG in zahlreichen ihrer Schwerpunktprogramme den zeitnahen Transfer dieser Daten an öffentliche Repositorien zur Auflage gemacht. |⁴² Sonderforschungsbereiche und TransRegio-Projekte können bei der DFG für Zwecke des eigenen Informationsmanagements, des Wissenstransfers und der Langzeitspeicherung ihrer Forschungsdaten in Repositorien so genannte INF-Projekte als Teilprojekte beantragen. |⁴³

Als Beispiele für DFG-Fördermaßnahmen, die auf die Strukturbildung ganzer Wissenschaftsbereiche abzielen, können die Bildungsforschung und die Förderinitiative Geisteswissenschaften genannt werden. Eine Empfehlung des Wissenschaftsrates von 2006 aufgreifend, |⁴⁴ definiert und fördert die DFG in Abstim-

|³⁹ DFG: Merkblatt: Aktionslinie „Digitalisierung der DFG-Sondersammelgebiete“. DFG-Vordruck 12.154-4/09.

|⁴⁰ DFG: Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme: Schwerpunkte der Förderung bis 2015. DFG-Positionspapier, beschlossen am 29.5.2006. Bonn 2006, S. 4.

|⁴¹ DFG: Aufforderung zur Antragstellung. Ausschreibung „Förderung herausragender Forschungsbibliotheken“ (31.05.2010), Bonn 2010, S. 1.

|⁴² Kaemper, E.; Niessen, M.: Developing the Research Infrastructure in the Social Sciences: The Role and Contribution of the German Research Foundation, RatSWD Working Papers, 50 (2008), S. 2.

|⁴³ DFG: Merkblatt. Service-Projekte zu Informationsmanagement und Informationsinfrastruktur in Sonderforschungsbereichen INF. DFG-Vordruck 60.06-08/09.

|⁴⁴ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland, Köln 2006, S. 79-82.

mung mit dem BMBF Kolleg-Forschergruppen in den Geisteswissenschaften als soziale Forschungsinfrastrukturen, die sich mit einem Förderhorizont von acht Jahren an den Erfolgskriterien permanenter sozialer Forschungsinfrastrukturen orientieren. |⁴⁵ Im Kontext der Förderung sozialer Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften lassen sich auch die DFG-Förderinstrumente der wissenschaftlichen Netzwerke und der Nachwuchsakademien verorten. Beide Förderinstrumente zielen explizit auf die Unterstützung von Forscherinnen und Forschern in der Promotions- und vor allem der Postdoc-Phase ab und sind offen für alle wissenschaftlichen Disziplinen.

Ein weiteres, für die Forschungsinfrastruktur-Förderung relevantes Förderinstrument ist das Programm für Langfristvorhaben (aktueller Umfang ca. 18,0 Mio. Euro pro Jahr), in dem geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte mit einer Laufzeit von sieben bis zwölf Jahren gefördert werden können (z. B. Editionen, Sprachkorpora, große sozialwissenschaftliche Umfragestudien). In der Neufassung des Programms ist als zentrales Förderkriterium aufgeführt, dass die geförderten Projekte auch innerhalb ihrer Förderdauer und unabhängig von einer Weiterförderung als eigenständige Projekte wissenschaftlich tragfähig sein sollten. |⁴⁶

Neben der früher im Vordergrund stehenden gegenstandssichernden Aufgabe, die das Programm für Langfristvorhaben in große inhaltliche Nähe zum Akademienprogramm brachte, stehen heute auch problemorientierte Fragestellungen im Fokus der Förderung. Zu solchen Fragestellungen lassen sich z. B. an aktuellen Forschungsdesideraten orientierte Forschungsinfrastrukturprojekte rechnen. Relevant für ein im Langfristprogramm gefördertes „Leuchtturmprojekt“ ist seine Strahlkraft in die jeweiligen wissenschaftlichen Gemeinschaften.

Über das Programm für Langfristvorhaben hinaus tragen auch die DFG-Schwerpunktprogramme zur Etablierung von Forschungsinfrastrukturen bei – z. B. das Schwerpunktprogramm *Education as a Lifelong Process. Analyzing Data of the National Educational Panel Study*, das der wissenschaftlichen Nutzung der Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) dient.

In der übergreifenden Betrachtung des nationalen Rahmens zeigt sich eine Pluralität von Förderinstrumenten, die die DFG in verschiedenen zeitlichen Phasen und zu unterschiedlichen Zwecken zur Förderung von Forschungsinfrastruk-

|⁴⁵ DFG: DFG-Förderinitiative Geisteswissenschaften 2002 – 2007. Abschlussbericht, Bonn-Bad Godesberg 2007, S. 13-16.

|⁴⁶ DFG: DFG-Förderinitiative Geisteswissenschaften 2002 – 2007. Abschlussbericht, Bonn-Bad Godesberg 2007, S. 11-12.

turen in den Geistes- und Sozialwissenschaften einsetzt. |⁴⁷ Dies lässt sich an fünf ausgewählten Beispielen aufzeigen.

So werden die Erhebungswellen im Rahmen des *European Social Survey* (ESS) von der DFG im Rahmen des Programms für Langfristvorhaben gefördert, wobei die Grundfinanzierung dieser Infrastruktur von der Europäischen Kommission bereitgestellt wird. Während die *German Longitudinal Election Study* (GLES) vollständig im Langfristprogramm der DFG gefördert wird, ist die *Panel Study of Intimate Relations and Family Members* (PAIRFAM) in ihrer vierjährigen Aufbauphase Gegenstand einer Schwerpunktprogrammförderung. Vor Beginn der ersten Erhebungswellen und nach einer positiven Zwischenevaluation entschied die DFG, PAIRFAM im Rahmen des DFG-Langfristprogramms eine mittelfristig gesicherte Zukunftsperspektive zu geben.

Besondere Fälle der sukzessiven Koordination von DFG-eigenen und externen Förderinstrumenten stellen das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und die *National Educational Panel Study* (NEPS) dar.

NEPS wurde von Beginn an von der DFG mit initiiert, begleitet und in Arbeitsteilung mit dem BMBF auch von der DFG begutachtet. Während das BMBF nach der positiven Antragsbegutachtung durch die DFG die Förderung der NEPS-Infrastruktur übernommen hatte, lancierte die DFG wiederum in arbeitsteiliger Abstimmung mit dem BMBF ein Schwerpunktprogramm zur Erforschung der von NEPS gelieferten Daten.

Das SOEP startete zunächst als Sonderforschungsbereich und ging anschließend in die Normalförderung durch die DFG über. Zur langfristigen Absicherung der Stabilität dieser schon früh überaus erfolgreichen sozialwissenschaftlichen Forschungsinfrastruktur konnte das SOEP schließlich nach zwölf Jahren Normalförderung und auf Grundlage einer entsprechenden Empfehlung des Wissenschaftsrates im Jahr 2003, in die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern im Rahmen der WGL übernommen werden.

1.3 Stiftungen

Kapitalstarke große Stiftungen können in der Förderung von Forschungsinfrastrukturen in der Anfangsphase eine Rolle spielen. Sie sehen sich auf diesem Feld in der Regel in der Funktion von Impulsgebern, die Infrastrukturinnovationen anstoßen, diese aber nicht permanent finanzieren können und wollen. Kleinere Stiftungen haben sich in der Vergangenheit vor allem in der Förderung

|⁴⁷ Kaemper, E.; Niessen, M.: Developing the Research Infrastructure in the Social Sciences: The Role and Contribution of the German Research Foundation, RatSWD Working Papers, 50 (2008).

von sozialen Infrastrukturen für die Forschung engagiert. Grundsätzlich ist aber die Ressourcenintensität und die Langfristigkeit von umfangreichen Forschungsinfrastrukturen auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften für die meisten Stiftungen und eventuelle private Sponsoren eine große Hürde für ein dauerhaftes Engagement.

Exemplarisch lässt sich auf die VolkswagenStiftung verweisen, die in der Vergangenheit die Dokumentation bedrohter Sprachen (DoBeS) am Max-Planck-Institut für Psycholinguistik gefördert hat und die Forschung in Museen, welche vereinzelt auch Digitalisierungsprojekte umfasst, unterstützt. Im Bereich *e-Humanities* stellt die VolkswagenStiftung Mittel für Netzbildung und Austausch zur Verfügung. Die Gerda Henkel Stiftung fördert zwar selbst keine umfassenderen Infrastrukturaktivitäten, hat aber mit dem interaktiven Wissenschaftsportal L.I.S.A. im Jahr 2010 ein Fachangebot für Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler sowie ein Kommunikationsnetzwerk für ihre Stipendiaten und Förderpartner eingerichtet. Ziel von L.I.S.A. ist es, Beiträge aus allen Bereichen der historischen Geisteswissenschaften bereitzustellen und damit dem Bedarf an fächerübergreifenden Informationen in diesem Bereich Rechnung zu tragen. Mit Blick auf die Förderung von Infrastrukturen für die Geisteswissenschaften engagiert sich die Fritz Thyssen Stiftung traditionell im Bereich der Bibliotheksbeihilfen. Diese dienen der Beschaffung von Forschungsmaterial zur Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen des Förderportfolios der Stiftung an Einrichtungen ohne öffentlich-rechtliche Haushaltsträger. Weitere Stiftungen wie z. B. der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft oder der Daimler-Chrysler-Fonds haben sich im Bereich der Stipendienvergabe für Aufenthalte an sozialen Infrastrukturen wie dem Historischen Kolleg in München engagiert.

I.4 Probleme der nationalen Förderung

Eine institutionelle Förderung von Infrastrukturen für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung findet in Deutschland überwiegend im Kontext der von Bund und Ländern hälftig grundfinanzierten Einrichtungen mit „forschungsbasierter Infrastruktur“ der WGL und über das Akademienprogramm in den Akademien der Wissenschaften statt. Hinzu kommen einige Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), der zu 90 Prozent vom Bund finanzierten Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) sowie die allein vom Bund finanzierten geisteswissenschaftlichen Auslandsinstitute, das Deutsche Archäologische Institut (DAI) sowie die einschlägigen Ressortforschungseinrichtungen.

Darüber hinaus stellen die Länder den Hochschulen und Hochschulbibliotheken eine Grundfinanzierung zur Verfügung über die auch die Beschaffung und Bereitstellung von Fach- und Forschungsinformationen geleistet wird. Damit wird der Grundbedarf jedoch nicht hinreichend abgedeckt. Zunehmend ent-

steht der Eindruck, dass DFG-Fördermittel zur überregionalen Literaturversorgung in einigen Bereichen der Staats- und Universitätsbibliotheken zur Kompensation und nicht zur Ergänzung der Grundfinanzierung durch die Länder erhalten müssen. Entsprechend hat die Auflage eines DFG-Förderprogramms zur Unterstützung von Forschungsbibliotheken im Jahr 2010 unter denjenigen Trägern von Sondersammelgebieten für Aufregung gesorgt, die ihr Kerngeschäft bislang nicht in eigener Forschung gesehen haben. Sie befürchten eine Umschichtung der Ressourcen für die Sondersammelgebiete zu den im Rahmen des neuen Programms erfolgreichen Bibliotheken.

Gerade der Bereich der notwendigen Digitalisierung von Forschungsinformationen und wissenschaftlichen Sammlungen zeigt, dass Hochschulen und Hochschulbibliotheken hier auf die Einwerbung von Drittmitteln angewiesen sind, sofern sie ihre grundständigen Aufgaben nicht vernachlässigen wollen. Dies führte bislang zu einer wenig kohärenten und heterogenen Etablierung kleinteiliger Infrastrukturprojekte an verschiedenen Standorten unter Anwendung unterschiedlicher Standards der Erschließung und mit wenig Transparenz und Kooperation der einzelnen Akteure untereinander.

Bei vielen kleinformatischen Digitalisierungsprojekten blieb nicht selten der direkte Bezug zur fachwissenschaftlichen Forschung unklar. Dieser Umstand förderte den Eindruck, dass oftmals reine Servicebereiche ad hoc auf Gelegenheitsstrukturen der Drittmittelgeber reagierten, ohne ihre Vorhaben im Vorfeld hinreichend mit den Anforderungen der Fachwissenschaften abgestimmt zu haben. Eine kohärente, an konkreten Forschungsfragen orientierte Förderung der Infrastrukturen an der Schnittstelle von geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung zur Informatik – z. B. bei der Erstellung von Metadaten – bleibt dagegen ein Desiderat.

Ein Förderprogramm, das komplementär zur institutionellen Grundfinanzierung speziell auf die Finanzierung langfristig angelegter Infrastrukturen für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung angelegt wäre, ist ein Desiderat in der deutschen Wissenschaftslandschaft.

Insbesondere die notwendige Digitalisierung von Forschungsinformationen und wissenschaftlichen Sammlungen für die geisteswissenschaftliche Forschung leidet darunter, dass die verfügbaren Förderinstrumente auf nationaler Ebene nach wie vor zu wenig koordiniert sind. Sind Datenbestände einmal digitalisiert und mit Metadaten aufbereitet, fehlen für ihr Verfügbarhalten, routinemäßige *Updates*, Anpassungen an neue methodische Standards etc. die notwendigen Ressourcen. Sofern digitale Datenbestände nach der Aufbau- und Erschließungsphase nicht erkennbar zur Generierung neuer Forschungsfragestellungen beitragen, sind sie potenziell bestandsgefährdet.

Infrastrukturen für die thematisch fokussierte Forschung haben es mit Blick auf die Akquise von Drittmitteln zwar leichter, aber auch ihnen mangelt es häufig an langfristig berechenbaren Förderhorizonten. Die bisherigen Erfolge ad hoc konzipierter Förderungen für forschungsgetriebene Infrastrukturprojekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schicksale der Infrastrukturen und die jeweiligen Formen ihrer Förderung bzw. Institutionalisierung in der Vergangenheit häufig unmittelbar mit den persönlichen Präferenzen und Berufsbiographien der sie maßgeblich betreibenden Forscherinnen und Forscher verknüpft waren.

Dies hat die Entwicklungen der Infrastrukturen – neben allen Vorteilen, die eine solche *bottom-up-Governance* hat – auch erheblichen Zufälligkeiten, Unwägbarkeiten und Idiosynkrasien ausgesetzt. Darüber hinaus hat sich heute die Nachfrage nach Daten aus Forschungsinfrastrukturen der Geistes- und Sozialwissenschaften stark ausgeweitet. Sie wird getrieben von wachsenden Anstrengungen in Teilen der Fachgemeinschaften und einem erhöhten Bedarf aus Politik und Gesellschaft, was auch neue Anforderungen an die Nachhaltigkeit der Förderprogramme und ihrer Abstimmung stellt.

Mit Blick auf die sozialen Forschungsinfrastrukturen sind insbesondere die Einsparungen bei den geisteswissenschaftlichen Auslandsinstituten und vor allem beim DAI zu beklagen. Letzteres ist – trotz einschlägiger Empfehlungen des Wissenschaftsrates |⁴⁸ – aufgrund seiner institutionellen Zugehörigkeit zum Auswärtigen Amt und seines damit verbundenen Behördenstatus' nicht in der Lage, die allgemeinen Mittelkürzungen im Bereich der Bundesbehörden mit Verweis auf seine Forschungstätigkeit abwehren zu können. Darunter leiden insbesondere die auch für die Gastländer wichtigen Forschungsinfrastrukturen des DAI wie z. B. die Bibliotheksausstattungen, die Phototheken und Labore.

Deutschland verfügt im Vergleich zu anderen europäischen und außereuropäischen Ländern bislang nicht über eine *Roadmap* für Forschungsinfrastrukturen, die eine fächerübergreifende Investitionsplanung im nationalen Rahmen ermöglichen sowie Entscheidungen zur Beteiligung an multilateral finanzierten Infrastrukturen im Ausland aufgrund klar gesetzter nationaler Prioritäten unterstützen würde (siehe B.II. und Anhang 3). |⁴⁹

|⁴⁸ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Deutschen Archäologischen Institut (DAI), Berlin, in: Wissenschaftsrat, Empfehlungen und Stellungnahmen 2008, Bd. III, Köln 2009, S. 293-370.

|⁴⁹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 120-121.

II.1 European Strategy Forum on Research Infrastructures (ESFRI)

Im Jahr 2002 wurde auf europäischer Ebene ein Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen – *European Strategy Forum on Research Infrastructures* (ESFRI) – gegründet, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten sowie einem Vertreter der EU-Kommission zusammensetzt und von einem Sekretariat bei der Kommission unterstützt wird. |⁵⁰ Hintergrund war der Bedarf nach einer strategischen Planung im Bereich von Forschungsinfrastrukturen in Europa, die die langfristige Bindungswirkung solcher Entscheidungen berücksichtigt. Die Gründung von ESFRI erfolgte zum einen aufgrund der Einsicht in die zunehmende Komplexität von Forschungsinfrastrukturen, zum anderen auf Basis der Überzeugung, dass die Entwicklung von Forschungsinfrastrukturen – auch im Zusammenhang mit dem Aufbau des Europäischen Forschungsraums (ERA) – eher als Partnerschaftsaufgabe denn als Wettbewerbsfeld zu betrachten sei. |⁵¹

Im Jahr 2006 legte ESFRI im Anschluss an einen breiten Konsultationsprozess eine erste *European Roadmap for Research Infrastructures* vor, die Forschungsinfrastrukturprojekte für den Zeitraum der nächsten zehn bis 20 Jahre beinhaltet. Diese *Roadmap* wurde im Jahr 2008 aktualisiert; eine weitere Aktualisierung wird für 2011 erwartet. Die auf der *ESFRI-Roadmap* befindlichen Infrastrukturprojekte sind untereinander nicht priorisiert. Die *ESFRI-Roadmap* 2008 umfasst insgesamt 44 Infrastrukturprojekte, von denen fünf den Geistes- und Sozialwissenschaften zuzuordnen sind (siehe Anhang 4).

Auf Basis der *Roadmap* sollen die im ESFRI vertretenen Staaten nach dem Prinzip der „variablen Geometrie“, d. h. in einem gemeinsamen Vorgehen einer Gruppe interessierter EU-Mitgliedstaaten, konkrete Entscheidungen zur Realisierung von Projekten treffen können. |⁵² Mittlerweile sind 32 der 35 Infrastrukturprojekte der *ESFRI-Roadmap* von 2006 in der Vorbereitungsphase, die jeweils überwiegend mit Fördermitteln aus dem siebten Rahmenprogramm der Europäischen Kommission finanziert wird.

|⁵⁰ Der Gedanke, einen koordinierten Politikansatz auf dem Gebiet der Forschungsinfrastrukturen in Europa zu schaffen, entstand im Jahr 2000 auf der *Strasbourg Conference on Research Infrastructures*. Auf Bitten des Ministerrates setzte die EU-Kommission eine *High Level Expert Group* aus Vertretern aller Mitgliedstaaten ein, die die Bildung des ESFRI empfahl.

|⁵¹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 64-65.

|⁵² Vgl. die entsprechende Übersicht in: Europäische Kommission: *STC Key Figures Report 2008/2009* (2008), S. 111 ff. (Table II.3.1.).

Die fünf auf der ESFRI-Roadmap befindlichen Projekte der Geistes- und Sozialwissenschaften gehören zu den ersten, die in Europa auch finanziell umgesetzt werden.

Angeregt durch ESFRI wurde inzwischen eine Rechtsgrundlage geschaffen, die den Betrieb umfangreicher europäischer Forschungsinfrastrukturen erleichtern soll: das *European Research Infrastructure Consortium* (ERIC). |⁵³ Die Gründung von ERICs durch mindestens drei Mitgliedstaaten sowie sonstige qualifizierte Interessenten (an die EU assoziierte Staaten, Drittländer und auch internationale Sonderorganisationen) soll den gemeinsamen Aufbau europäischer Forschungsinfrastrukturen beschleunigen und erleichtern. Die einschlägige Rechtsverordnung spricht den ERICs eine in allen EU-Mitgliedstaaten anerkannte Rechtspersönlichkeit zu, die sich insbesondere durch die Vorzüge internationaler Organisationen wie z. B. die Umsatzsteuerbefreiung auszeichnet. |⁵⁴ Ob und inwiefern sich die Rechtsform des ERIC zukünftig auch für die in der Regel dezentralen und mit geringen Investitionskosten verbundenen europäischen Infrastrukturprojekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften anbietet, lässt sich gegenwärtig noch nicht beurteilen.

Angesichts des ESFRI-Prozesses haben zahlreiche europäische Staaten inzwischen transparente Planungsprozesse in Form von nationalen *Roadmaps* eingeführt, die zum Teil auch klare Prioritätensetzungen beinhalten und den jeweiligen Staaten als strategische Orientierungen in den europäischen Verhandlungsprozessen über den Neu- und Ausbau von Forschungsinfrastrukturen dienen (siehe Anhang 3).

II.2 EU-Rahmenprogramm

Die EU-Kommission stellt im siebten Rahmenprogramm (Laufzeit 2007-2013) ca. 1,7 Mrd. Euro für Forschungsinfrastrukturen zur Verfügung. Rund 1,0 Mrd. Euro werden in existierende Forschungsinfrastrukturen investiert. Der Rest steht für neue Forschungsinfrastrukturen und die Weiterentwicklung der Förderpolitik zur Verfügung. Bisher sind ca. 687,0 Mio. Euro verausgabt worden, davon 29,0 Mio. Euro für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Als Förderinstrument im Bereich bestehender Forschungsinfrastrukturen können die *Integrating Activities* des siebten Rahmenprogramms genannt werden (insgesamt 13 Projekte),

|⁵³ Verordnung (EG) Nr. 723/2009 des Rates vom 25. Juni 2009 über den gemeinschaftlichen Rechtsrahmen für ein Konsortium für eine europäische Forschungsinfrastruktur (ERIC). ABl. L 206/1 vom 8.8.2009 (http://www.euburo.de/arbeitsbereiche/infrastrukturen/neueinfrastrukturen/Download/dat_/fil_3385 vom 19.10.2010).

|⁵⁴ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 64.

durch die in den Geistes- und Sozialwissenschaften die Projekte *Longitudinal Enhancement and Access Improvement of the SHARE Infrastructure* (SHARE_LEAP) und *Cultural Heritage Advanced Research Infrastructures* (CHARISMA) gefördert werden. Neue Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften werden im Rahmen von Design-Studien (drei Projekte) und der Finanzierung einer Vorbereitungsphase (für die fünf auf der ESFRI-Roadmap vertretenen Projekte) gefördert. Die ebenfalls über die *Integrating Activities* geförderten Zugangsmöglichkeiten nationaler Forscherinnen und Forscher zu europäischen Forschungsinfrastrukturen sind für die Geistes- und Sozialwissenschaften eher von marginalem Interesse, da deren Infrastrukturen sich im Europäischen Forschungsraum primär durch dezentralen Zugriff und virtuelle Verfügbarkeit auszeichnen. |⁵⁵ Im Hinblick auf das achte Rahmenprogramm plant die Kommission ihr Engagement für Forschungsinfrastrukturen zu einem zentralen Handlungsfeld europäischer Forschungspolitik zu machen. Multilateral geplante Forschungsinfrastrukturen sollen demnach in der Folge eines noch nicht spezifizierten Auswahlverfahrens von der EU anteilig mitfinanziert werden. |⁵⁶

II.3 European Science Foundation (ESF)

Die Europäische Wissenschaftsstiftung – *European Science Foundation* (ESF) – hat zusammen mit dem Zusammenschluss der europäischen Forschungsräte (EUROHORCs) |⁵⁷ eine *Roadmap* erstellt, die u. a. die systematische Förderung von Forschungsinfrastrukturen mittleren Umfangs unterstützen soll. Zu diesem Zweck hat die ESF im Januar 2010 ein *Member Organisation Forum* zu *Medium-Sized Research Infrastructures* eingerichtet, das die europaweit koordinierte Weiterentwicklung in diesem Bereich begleitet. In diesem Zusammenhang wird auch das existierende Portal zu Forschungsinfrastrukturen (www.riportal.eu) ausgebaut. Darüber hinaus hat die ESF im ESFRI-Prozess Beobachterstatus und setzt sich in der *OECD Scientific Collections International*-Gruppe (SciColl) mit wissenschaftlichen Sammlungen als Forschungsinfrastrukturen auseinander.

|⁵⁵ Pasini, D.: Twenty Years of Transnational Access to Research Infrastructures. Program Committee Meeting 9 October 2009

(http://www.euburo.de/arbeitsbereiche/infrastrukturen/Zugang/Download/dat_/fil_5051 vom 20.10.2010).

|⁵⁶ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 64.

|⁵⁷ ESF, EUROHORCs: The EUROHORCs and ESF Vision on a Globally Competitive ERA and their Road Map for Actions to Help Build it, in: Science Policy Briefing, 33 (June 2008)

(http://www.eurohorcs.org/SiteCollectionDocuments/EUROHORCs_ESF_ERA_RoadMap.pdf) vom 20.10.2010.

Die ESF hat selbst keine spezifischen Instrumente zur Schaffung oder Förderung neuer Forschungsinfrastrukturen; sie ist auf diesem Feld primär beratend tätig. So ist z. B. das *ESF Social Sciences Standing Committee* in die *Governance* des *European Social Survey* involviert, berät die Entwicklung einer bibliometrischen Datenbank für die Sozial- und Geisteswissenschaften in Europa und unterstützt die europaweite Weiterentwicklung der *e-Social Sciences*. Auch das *Standing Committee for the Humanities* im ESF ist mit Fragen der europäischen Infrastrukturentwicklung beschäftigt.

II.4 Probleme der europäischen Infrastrukturförderung

Die europäischen Geistes- und Sozialwissenschaften hatten wenig Zeit, sich auf den ESFRI-Prozess einzustellen. Auf die *ESFRI-Roadmap* wurden insbesondere solche Projekte aufgenommen, deren Konzeptionen bereits für andere Zusammenhänge erstellt worden waren und die gerade in das Zeitfenster der Erstellung der ersten *ESFRI-Roadmap* hineinpassten. Mit Blick auf das *ESFRI-Update* 2008 gab es nur einen neuen Vorschlag für die Aufnahme einer bereits seit 1979 existierenden europäischen Wahlstudie, der allerdings abgelehnt wurde.

Es gibt derzeit keinen geregelten Prozess, um die Projekte von der nationalen Ebene auf die europäische *Roadmap* zu bringen und sie von dort in eine transparente Struktur der multilateralen Realisierung zu überführen.⁵⁸ Offen sind insbesondere die Verhandlungen über multilaterale Finanzierungen und die faktische Ausgestaltung der ERICs. ESFRI selbst wird nach den bisherigen Überlegungen keine Prioritätensetzung oder Förderentscheidung für europäische Forschungsinfrastrukturprojekte vornehmen. Welcher Akteur solche Entscheidungen künftig treffen könnte bzw. ob auf europäischer Ebene ein neues entscheidungsbefugtes Gremium geschaffen werden sollte, ist Gegenstand aktueller Überlegungen in der europäischen Wissenschaftspolitik.

⁵⁸ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 123.

C. Bestandsaufnahme und Empfehlungen zu einzelnen Infrastrukturbereichen

C.1 VERSUCHE DER KATALOGISIERUNG

Mehrere Arbeitsgruppen, die sich in der Vergangenheit international vergleichend mit Fragen der Forschungsinfrastruktur befassten, beklagten eine ausgesprochen unübersichtliche Datenlage. |⁵⁹ Deutschland bildet in diesem Zusammenhang keine Ausnahme: es besteht eine vielfältige Forschungsinfrastrukturlandschaft mit verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten. Eine Katalogisierung von Infrastrukturen fand bisher nicht statt.

Ein Versuch, dieser Unübersichtlichkeit auf europäischer Ebene Abhilfe zu schaffen, bestand in der Etablierung eines Internetportals, das die europäischen Forschungsinfrastruktureinrichtungen erfassen soll. |⁶⁰ Ergebnisse der Umfrage unter Forschungsförderern und Betreibern von Forschungsinfrastrukturen, auf denen dieses Portal basiert, sind in Berichtsform publiziert. |⁶¹ Aller-

|⁵⁹ Commission on Behavioral and Social Sciences and Education; National Research Council: Investing in Research Infrastructure in the Behavioral and Social Sciences. Washington, DC 1998. Siehe auch: OECD, Global Science Forum: Report on Roadmapping of Large Research Infrastructures, 2008 (<http://www.oecd.org/dataoecd/49/36/41929340.pdf> vom 20.10.2010).

|⁶⁰ European Commission: European Portal on Research Infrastructures (<http://www.riportal.eu> vom 20.10.2010).

|⁶¹ European Commission; European Science Foundation: Trends in European Research Infrastructures. Analysis of Data from the 2006/07 Survey, 2007 (http://ec.europa.eu/research/infrastructures/pdf/survey-report-july-2007_en.pdf vom 20.10.2010).

dings bildet der gegenwärtige Überblick die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften nur ausgesprochen partiell ab. |⁶² Ergänzend hinzuzuziehen sind Datenbanken, die speziell auf die Geistes- und Sozialwissenschaften ausgerichtet sind. Im Bereich der Geisteswissenschaften existiert auf europäischer Ebene die HERA-Umfrage (allerdings ohne Beteiligung Deutschlands), |⁶³ deren 235 erfasste Forschungsinfrastruktureinrichtungen eine Stichprobe darstellen, die eine Extrapolation auf die Situation in Deutschland erlaubt. |⁶⁴

Obwohl eine eindeutige Klassifizierung der jeweiligen Einrichtungen häufig schwierig ist, wird doch deutlich, dass der Großteil der geisteswissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen von Datenbanken, digitalisierten Texten und Objekten sowie linguistischen Korpora gebildet wird. Insgesamt zeigt sich, dass es sich bei über 90 % der Einrichtungen um digitale Ressourcen handelt, während technische oder räumliche Ressourcen für experimentelle Forschung in dieser Stichprobe weniger als 10 % der Infrastruktureinrichtungen ausmachen. Soziale Forschungsinfrastrukturen im Sinne der hier vorliegenden Empfehlungen sind dabei unberücksichtigt geblieben. Eine weitere europäische Umfrage, die sich explizit mit elektronischen Datenbanken in den Geistes- und Sozialwissenschaften auseinandersetzt, wurde von der *European University Association* unter dem Akronym MORESS (*Mapping of Research in European Social Sciences and Humanities*) durchgeführt. |⁶⁵

Ein jüngerer Versuch, die deutsche Forschungsinfrastruktur im Bereich der *e-Humanities* zu katalogisieren, wurde im Rahmen des DFG-Projekts „Konzeptionelle Entwicklung einer Forschungsinfrastruktur für die *e-Humanities* in Deutschland“ von der Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen vorgelegt. |⁶⁶ Die 39 darin aufgeführten deutschen und europäischen Zentren, Fach-

|⁶² Zum aktuellen Stand (20.10.2010) waren neun Projekte den deutschen Geistes-, Sozial- oder Verhaltenswissenschaften zugeordnet.

|⁶³ Es nahmen Infrastruktureinrichtungen aus Belgien, Estland, Finnland, Großbritannien, Irland, Island, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Slowenien und Tschechien teil. Die Antwortrate lag bei 41 %.

|⁶⁴ *Humanities in the European Research Area: The HERA Survey on Infrastructural Research Facilities and Practices for the Humanities in Europe*, 2006 (http://www.heranet.info/Admin/Public/DWSDownload.aspx?File=Files%2fFiler%2fFinal+deliverables%2fD7.1.1_HERA_Survey_on_Humanities_Infrastructures.pdf vom 20.10.2010). Für das HERA-Survey wurden 612 Forschungsinfrastrukturprojekte in den Geisteswissenschaften angeschrieben, von denen 235 geantwortet haben.

|⁶⁵ *European University Association: MORESS. Mapping of Research in European Social Sciences and Humanities*, Brüssel 2006 (<http://www.moress.org/report.html> vom 20.10.2010).

|⁶⁶ *Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen: State-of-the-Art Analyse e-Humanities*, Göttingen 2008

organisationen und Programme haben einen Schwerpunkt im Bereich technischer Weiterentwicklungen (z. B. Grid-Technologie) und den Möglichkeiten, diese für die Geistes- und Sozialwissenschaften nutzbar zu machen.

Eine vollständige Katalogisierung der Forschungsinfrastrukturlandschaft in den deutschen und europäischen Geistes- und Sozialwissenschaften, die nach Infrastrukturtypen differenzieren und ihre Bestandsaufnahme regelmäßig aktualisieren würde, ist aufwändig und zählt nach wie vor zu den Desideraten einer Wissenschaftsforschung für Zwecke wissenschaftspolitischer Beratung.

Die hier vorliegenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates können eine umfassende Bestandsaufnahme nicht ersetzen. Sie können jedoch auf Basis verfügbarer Materialien und mit Hilfe einer Umfrage unter den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgesellschaften zentrale Forschungsinfrastruktur-Komplexe identifizieren und im Rahmen dieser Komplexe einige hervorstechende und gut dokumentierte Infrastrukturprojekte *pars pro toto* ansprechen. Die Infrastrukturkomplexe werden zusammenfassend dargestellt und charakterisiert, so dass sich für den jeweiligen Bereich Empfehlungen ableiten lassen.

C.II UMFRAGE UNTER DEN DEUTSCHEN FACHGESELLSCHAFTEN

Um angesichts der unübersichtlichen Situation eine erste Einschätzung über vorhandene Forschungsinfrastrukturen und Hinweise auf entsprechende Bedarfe sowie Kriterien und Verfahrensvorschläge für künftige Infrastrukturen zu gewinnen, hat der Wissenschaftsrat eine Umfrage unter 99 deutschen Fachgesellschaften in den Geistes- und Sozialwissenschaften durchgeführt. |⁶⁷ Unter diesen Fachgesellschaften befanden sich alle wissenschaftlichen Vereinigungen, die im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften im Rahmen der DFG-Fachkollegienwahl 2007 vorschlagsberechtigt waren. Gefragt wurde nach

- 1) der Bedeutung bereits existierender Forschungsinfrastrukturen für die Mitglieder,
- 2) dem Bedarf bezüglich der Neuschaffung oder Weiterentwicklung von Forschungsinfrastrukturen,

(http://www.textgrid.de/fileadmin/TextGrid/konferenzen_vortraege/eHumanities_Juni08/SotAA_1.1.pdf vom 20.10.2010).

|⁶⁷ Die Ergebnisse der Umfrage haben dem Wissenschaftsrat auf seinen Sitzungen am 26. bis 28. Januar 2011 in Berlin als Anlage zu diesen Empfehlungen vorgelegen.

- 3) den zentralen Akteuren und Prozessen für die Entwicklung der in Deutschland verfügbaren Forschungsinfrastrukturen im jeweiligen Fach und
- 4) der Rollenzuschreibung der Fachgesellschaften in diesem Prozess.

Von den 99 angeschriebenen Fachgesellschaften haben 36 den Fragebogen beantwortet – darunter 26 der bei der DFG vorschlagsberechtigten wissenschaftlichen Vereinigungen. Drei Fachgesellschaften (darunter eine DFG-vorschlagsberechtigte) hatten sich anderweitig auf die Umfrage zurückgemeldet. Im Ergebnis zeigte sich ein in Teilen diffuses und ausgreifendes Verständnis von Forschungsinfrastrukturen, daraus resultierend heterogene Bedarfsanmeldungen und häufig wenig klar konturierte Vorstellungen über zentrale Akteure und Verfahren sowie die eigene Rolle in potenziellen Planungsprozessen.

II.1 Ausgangssituation

Die Umfrage des Wissenschaftsrates stellt einen ersten Versuch dar, Infrastrukturnutzungen, -bedarfe und -planungen unter den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgesellschaften in Deutschland zu erheben. Sie leistet damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Sensibilisierung des Bewusstseins in den Fachgemeinschaften, dass Infrastrukturen ein wichtiges Zukunftsfeld darstellen, in dem sich auch die Geistes- und Sozialwissenschaften vertreten durch ihre Fachgesellschaften engagieren sollten.

Mit Blick auf die Einschätzung der eigenen Rolle in der Weiterentwicklung der Forschungsinfrastrukturlandschaft verdeutlicht die Umfrage des Wissenschaftsrates ein bislang sehr unterschiedliches Organisations- und Artikulationsvermögen der verschiedenen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgesellschaften. Es zeigt sich, dass die Bedarfsartikulation je nach Subspezialisierung der jeweiligen Sektionen der Fachgesellschaften sehr heterogen sein kann und die Gesellschaften selbst bislang noch keine Organisationsstrukturen ausgebildet haben, die in der Lage wären, die heterogenen Interessen der jeweiligen Fachgemeinschaft zu bündeln, miteinander abzustimmen oder gar zu priorisieren. Dabei reicht die Bandbreite von Gesellschaften, die ihre Aufgabe explizit nicht in der Befassung mit Infrastrukturfragen für ihr Fach sehen, bis hin zu solchen, die – auch ausgelöst durch die Umfrage – entsprechende Arbeitskreise einsetzen und in Verständigungsprozesse mit verwandten Fachgesellschaften eingetreten sind.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen allerdings auch, dass manche Fachgesellschaften aufgrund aktueller finanzieller Umverteilungen in den Hochschulen und insbesondere Stellenverlusten, Umwidmung von Lehrstühlen etc. zu ihren Lasten mit anderen – als existenziell bedeutsamer wahrgenommenen – Pro-

blemen zu kämpfen haben und sich dadurch in der Bedarfsformulierung und Infrastrukturentwicklung behindert sehen.

II.2 Empfehlungen zur Aktivierung relevanter Akteure

Der Wissenschaftsrat hält daran fest, dass sich Forschungsprojekte und auch forschungsgetriebene Infrastrukturen aus den Interessen und Bedürfnissen von Forscherinnen und Forschern heraus entwickeln und im Wettbewerb um die besten Ideen durchsetzen müssen.

Zugleich gilt es, asymmetrische Entwicklungen zwischen den Naturwissenschaften auf der einen und den Geistes- und Sozialwissenschaften auf der anderen Seite |⁶⁸ sowie auch innerhalb des Fächerspektrums der Geistes- und Sozialwissenschaften im Auge zu behalten. Einige Disziplinen bzw. Subdisziplinen verfügen bereits heute über leistungsfähige Forschungsinfrastrukturen und ziehen dadurch weitere Aufmerksamkeit, Ressourcen und wissenschaftlichen Nachwuchs an sich. Bei anderen ist dies bislang nicht der Fall. Insbesondere in Bezug auf die letzteren empfiehlt der Wissenschaftsrat den einschlägigen Fachgesellschaften, ihre Mitglieder stärker für die Infrastrukturproblematik zu sensibilisieren und sich aktiv in die Infrastrukturdiskussion mit den Förderorganisationen einzubringen.

Fachgesellschaften sind Einrichtungen der wissenschaftlichen Selbstorganisation und Träger der disziplinären Kommunikation nach innen und außen. Sie unterstützen u. a. die Weiterentwicklung ihres Faches und fungieren damit auch als Träger der Interessenartikulation von Fachgemeinschaften gegenüber den öffentlichen Förder- und Trägereinrichtungen. |⁶⁹ Der Wissenschaftsrat empfiehlt deshalb den öffentlichen Förderern, die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgesellschaften in der Artikulation ihrer tatsächlichen Bedarfe und bei der Darlegung der gesellschaftlichen Relevanz ihrer Vorhaben stärker als bisher – z. B. durch interdisziplinär ausgerichtete *Workshops* – zu unterstützen. Des Weiteren weist der Wissenschaftsrat darauf hin, dass insbesondere interdisziplinär ausgerichtete Sonderforschungsbereiche (SFB), Forschungsverbände und Forschergruppen sich in der Vergangenheit häufig als Kristallisationspunkte bzw. Initiatoren für richtungsweisende Forschungsinfrastrukturentwicklungen erwiesen haben. Die Forschungsförderer sollten deshalb in die

|⁶⁸ Siehe auch mit Blick auf die Artikulationsfähigkeit der Fachgemeinschaften im Europäischen Forschungsraum: Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 67, 119-120.

|⁶⁹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S.104-105 sowie Wissenschaftsrat: Zur Förderung von Wissenschaft und Forschung durch wissenschaftliche Fachgesellschaften, Köln 1992.

ser Hinsicht erfolgreichen Verbänden Wege aufzeigen, wie den dort entwickelten Infrastrukturen – z. B. digitalen Datenbanken, Surveys etc. – längerfristige Perspektiven eröffnet werden könnten.

Der vom Wissenschaftsrat im Jahr 2009 begutachtete und vom BMBF geförderte RatSWD |⁷⁰ ist institutioneller Ausdruck einer erfolgreichen Selbstorganisation der beteiligten Disziplinen unter dem Gesichtspunkt der Bündelung infrastruktureller Kompetenz hinsichtlich des Zugangs zu dezentralen Datenbeständen für die quantitativen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Als unabhängiges gewähltes Expertengremium, dessen Mitglieder (sowohl Datennutzer als auch Datenbereitsteller) vom BMBF im Einvernehmen mit den übrigen Bundesministerien berufen werden, |⁷¹ zielt die Tätigkeit des RatSWD vornehmlich auf die strategische Planung von Forschungsinfrastrukturen und die generelle Verbesserung des Datenzugangs ab der beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen ab.

Den fachgesellschaftlichen Vertretungen und Sektionen der mit qualitativen Methoden der Sozialforschung arbeitenden Felder empfiehlt der Wissenschaftsrat, sich im RatSWD zu engagieren und seine diesbezügliche Erweiterung zu unterstützen. Solange es der überwiegenden Mehrheit der Fachgesellschaften in den Geistes- und Sozialwissenschaften – einzeln oder in Verbänden – nicht gelingt, in Selbstorganisation Akteure wie den RatSWD für die Entwicklung einer wissenschaftspolitischen Agenda für Forschungsinfrastrukturen zu schaffen, fehlen den Förderern feste Ansprechpartner über die Ebene einzelner besonders engagierter Individuen hinaus. Der Wissenschaftsrat halte es deshalb für sinnvoll, wenn die geisteswissenschaftlichen Fachgesellschaften die Einrichtung einer am Beispiel des RatSWD orientierten Einrichtung für ihre spezifischen Infrastrukturbedürfnisse prüfen würden (siehe auch Abschnitt D.III).

C.III EMPFEHLUNGEN ZU INFORMATIONSIINFRASTRUKTUREN

Insgesamt wurden von den Fachgesellschaften über 300 bestehende Forschungsinfrastrukturen benannt. Die Nennungen lassen sich dabei zum großen Teil dem Infrastrukturkomplex der Fachinformationen in den Bereichen Große Datenerhebungen (III.1), Daten der amtlichen Statistik, prozessproduzierte Daten

|⁷⁰ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Berlin, Drs. 9504-09, Aachen 2009.

|⁷¹ Die Vorschlagsliste für die wissenschaftlichen Mitglieder des RatSWD wird in einem Wahlverfahren, welches angelehnt an das DFG-Fachgutachterwahlverfahren entwickelt wurde, ermittelt. Die Vertreter der Datenhalter werden von den Daten produzierenden Einrichtungen vorgeschlagen. Auf dieser Basis erfolgt die Berufung der Ratsmitglieder durch das BMBF.

und Transaktionsdaten (III.2), Forschungsprimärdaten (III.3) sowie wissenschaftliche Informationsversorgung durch Archive, Bibliotheken und Sammlungen zuordnen. Die beiden letztgenannten Infrastrukturtypen behandelt der Wissenschaftsrat in gesonderten Empfehlungen, die auch auf ihre Bedeutung als Infrastrukturen für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung verweisen. |⁷² Die Problematik der insbesondere für die Geisteswissenschaften relevanten Digitalisierung von Archiven und Sammlungen sowie die Erschließung und Bereitstellung von Sprachressourcen wird in diesem Abschnitt unter Punkt III.4 behandelt.

III.1 Große Datenerhebungen

III.1.a Ausgangssituation

Große sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Datenerhebungen umfassen neben Umfragestudien mit repräsentativen Bevölkerungsstichproben auch andere Erhebungen individuumsbezogener Daten (z. B. Kompetenztests oder Schulleistungstests). Solche Datenerhebungen spielen insbesondere in Teilbereichen der Soziologie, der Psychologie, der Politikwissenschaft, der Volkswirtschaftslehre und der Bildungsforschung eine zunehmend wichtige Rolle. Sie tragen wesentlich zur Verbesserung der Forschungsmöglichkeiten und zur auf die Datenerhebungen aufbauenden Generierung innovativer Fragestellungen in diesen Disziplinen bei. Der Wissenschaftsrat hat u. a. 34 Datenerhebungen identifiziert, die eine Erhebung in Deutschland beinhalten und eine große Bandbreite an sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Themen abdecken. |⁷³ Neben soziodemographischen Basisdaten stellen sie beispielsweise weitere ökonomische Mikrodaten (einschließlich Daten zur Arbeitssituation), Gesundheitsdaten, Daten zu individuellen Kompetenzen sowie zu politischen Einstellungen und zu subjektiven Werthaltungen zur Verfügung. Entsprechend den Themen ist die Trägerschaft und finanzielle Förderung dieser Umfragestudien sehr vielfältig.

Neben dem BMBF werden Datenerhebungen vor allem vom Bundesministerium des Innern (BMI), dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sowie dem Bundesministerium für

|⁷² Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sammlungen als Forschungsinfrastrukturen, Drs. 10464-11, Berlin 2011, Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland, Drs. 10463-11, Berlin 2011 sowie in einem umfassenden Rahmen in Wissenschaftsrat: Übergreifende Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen, Drs. 10466-11, Berlin 2011.

|⁷³ Für diesen Bereich wurde ein detaillierter Überblick der bestehenden Studien erarbeitet, der in Anhang 1 dargestellt ist. Unterschieden wird zwischen (wiederholten) Querschnittstudien und – aufwändigeren und kostenintensiveren, aber bezüglich kausaler Analysen aussagekräftigeren – Längsschnittstudien.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen der entsprechenden Ressortforschungseinrichtungen finanziert. Auch die Bundesländer finanzieren Datenerhebungen – speziell im Bereich der Bildungsforschung.

Weiterhin werden Umfragestudien von internationalen Organisationen (z. B. der EU-Kommission) finanziert oder aus den institutionellen Haushalten außer-universitärer Forschungseinrichtungen – insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft und Instituten der WGL – bestritten. Im Rahmen der WGL ist z. B. die 1986 gegründete Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) |⁷⁴ als Trägerin mehrerer großer Datenerhebungen zu nennen.

Der Sektor großer längsschnittlicher Umfragestudien weitet sich momentan stark aus. So fördert die DFG seit 2008 die Nationale Wahlstudie (*German Longitudinal Election Study*, GLES, in Einzelförderung 2008-2020) und seit 2004 das Beziehungs- und Familienpanel (*Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics*, PAIRFAM, als Schwerpunktprogramm). Der Aufbau des Nationalen Bildungspanels (*National Educational Panel Study*, NEPS), das der Dokumentation und theoriegeleiteten Untersuchung von Bildungsverläufen über die gesamte Lebensspanne hinweg dient, wird vom BMBF von 2009 bis 2013 mit 68,0 Mio. Euro gefördert; die DFG unterstützt Analysen auf Basis dieser Daten von 2010 bis 2015 im Schwerpunktprogramm *Education as a Lifelong Process: Analyzing Data of the National Educational Panel Study*. Daneben erhalten der *European Social Survey* (ESS) und der *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* (SHARE) sowohl nationale Förderung als auch Förderung im siebten EU-Rahmenprogramm.

Der im Jahr 2009 durch den Wissenschaftsrat empfohlene Ausbau des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) |⁷⁵ sichert die Stellung dieser Forschungsinfrastruktur als eines der drei wichtigsten Haushaltspanels weltweit. |⁷⁶ Die Schaffung eines Innovations-Panels im Rahmen des SOEP eröffnet der experimentellen Spitzenforschung neue Möglichkeiten für repräsentative Untersuchungen.

Im Bereich der kommerziellen Meinungsforschungsinstitute, die mit der Durchführung der Feldarbeit für große Umfragestudien beauftragt werden können, besteht zurzeit eine oligopolistische Anbieterstruktur. Wenn die Durchführung nicht selbstständig durch den jeweiligen Träger erfolgt, stehen

|⁷⁴ 2008 wurden die drei vormals selbstständigen Service-Institute der GESIS, das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA), das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) sowie das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), unter dem Dach eines neuen Leibniz Instituts für Sozialwissenschaften – GESIS fusioniert.

|⁷⁵ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), Berlin, Drs. 9503-09, Aachen 2009.

|⁷⁶ Gemeinsam mit der US-amerikanischen *Panel Study of Income Dynamics* (PSID) und der *UK Household Longitudinal Study* (UKHLS).

für komplexe Datenerhebungen in der Regel lediglich Infas und TNS Infratest als kommerzielle Anbieter zur Verfügung.

III.1.b Empfehlungen

Große Datenerhebungen spielen in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften eine erhebliche und wachsende Rolle zur Beantwortung aktueller gesellschaftlicher Fragestellungen. Der Wissenschaftsrat unterstreicht die hohe Bedeutung der zunehmenden Förderungen für große Umfragestudien in den vergangenen Jahren. Sie waren zum Ausbau der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften notwendig.

Generell empfiehlt der Wissenschaftsrat insbesondere dem BMBF, die internationale Spitzenstellung Deutschlands bei den großen Umfragestudien zu konsolidieren. Desiderate bestehen noch im Bereich der Bildungsforschung, in dem Anstrengungen unternommen werden müssten, um z. B. die Übernahme von Konsortialführerschaften im Kontext europaweiter Umfragestudien zu ermöglichen. Auch sollte die zunehmende Koordination der verschiedenen großen Datenerhebungen und die Verbesserung der *Governance* der existierenden Unternehmungen im Vordergrund der Bemühungen von Förderern, Trägereinrichtungen und der verantwortlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stehen. Dazu ist aus Sicht des Wissenschaftsrates eine stärkere Abstimmung der Förderinstrumente der EU, des BMBF und der DFG notwendig.

Die Kooperation zwischen den Trägern großer Datenerhebungen ist aus Sicht des Wissenschaftsrates noch steigerungsfähig. Angesichts der beträchtlichen Investitionen in Umfragestudien empfiehlt der Wissenschaftsrat ein Gremium zu schaffen, das den regelmäßigen Austausch zwischen den Trägern organisiert. Eine sinnvolle Möglichkeit wäre die Schaffung eines ständigen Ausschusses am RatSWD (parallel zum ständigen Ausschuss der Forschungsdatenzentren), aber auch eine konsistente Fortführung des bereits eingerichteten Ad-hoc-Arbeitskreises könnte sich als tragfähig erweisen. Der Wissenschaftsrat sieht die Ziele des dort stattfindenden Austausches in:

- _ der Herstellung von Anschlussfähigkeit zwischen den unterschiedlichen Datenerhebungen durch Versuche zur Definition gemeinsamer Kernvariablen,
- _ der Verbesserung des nutzerfreundlichen Zugangs zu den Daten unter Verwendung *Web* basierter Datenportale,
- _ der Aktivierung neuer Methodenentwicklung – z. B. bei der Verknüpfung von Umfragedaten mit geo-referenzierten oder Transaktionsdaten,
- _ der Diskussion und Klärung ethisch-rechtlicher Fragen der Nutzung und Auswertung großer Umfragedaten – insbesondere auch mit Blick auf die Erhebung und Verknüpfung sozialer, soziogeographischer und biologischer Daten unter Datenschutzgesichtspunkten und

_ der Stärkung der Verhandlungsmacht gegenüber den kommerziellen Umfrageinstituten, die die Feldarbeit durchführen.

Der Wissenschaftsrat weist explizit darauf hin, dass von institutionellen Trägern großer Umfragestudien eine ‚Vorreiterrolle‘ hinsichtlich der Exploration neuer Themenfelder und zu deren Erforschung nützlicher Forschungsdesigns und Methodiken erwartet wird. Der Einbezug z. B. von geo-referenzierten oder biologischen Daten sowie Erhebungen, die in größerem Umfang auch außereuropäische Gesellschaften einbeziehen, zählen zu den Desideraten, denen sich gerade auch die dauerhaft grundfinanzierten sozialwissenschaftlichen Infrastrukturträger zuwenden sollten. Des Weiteren hält es der Wissenschaftsrat für unabdingbar, dass die Konzeption solcher Studien seitens der Träger ein Nachwuchsförderungskonzept enthält. Beides gewährleistet den Anschluss an den internationalen Stand der Umfrageforschung und die Anwendung aktueller Methoden und *Surveydesigns*. Darüber hinaus böte es den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen unmittelbaren Kontakt zur Forschung.

Für die bildungswissenschaftliche Forschung stellt der Wissenschaftsrat einen Mangel hinsichtlich des Zugangs zu längsschnittlichen Datenerhebungen im Bereich der tertiären Bildung fest, vor allem mit Blick auf Problemstellungen der Hochschulbildung und der beruflichen Bildung. Für die Daten des tertiären Bildungssektors empfiehlt der Wissenschaftsrat die Schaffung eines Forschungsdatenzentrums. Es sollte diejenigen Daten, über welche die einzelnen Hochschulen, die Länderministerien und statistischen Landesämter sowie z. B. die Hochschulinformationssysteme GmbH (HIS), das *International Center for Higher Education Research* (INCHER) an der Universität Kassel oder das Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (IFQ) verfügen, zusammenführen, aufbereiten und der Forschung zügig zur Verfügung stellen.

III.2 Daten der amtlichen Statistik, prozessproduzierte Daten und Transaktionsdaten

III.2.a Ausgangssituation

Daten der amtlichen Statistik, vor allem aber prozessproduzierte Daten, die im Rahmen von Verwaltungsprozessen z. B. bei Trägern der sozialen Sicherung erhoben werden, waren in der Vergangenheit für Zwecke wissenschaftlicher Forschung kaum zugänglich. Seit den Empfehlungen der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) |⁷⁷ hat sich der Zugang zu diesen Daten in Deutschland sehr verbessert.

|⁷⁷ Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur, Baden-Baden 2001.

Das liegt primär an einer aufgrund der KVI-Empfehlungen neu geschaffenen Infrastruktur, die den RatSWD sowie Forschungsdatenzentren und Datenservicezentren umfasst.

Der Wissenschaftsrat hat den Status und die Zukunftsperspektiven des RatSWD 2009 bewertet |⁷⁸ und kam zu dem Schluss, dass der Rat insgesamt die in ihn gesetzten Erwartungen übertroffen habe. Insbesondere habe er den Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik nachhaltig verbessert und unerlässliche Koordinations- und Plattform-Funktionen in der Weiterentwicklung der Forschungsinfrastrukturlandschaft übernommen. Zukunftsweisend – auch für den Umgang mit qualitativen Forschungsdaten aus den Geistes- und Sozialwissenschaften – sind dabei die vom RatSWD entwickelten Kriterien für die Forschungsdateninfrastruktur |⁷⁹ sowie seine beratende und qualitätssichernde Rolle bei der Entwicklung von Forschungsdatenzentren. |⁸⁰ Letztere decken allerdings in ihrer Gesamtzahl noch längst nicht den hohen Bedarf nach einem koordinierten Zugang zu Daten der amtlichen Statistik und anderen von Statistikämtern und Ressortforschungseinrichtungen gesammelten, für Forschungszwecke interessanten Daten ab. Für zahlreiche Ressortforschungseinrichtungen hat der Wissenschaftsrat die Einrichtung neuer Forschungsdatenzentren empfohlen. |⁸¹ Für die kommenden Jahre ist in diesem Bereich eine weiterhin dynamische Entwicklung zu erwarten.

|⁷⁸ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Berlin, Drs. 9504-09, Aachen 2009.

|⁷⁹ Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten: Kriterien des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) für die Forschungsdaten-Infrastruktur, Berlin 2008
(http://www.ratswd.de/download/publikationen_rat/RatSWD_FDZkriterien.PDF vom 20.10.2010).

|⁸⁰ In 2001 begann die Einführung der Forschungsdatenzentren zunächst mit der Einrichtung des Forschungsdatenzentrums des Statistischen Bundesamtes; das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter folgte – zunächst als Pilotprojekt – im Jahr 2002. Diese Forschungsdatenzentren haben das Ziel, den Zugang zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik und damit deren Nutzungsmöglichkeiten für Forschungszwecke zu erleichtern. Dazu haben insbesondere die Statistischen Landesämter, von denen 90 % aller Mikrodaten erhoben, aufbereitet und gespeichert werden, eine zentrale Datenhaltung eingerichtet, die Bundesländer vergleichende oder das ganze Bundesgebiet betreffende wissenschaftliche Analysen erleichtert. Bei den Trägern der sozialen Sicherung wurden das Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung sowie das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit eingerichtet. Bis 2010 wurden vom RatSWD insgesamt 15 Forschungsdatenzentren und Datenservicezentren akkreditiert. Siehe zur Entwicklung Habich, K.; Himmelreicher, R. K.; Huschka, D.: Zur Entwicklung der Dateninfrastruktur in Deutschland. RatSWD Working Papers, 157 (2010), S. 4-8.

|⁸¹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtung mit FuE-Aufgaben, Köln 2007. Insbesondere hat es in Einzelstellungnahmen Empfehlungen zur Einrichtung von Forschungsdatenzentren in folgenden Einrichtungen gegeben: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), Deutsches Jugendinstitut (DJI), Deutscher Wetterdienst (DWD), Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).

Neben Umfragedaten rücken zunehmend auch Transaktionsdaten aus Verwaltung und Wirtschaft in den Fokus der internationalen empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung. |⁸² Außer Finanztransaktionen und Telefoniedaten umfassen diese inzwischen auch Daten von *Web* basierten sozialen Netzwerken oder über die Mobilfunk-Nutzung gewonnene geo-referenzierte Daten.

III.2.b Empfehlungen zu Daten der amtlichen Statistik, prozessproduzierten Daten und Transaktionsdaten

Die zentrale Herausforderung in diesem Bereich sieht der Wissenschaftsrat in der Weiterentwicklung und dem Ausbau der Forschungsdatenzentren und Datenservicezentren. Diese sind der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Typologie folgend den Infrastrukturen für die Grundversorgung zuzuordnen. Dies macht eine langfristige Finanzierungsperspektive erforderlich, die – sofern es sich z. B. um Datenzentren im Rahmen von Ressortforschungseinrichtungen oder Leibniz-Instituten handelt – auch über die institutionelle Grundfinanzierung der Trägereinrichtungen zu bewerkstelligen ist. Der Wissenschaftsrat fordert die öffentlichen Förderer – und besonders das in diesem Bereich seit 2002 aktive BMBF – auf, die Forschungsdatenzentren auf dem Weg in eine langfristige finanzielle Absicherung weiter zu unterstützen. Dabei wird die dauerhafte Etablierung des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter durch Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister vom Wissenschaftsrat ausdrücklich begrüßt. Das vorgesehene Entgeltmodell, das eine hälftige Finanzierung der Forschungsdatenzentren aus Einnahmen in Form von Nutzungsgebühren vorsieht, wird vom Wissenschaftsrat hingegen kritisch gesehen. Es könnte dazu beitragen, dass der Zugang zum Infrastrukturangebot für die Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland sich wieder verschlechtert und deutsche Forscherinnen und Forscher im internationalen Wettbewerb benachteiligt werden. Der Wissenschaftsrat fordert die Wissenschaftsministerien von Bund und Ländern dringend auf, mit den Innenressorts eine Lösung umzusetzen, die die einzelnen Forscherinnen und Forscher sowie die Studierenden beim Datenzugang nicht zusätzlich finanziell belastet. Der Wissenschaftsrat empfiehlt mittelfristig eine Lösung anzustreben, die Forschung und an Forschungszwecke gekoppelte Serviceleistungen als Aufgabe der Statistischen Ämter gesetzlich verankern würde.

Der Wissenschaftsrat stellt fest, dass das System der Forschungsdatenzentren einen positiven Effekt auf die internationale Attraktivität der deutschen Sozialwissenschaften hat. Es sollte gerade auch im Bereich der Ressortforschungseinrichtungen aktiv weiter entwickelt werden. Hierbei ist zu beachten, dass durch

| ⁸² Lane, J.: Administrative Transaction Data, RatSWD Working Papers, 52 (2009).

Forschungsdatenzentren keine Doppelstrukturen zu bereits vorhandenen Datenarchiven entstehen. Nur Daten, die aus Gründen der Beratungsintensität oder des Datenschutzes nicht über Datenarchive vertrieben werden können, sollten über die Forschungsdatenzentren zugänglich gemacht werden.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, die Rolle des RatSWD in der Formulierung von Standards für die Datenbereitstellung und seine Funktion als Kommunikationsplattform zwischen den Forschungsdatenzentren weiter zu stärken. Der RatSWD sollte sich dabei zukünftig auf strategische Fragen der Weiterentwicklung der Dateninfrastruktur konzentrieren und gegebenenfalls die Einrichtung weiterer relevanter Forschungsdatenzentren vorschlagen. Im Bereich der Verknüpfung verschiedener Datenquellen für Forschungszwecke, wie z. B. der Kombination von wissenschaftlichen Umfragedaten mit Transaktions- und Prozessdaten, aber auch mit geo-referenzierten Daten etc., sollten etwaige Abwägungsprozesse zwischen datenschutzrechtlichen Belangen und dem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse sensibel behandelt und vom RatSWD einer Klärung zugeführt werden.

III.3 Forschungsprimärdaten und Fragen der Langzeitarchivierung

III.3.a Ausgangssituation

Ein in der Umfrage des Wissenschaftsrates von den Fachgesellschaften geäußertes Desiderat ist der Zugang zu Forschungsprimärdaten |⁸³, die aus öffentlich geförderten Projekten stammen. Die Allianzorganisationen fordern ebenfalls eine entsprechende Datenarchivierung und den grundsätzlich freien Zugang für die wissenschaftlichen Gemeinschaften zu den Forschungsprimärdaten. |⁸⁴ Dies wird als Beitrag zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis sowie als fördernder Faktor für hohe Meinungs- und Analysevielfalt, neue Forschungsansätze, kritische Re-Analysen und weiterführende Analysen (auch in Kombination mit anderen Datensätzen) sowie für methodologische Studien und die Ausbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte betrachtet. |⁸⁵ Die DFG hat im Jahr 2009 Empfehlungen zur Aufbewahrung und Bereitstellung von Forschungspri-

|⁸³ Hierunter versteht der Wissenschaftsrat nicht nur numerische Daten, sondern auch kulturelle Objekte, Artefakte und textliche Daten. Er behält sich vor, in späteren Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen zu urheberrechtlichen Problemen bei der Nutzung von Forschungsprimärdaten Stellung zu nehmen.

|⁸⁴ Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen: Grundsätze zum Umgang mit Forschungsdaten, RatSWD Working Papers, 156 (2010) sowie Berlin Declaration on Open Access to Knowledge in the Sciences and Humanities, Berlin 2003 (http://oa.mpg.de/openaccess-berlin/berlin_declaration.pdf vom 20.10.2010).

|⁸⁵ OECD: OECD Principles and Guidelines for Access to Research Data from Public Funding, 2007 (<http://www.oecd.org/dataoecd/9/61/38500813.pdf> vom 20.10.2010).

märdaten publiziert, |⁸⁶ denen die faktisch geübte Praxis allerdings nach wie vor nicht entspricht. Dabei stellt sich die Lage in den Geistes- und Sozialwissenschaften hinsichtlich quantitativer und qualitativer Daten unterschiedlich dar.

In den mit quantitativen Daten arbeitenden Sozial- und Verhaltenswissenschaften ist trotz der Existenz von Datenarchiven |⁸⁷ und der nachdrücklichen Aufforderung an Forscherinnen und Forscher, ihre Daten nach Analyse und Publikation dort abzulegen, die Zahl der Projekte, die dies tatsächlich tun, relativ gering. |⁸⁸ In einer Nutzerbefragung des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung der GESIS gaben nur 28 % der aktiven Nutzerinnen und Nutzer an, selbst bereits einen Datensatz archiviert zu haben, wohingegen 73 % dieser Personen schon einmal einen Datensatz bezogen hatten. |⁸⁹ Allerdings handelte es sich bei den bezogenen Datensätzen primär um Datensätze großer Umfragestudien, nicht um kleinere Erhebungen einzelner Forscherinnen und Forscher.

Die Bereitschaft zur Archivierung eigener Daten scheint bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern momentan eher gering zu sein. Dafür gibt es verschiedene Erklärungen:

- _ technische Schwierigkeiten (z. B. ein Mangel an leicht nutzbaren Plattformen),
- _ motivationale Hindernisse (z. B. der Wunsch, eigene Daten exklusiv zu nutzen und die Angst vor der Entdeckung von Fehlern und Schwächen der Datenerhebung),
- _ normative Hindernisse (z. B. Datenschutz- und Urheberrechtsbestimmungen),
- _ finanzielle Hindernisse (z. B. fehlende Mittel zur Digitalisierung von Forschungsprimärdaten im Rahmen von Forschungsprojekten),

|⁸⁶ DFG, Ausschuss für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme: Empfehlungen zur gesicherten Aufbewahrung und Bereitstellung digitaler Forschungsprimärdaten, Bonn 2009 (http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/wissenschaftliche_infrastruktur/lis/veroeffentlichungen/dokumentationen/download/ua_inf_empfehlungen_200901.pdf vom 20.10.2010). Bereits in ihrer Denkschrift zur „guten wissenschaftlichen Praxis“ hatte die DFG den wissenschaftlichen Gemeinschaften entsprechende Empfehlungen unterbreitet. Siehe DFG: Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis/ Safeguarding Good Scientific Practice, Weinheim 1998, S. 12-13.

|⁸⁷ Z. B. Datenarchiv für die Sozialwissenschaften – vormals Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, ZA – der GESIS oder PsychData-Archiv des Leibniz-Zentrums für Psychologische Information und Dokumentation, ZPID.

|⁸⁸ Kämper, E.; Niessen, M.: Developing the Research Infrastructure in the Social Sciences. The Role and Contribution of the German Research Foundation, in: RatSWD Working Papers, 50 (2008).

|⁸⁹ Stahl, M.; Bandilla, W.; Binder, G.; Dülmer, H.: GESIS-Arbeitsbericht Nr. 4: IZ, ZA, ZUMA im Urteil des akademischen Mittelbaus im Fach Soziologie, Bonn 2005 (http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/gesis_arbeitsberichte/GESIS_AB_4.pdf vom 20.10.2010).

_ ungelöste Kompetenzfragen (z. B. Standardisierungsprobleme bei der Verknüpfung von Forschungsprimärdaten mit Metadaten).

Darüber hinaus ist die Archivierung der Forschungsprimärdaten mit Arbeits- und Zeitaufwand verbunden, der häufig in der engen zeitlichen Taktung von Forschungsprojekten und im Hinblick auf die gängige Fluktuation der drittmittelfinanzierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen Ende der Projektlaufzeiten nicht vorgesehen ist.

Im Bereich der qualitativen Daten (beispielsweise Tonaufnahmen, Videoaufnahmen oder Transkriptionen von Interviews) existiert momentan in Deutschland kein bundesweites Servicezentrum, das die nutzerfreundliche Archivierung und nachhaltige Bereitstellung bzw. Nachnutzung von qualitativen Forschungsprimärdaten für Forschung und Lehre in den Geistes- und Sozialwissenschaften gewährleisten könnte. Insbesondere die freie Zugänglichkeit archivierter Medien (öffentlicher und privater Sender) – z. B. Aufzeichnungen von Radio- und Fernsehsendungen – für die Forschung ist ein dringendes Desiderat. Insgesamt lässt sich für Deutschland im Bereich der Archivierung qualitativer Forschungsdaten im internationalen Vergleich – z. B. zu Großbritannien |⁹⁰ – ein Nachholbedarf konstatieren.

Da eine Replikation von Studien im Bereich der qualitativen Forschung aufgrund der historischen und räumlichen Gebundenheit der Ergebnisse gewöhnlich nicht möglich ist, gilt intersubjektive Nachvollziehbarkeit wissenschaftlicher Aussagen anhand der gegebenen Forschungsprimärdaten als zentrales Gütekriterium qualitativer Forschung. |⁹¹ Ein Verlust der entsprechenden Daten ist vor diesem Hintergrund besonders sensibel. Allerdings gibt es auch vor dem Hintergrund datenschutzrechtlicher Überlegungen große Bedenken in Teilen der Gemeinschaft qualitativer Sozialforscherinnen und -forscher, die in einem konkreten Forschungskontext erhobenen qualitativen Daten z. B. zu bio-

|⁹⁰ In Großbritannien macht der *Economic and Social Research Council* (ESRC) den von ihm geförderten Projekten in der qualitativen Sozialforschung zur Auflage, die Datensätze – von narrativen und semi-strukturierten Interviews bis zu Feldnotizen und Tagebuchaufzeichnungen der Forschenden – beim *Economic and Social Data Service* (ESDS) zu hinterlegen. Der ESDS ist eine spezialisierte Unterabteilung des *UK Data Archive* an der *University of Essex*. Dort werden qualitative Forschungsdaten aus ganz Großbritannien in enger Kooperation mit den erhebenden Forscherinnen und Forschern deponiert und – wo dies für beide Seiten sinnvoll erscheint – für eine sekundäre Nutzung zu „*value-added products*“ aufbereitet. Der ESDS ist Träger der bedeutendsten Sammlungen von qualitativen sozialwissenschaftlichen Forschungsdaten in Großbritannien und bietet darüber hinaus Beratung und Training sowohl für die Daten deponierenden als auch für Daten nutzende Forscherinnen und Forscher. Siehe <http://www.esds.ac.uk/qualidata> vom 20.10.2010.

|⁹¹ Steinke, I.: Kriterien qualitativer Forschung: Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung, Weinheim; München 1999.

graphischen Lebensverläufen einzelner Individuen losgelöst von diesem Kontext einer größeren Öffentlichkeit zur Weiternutzung zur Verfügung zu stellen.

Faktisch kooperieren zurzeit das Datenarchiv für die Sozialwissenschaften der GESIS und das Archiv für Lebenslaufforschung (ALLF) an der Universität Bremen hinsichtlich der Erarbeitung von Voraussetzungen für die Realisierung eines Servicezentrums, das einen Beitrag zur Archivierung qualitativer Daten leisten könnte.

Auf europäischer Ebene haben sich 20 nationale Datenarchive zum *Council of European Social Science Data Archives* (CESSDA) zusammengeschlossen, dessen internationale Komponente im siebten Forschungsrahmenprogramm der EU gefördert wird und das sich unter deutscher und norwegischer Federführung – mit der GESIS als Partnereinrichtung in Deutschland – auf der ESFRI-Roadmap befindet. CESSDA hat sich u. a. zum Ziel gesetzt, eine europäische Infrastruktur zur Archivierung und Weitergabe von Forschungsprimärdaten aufzubauen. Darunter befinden sich die Daten des *European Social Survey* (ESS), des Eurobarometers und des *International Social Survey Programme* (ISSP).

Das Problem der Langzeitarchivierung digitaler wissenschaftlicher Informationen (Texte, Bilder, Film- und Tonaufnahmen, Forschungsprimärdaten, Quellcodes für Software) ist bislang auf nationaler Ebene nicht umfassend gelöst. Einige mit der Aufgabe der Langzeitarchivierung betraute Einrichtungen haben sich deshalb im Kompetenznetzwerk zur digitalen Langzeitarchivierung (nestor) zusammengeschlossen,⁹² dessen Ziele die nationale und internationale Vernetzung von Einrichtungen und die Zusammenführung von Expertise zum Thema Langzeitarchivierung und Langzeitverfügbarkeit digitaler Quellen sowie die Bündelung von Standardisierungsbemühungen sind.

Nestor wurde als BMBF-gefördertes Projekt (Laufzeit von 2003 bis 2009) begonnen und wird seit 2009 von den ehemaligen Projektpartnern gemeinsam mit weiteren Einrichtungen selbstständig weitergeführt.

III.3.b Empfehlungen zu Forschungsprimärdaten und Langzeitarchivierung

Die Bereitstellung von und der freie Zugang zu Forschungsprimärdaten werden vom Wissenschaftsrat grundsätzlich befürwortet, da sie die Grundlage für Re-Analysen, Sekundär-Analysen und Meta-Analysen bilden sowie Vergleichsdaten

⁹² Darunter die Bayerische Staatsbibliothek, die Deutsche Nationalbibliothek, die FernUniversität in Hagen, die Georg-August-Universität Göttingen – Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, die Humboldt-Universität zu Berlin, das Landesarchiv Baden-Württemberg, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz - Institut für Museumsforschung, das Bibliotheksservice-Zentrum Baden-Württemberg sowie das Institut für Deutsche Sprache.

für Replikationsstudien liefern. Die Verfügbarkeit von Forschungsprimärdaten trägt darüber hinaus zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis bei. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Trägereinrichtungen die umfassende und langfristige Archivierung qualitätsgesicherter und für die jeweilige wissenschaftliche Gemeinschaft langfristig relevanter Daten.

Im Bereich quantitativer Forschungsprimärdaten empfiehlt der Wissenschaftsrat, die Nutzerfreundlichkeit der Angebote in Archivierung, Recherche und Abruf durch die Träger noch deutlicher zu erhöhen. Leicht bedienbare Benutzeroberflächen und Portale würden die Bereitschaft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Daten zu archivieren, zweifellos erhöhen. Im Rahmen der großen Umfragestudien begrüßt der Wissenschaftsrat den Aufbau von Forschungsdatenzentren direkt bei den Datenproduzenten wie z. B. bei der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) oder dem *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* (SHARE).

Im Bereich qualitativer Forschungsprimärdaten empfiehlt der Wissenschaftsrat den öffentlichen Forschungsförderern DFG und BMBF, Arbeitsgruppen zu initiieren, die entsprechende Archivierungs- und Nutzungskonzepte speziell für qualitative Forschungsdaten erarbeiten sollten. Hierbei würde es sich lohnen, auf bereits in anderen Ländern – z. B. beim britischen ESDS – vorhandene Expertise zurückzugreifen. In diesem Kontext könnte auch ein Prüfauftrag an den RatSWD erwogen werden. Bei den bereits laufenden Bemühungen zur Einrichtung eines bundesweiten Servicezentrums für qualitative Forschungsprimärdaten durch das Datenarchiv für die Sozialwissenschaften der GESIS in Kooperation mit dem Archiv für Lebenslaufforschung (ALLF) an der Universität Bremen sollten die datenschutzrechtlichen Bedenken der Kritikerinnen und Kritiker an einer breiteren Öffnung qualitativer Datensätze für die externe Nutzung Beachtung finden. Auch bei diesem bereits konkreten Projekt erscheint dem Wissenschaftsrat der Einbezug internationaler Expertise hilfreich.

Bei der Entscheidung über die Archivierung sollte generell der Aufwand für die einzelne Forscherin bzw. den einzelnen Forscher und der Nutzen für die wissenschaftliche Gemeinschaft in einem angemessenen Verhältnis stehen. Der Wissenschaftsrat fordert insbesondere die Forschungsförderer auf, Anreize zu schaffen, um qualitativ hochwertige Daten zu archivieren und langfristig zu sichern. Zu diesem Zweck sollten Referenz- und entsprechende Zitationsmöglichkeiten für Datensätze ausgebaut werden. *Persistent identifier* (PI) bzw. *digital object identifier* (DOI) erlauben eine eindeutige Identifizierung und Zitierbarkeit digital hinterlegter Daten selbst dann, wenn sie ihre Speicherorte (in der Regel referenziert über den *uniform resource locator*, URL) wechseln.

Der Wissenschaftsrat begrüßt den bereits in einigen Naturwissenschaften zu beobachtenden Trend, wonach internationale wissenschaftliche Fachzeitschrif-

ten zunehmend die Zugänglichkeit von Forschungsprimärdaten zur Bedingung für eine Publikation machen. Ein solches Vorgehen trägt maßgeblich zur Qualitätssicherung der archivierten Daten bei und liefert einen wichtigen Indikator dafür, welche Datensätze für eine wissenschaftliche Gemeinschaft langfristig von Interesse sind.

Ein Desiderat bisheriger Bemühungen zur digitalen Langzeitarchivierung von Forschungsdaten ist die Sammlung und Bereitstellung von *Online*-Quellen wie *Web*-Seiten und *Blogs*, die z. B. für hermeneutische Analysen von Vorgängen in Gesellschaften mit starker staatlicher Kontrolle oder Zensur des medialen Raums von großer Bedeutung sind. Hier sieht der Wissenschaftsrat noch Klärungs-, Forschungs- und Koordinierungsbedarf.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Förderorganisationen und hier insbesondere der DFG als der für die Grundlagenforschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften wichtigsten Einrichtung ihre Förderung in zwei infrastrukturbezogenen Bereichen zu verstärken. Erstens gilt es, noch stärkere Anreize für die Datenarchivierung von Drittmittelnehmern zu setzen und mögliche finanzielle Hindernisse bei der Datenarchivierung durch eine Förderung der anfallenden Personal- und Sachkosten auszuräumen. Zweitens sollte die Nutzung von archivierten Daten dadurch gefördert werden, dass die Durchführung von Re-, Sekundär- und Meta-Analysen förderfähig wird. Dies setzt auch bei den Fachkollegen die Einsicht voraus, dass die Durchführung neuartiger Forschung bzw. die Gewinnung neuer Erkenntnisse nicht notwendigerweise die Erhebung neuer Datensätze erfordert.

Der Wissenschaftsrat begreift die umfassende öffentliche Sammlung und Bereitstellung von Forschungsprimärdaten auch als ein probates Mittel der Qualitätssicherung in der wissenschaftlichen Praxis, welches hilft, wissenschaftlichen Betrug und Plagiate leichter zu identifizieren, da die Herkunft von Forschungsdaten aus Repositorien in jedem Falle offen gelegt und die „Autoren“ der Daten zitiert werden müssen.

III.4 Sprachressourcen und Digitalisierung des kulturellen Erbes

III.4.a Ausgangssituation

Die hohe Bedeutung von Digitalisierungsbemühungen für die dauerhafte gesellschaftliche Selbstvergewisserung wird u. a. durch die UNESCO-Charta zur Be-

wahrung des digitalen Kulturerbes |⁹³ dokumentiert, die nachdrücklich die geplante und zuverlässige digitale Bewahrung und Erschließung kultureller Objekte für einen breiten öffentlichen Zugang fordert. Die Interministerielle Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu Europäischen Angelegenheiten für Bibliotheken, Archive, Museen und Denkmalpflege (EUBAM) verfolgt mit dem Aufbau der Informationsplattform „www.kulturerbedigital.de“ das Ziel, eine Gesamtübersicht zu laufenden und abgeschlossenen Digitalisierungen im deutschen Kulturbereich zu erstellen. Momentan sind 903 Digitalisierungsprojekte und 52 Förderprogramme in der Datenbank verzeichnet. |⁹⁴ Diese Bestandsaufnahme soll eine bessere Grundlage für strategische Entscheidungsprozesse und eine bundesweit abgestimmte Digitalisierungsstrategie bieten.

Darüber hinaus gibt eine „Bestandsaufnahme zur Digitalisierung von Kulturgut und Handlungsfelder[n]“ vom Fraunhofer Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Digitalisierungsbemühungen, der gleichwohl auch die aus der dezentralen Verteilung dieser Aktivitäten resultierenden Schwierigkeiten einer vollständigen Erfassung benennt. |⁹⁵ Der Wissenschaftsrat teilt die in der Fraunhofer-Studie und in einem vorhergehenden Evaluierungsbericht der DFG |⁹⁶ vertretene Einschätzung, dass für die Digitalisierung von Kulturgut in Deutschland bislang weniger ein Erkenntnisdefizit, als vielmehr ein Umsetzungsdefizit zu beklagen war. Die breit vorhandene Expertise, die auch schon in einer Vielzahl kleiner Projekte lokal erprobt wurde, mündete bis 2009 nicht in großflächigen und zwischen den Einrichtungen koordinierten Digitalisierungsmaßnahmen.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der beiden genannten Studien wurde 2009 die Deutsche Digitale Bibliothek (DDB) durch ein Verwaltungs- und Finanzabkommen zwischen Bund und Ländern |⁹⁷ als nationales Kompetenz-

|⁹³ UNESCO: Charter on the Preservation of Digital Heritage vom 15. Oktober 2003 (http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=17721&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html vom 20.10.2010).

|⁹⁴ <http://www.kulturerbe-digital.de/inex.php> vom 20.10.2010.

|⁹⁵ Fraunhofer Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme: Bestandsaufnahme zur Digitalisierung von Kulturgut und Handlungsfelder, 2008 (http://www.iais.fraunhofer.de/uploads/media/BKM_End_01.pdf vom 20.10.2010).

|⁹⁶ Thaller, M.: Retrospektive Digitalisierung von Bibliotheksbeständen: Evaluierungsbericht über einen Förderschwerpunkt der DFG, Köln 2005 (http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/wissenschaftliche_infrastruktur/lis/download/retro_digitalisierung_eval_050406.pdf vom 20.10.2010).

|⁹⁷ Verwaltungs- und Finanzabkommen – Endgültige Fassung vom 2. Dezember 2009 – zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung und den Betrieb der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) (http://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/pdf/verwaltungs_und_finanzabkommen_finale%20Fassung02122009.pdf vom 20.10.2010).

netzwerk für Digitalisierung auf eine sichere finanzielle Basis gestellt. Es stehen für das Vorhaben ab 2011 zunächst für fünf Jahre jährlich 2,6 Mio. Euro zur Verfügung. Die zeitgleich verabschiedeten Eckpunkte zu diesem Projekt erläutern die konkreten Maßnahmen und ihre Ziele. |⁹⁸ Laut diesen Eckpunkten ist die DDB ein Beitrag zur Förderung der Wissens- und Informationsgesellschaft, durch den Deutschland die Chance erhält, seinen kulturellen und wissenschaftlichen Reichtum in seiner ganzen Vielfalt national und international zu präsentieren. Außerdem sollten durch die Digitalisierung die Bedingungen für die Information von Forschung, Lehre und Wirtschaft durch die breite Verfügbarkeit des bisher nur in einzelnen Bibliotheken, Archiven oder Museen vorhandenen Datenmaterials grundlegend verbessert werden. Die DDB stellt darüber hinaus den deutschen Beitrag zur Entwicklung der Europäischen Digitalen Bibliothek (EDB) *Europeana* dar. |⁹⁹ Die EDB dient dabei nicht nur wissenschaftlichen Zwecken, sondern es werden auch Chancen außerhalb der Forschung in der kommerziellen Verwertung der Digitalisate gesehen.

Das Projekt Deutsches Textarchiv (DTA) an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) hat sich zum Ziel gesetzt, einen disziplinübergreifenden Kernbestand deutschsprachiger Texte aus der Zeit von ca. 1650 bis 1900 nach den Erstausgaben zu digitalisieren und als linguistisch annotiertes Volltextcorpus im Internet bereitzustellen – einschließlich eines virtuellen „lexikografischen Arbeitsplatzes“. |¹⁰⁰ Das Projekt wird durch die DFG im Programm für Langfristvorhaben gefördert. Weitere Digitalisierungsprojekte dieser Art – exemplarisch sei hier das Digitale Wörterbuch der Deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts erwähnt – werden im Rahmen des Akademienprogramms der Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften durch Bund und Länder gefördert.

Als prominentestes Beispiel einer privaten Unterstützung für die geisteswissenschaftliche Forschungsinfrastruktur im Bereich der Sprachressourcen kann die seit dem Jahr 2000 erfolgte Förderung der Dokumentation bedrohter Sprachen

|⁹⁸ Gemeinsame Eckpunkte von Bund, Ländern und Kommunen zur Errichtung der „Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB)“ als Beitrag zur „Europäischen Digitalen Bibliothek (EDB)“ – Endgültige Fassung vom 2. Dezember 2009 – (http://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/pdf/gemeinsame_eckpunkte_finale_fassung_02122009.pdf vom 20.10.2010).

|⁹⁹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen [SEK(08) 2372], Brüssel 11.8.2008 (http://ec.europa.eu/information_society/activities/digital_libraries/doc/communications/progress/communication_de.pdf vom 20.10.2010).

|¹⁰⁰ DFG: Jahresbericht 2007. Aufgaben und Ergebnisse, Bonn, 2007, S. 56.

(DoBeS) |¹⁰¹ durch die VolkswagenStiftung gelten. Das vom Max-Planck-Institut (MPI) für Psycholinguistik in Nijmegen (Niederlande) koordinierte DoBes-Programm hat sich zum Ziel gesetzt, unter den ca. 6.000 dokumentierten, auf der Erde gesprochenen Sprachen, solche, die vom Verschwinden bedroht sind, zu sammeln, ihre digitale Langzeitarchivierung in öffentlich zugänglichen Repositorien sicherzustellen und sie so einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das MPI für Psycholinguistik bietet darüber hinaus Weiterbildungs- und Trainingskurse zu Fragen der Dokumentation und Datennutzung an.

Im Rahmen der WGL ist das Institut für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim eine zentrale Serviceeinrichtung für Sprachressourcen. Es beherbergt u. a. das Deutsche Spracharchiv mit insgesamt 28 Korpora und bietet Recherchemöglichkeiten über die Datenbank Gesprochenes Deutsch (GD), das *Online*-Wörterbuch OWID, das elektronische Valenzwörterbuch deutscher Verben (E-VALBU) etc. Weiterhin stehen *Web* basierte Werkzeuge zur Sprachanalyse (z. B. COSMAS II) zur Verfügung.

Darüber hinaus werden am IDS Konzepte für den Umgang mit der Problematik entwickelt, dass die Forschungsdaten in den Sprachwissenschaften in der Regel nicht frei von Rechten Dritter sind. Im Kontext dieser Problematik erarbeitet das IDS z. B. Modelle für Lizenzvereinbarungen sowie Modelle für den Umgang mit Sprachdaten, die datenschutzrechtlichen Auflagen unterliegen.

Außerdem ist das IDS an der Konzeption und Implementation allgemeiner Registraturen für standortübergreifende virtuelle Kollektionen von Datenressourcen beteiligt – mit dem Ziel, die Bedingungen für Nachvollziehbarkeit und Replizierbarkeit in der empirischen Sprachwissenschaft zu verbessern. Zu diesem Zweck arbeitet das IDS zusammen mit dem MPI für Psycholinguistik in Nijmegen an der Konzeption eines ISO-Standards für die persistente Referenzierbarkeit von Sprachressourcen (ISO/DIS 24619). Schließlich bemüht sich das IDS darum, ein zentraler Verbindungspunkt in der deutschen und europäischen Forschungsinfrastruktur für Sprachressourcen und Sprachtechnologien zu werden. |¹⁰²

Eine solche Zentrenbildung hat u. a. die D-Spin-Initiative zum Ziel, die in einer Laufzeit von 2008 bis 2011 und mit einer BMBF-Förderung von 1,65 Mio. Euro die Entwicklung von Grundlagen für eine stabile und nachhaltige Infrastruktur auf dem Gebiet der Sprachressourcen und Sprachtechnologien vorantreibt. D-Spin wird vom Seminar für Sprachwissenschaften der Universität Tübingen koordiniert und arbeitet auf der nationalen Ebene mit weiteren Projekten wie

|¹⁰¹ Siehe <http://www.mpi.nl/DOBES/> vom 20.10.2010.

|¹⁰² Siehe <http://www.ids-mannheim.de/fi/projekte/d-spin.html> vom 20.10.2010.

z. B. dem Informationsportal LT-World, TextGrid, D-Grid, der Dokumentation bedrohter Sprachen (DoBeS) und dem Deutschen Forschungsnetz (DFN) zusammen. Auf europäischer Ebene ist D-Spin ein selbstständiger Teil des CLARIN-Infrastrukturzusammenhangs.

Der Aufbau einer spezifischen Forschungsinfrastruktur für die Altertumswissenschaften wird in dem Projekt „Extraktion von strukturiertem Wissen aus antiken Quellen für die Altertumswissenschaften“ (eAQUA) geleistet, das im Rahmen des BMBF-Förderprogramms „Wechselwirkungen zwischen Natur- und Geisteswissenschaften“ finanziert wird. Die Projektdurchführung obliegt dem Historischen Seminar und dem Institut für Informatik an der Universität Leipzig. Ziel von eAQUA ist es, für die Altertumswissenschaften Inhalte aus antiken Quellen systematisch zu erschließen und den Forscherinnen und Forschern über ein *Webportal* u. a. Quellen, Lemmata und Verweisungszusammenhänge zur nachhaltigen Nutzung bereitzustellen. |¹⁰³ Hierfür wird in enger Kooperation mit Expertinnen und Experten der automatischen Sprachverarbeitung die *Text-Mining-Technologie* den Bedürfnissen und Anforderungen der Altertumswissenschaften angepasst. Für die Archäologie ist darüber hinaus die Objektdatenbank ARACHNE bedeutend, die seit 2004 im Rahmen eines Konsortialvertrages zwischen dem DAI und der Universität zu Köln am *Cologne Digital Archaeology Laboratory* (CoDArchLab) weiterentwickelt wird.

Eine zentrale Rolle bei allen Digitalisierungsbemühungen spielt die Erarbeitung und Einhaltung von Standards. Die Tatsache, dass lange Zeit keine allgemein akzeptierten Standards existierten, trug zu den erwähnten Ineffizienzen in der Digitalisierung des deutschen Kulturguts entscheidend bei. Es ist dadurch nicht immer möglich, Digitalisate plattformübergreifend zugänglich zu machen. Um diesem Zustand abzuhelpfen, hat die DFG 2009 neue Richtlinien zur Digitalisierung erarbeitet. |¹⁰⁴ Im Kontext des oben erwähnten D-Spin-Projekts erfolgt eine rege Kooperation mit anderen nationalen und internationalen Projekten, um „Insellösungen“ bei der Standardisierung zu vermeiden. |¹⁰⁵ Darüber hinaus entwickeln momentan deutsche Akteure im Rahmen europäischer Forschungsinfrastrukturen (insbesondere im Kontext der ESFRI-Roadmap-Projekte *Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities*, DARIAH und des *Common Langu-*

|¹⁰³ Siehe <http://www.eaqua.net/index.php> vom 20.10.2010.

|¹⁰⁴ DFG: DFG-Praxisregeln „Digitalisierung“ (Stand April 2009) (http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/wissenschaftliche_infrastruktur/lis/download/praxisregeln_digitalisierung.pdf vom 20.10.2010).

|¹⁰⁵ Siehe <http://weblicht.sfs.uni-tuebingen.de/dasProjekt.shtml> vom 20.10.2010.

age Resources and Technology Infrastructure Network, CLARIN) entsprechende Standardisierungsrichtlinien für Digitalisierungen in den Geisteswissenschaften. |¹⁰⁶

Das Hauptziel von DARIAH besteht darin, die Nutzung digitaler Daten in den Geistes- und Kulturwissenschaften zu verbessern. In diesem Zusammenhang zielt DARIAH darauf ab, Forschungsdaten und Informationen aus den Geistes- und Kulturwissenschaften zu digitalisieren und zu archivieren, ihre Präsentation und Publikation zu fördern. Das Projekt will die Aktivitäten der einzelnen Mitgliedsorganisationen koordinieren, den Kompetenzaustausch und die gemeinsame Entwicklung von Ideen und Methoden fördern, europaweite technische Standards entwickeln und durch diese Standards sowie *best practice*-Beispiele die Interoperabilität verschiedener nationaler Datenrepositorien befördern. Deutsche Partnereinrichtungen sind die *Max-Planck-Digital-Library* und die Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen. |¹⁰⁷

CLARIN hat es sich zur Aufgabe gemacht, sprachwissenschaftlich relevante Ressourcen europaweit zu koordinieren, verfügbar und auf einfache Weise nutzbar zu machen. Ähnlich wie CESSDA für die Sozialwissenschaften hat CLARIN für die Sprachwissenschaften die Funktion einer Infrastruktur-Dachorganisation, die nationale Einrichtungen koordiniert. Dabei handelt es sich um 144 Mitgliedsorganisationen aus 32 Ländern, die den Geisteswissenschaften und speziell der Linguistik Werkzeuge zur computerunterstützten Sprachverarbeitung zur Verfügung stellen. Diese Sprachverarbeitung soll sich auf alle Arten von Texten und multimedialen Inhalten beziehen und ihre Analyse vereinfachen. In diesem Zusammenhang spielen auch Weiterbildungs- und Trainingsprogramme für etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Nachwuchsforscherinnen und -forscher sowie Lehrerinnen und Lehrer in den neuen Methoden der Sprachverarbeitung eine Rolle. Deutsche Partnereinrichtungen sind das Seminar für Sprachwissenschaften der Universität Tübingen, die Max-Planck-Gesellschaft sowie das Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz in Saarbrücken. |¹⁰⁸

Neben öffentlichen Trägern machen im Bereich der Digitalisierungen auch kommerzielle Anbieter attraktive Angebote, wie z. B. *Google Books* oder die *Open Book Alliance* (Amazon, Microsoft und Yahoo). Die wissenschaftliche Nutzung dieses Materials – zum Teil auch in Kooperation mit den Erstellern – ist verbreitet, erfordert angesichts punktueller Qualitätsdefizite jedoch ein hohes Maß an

|¹⁰⁶ Romary, L.; Wittenburg, P.: Standardisation Roadmap for eHumanities Infrastructures, unveröffentlichtes Manuskript.

|¹⁰⁷ Zu weiteren Informationen über DARIAH siehe Anhang 4.

|¹⁰⁸ Zu weiteren Informationen über CLARIN siehe Anhang 4.

Methodenkritik. Es besteht die Gefahr, dass die öffentlich geförderte Wissenschaft wichtige Schlüsselkompetenzen verliert, wenn die Bereitstellung der Infrastrukturen für das wissenschaftliche Arbeiten gänzlich privaten Anbietern überlassen wird. Auch über Marktmacht ausgeübte Mechanismen sozialer Schließung durch die Bildung von Anbieteroligopolen oder -monopolen sind denkbar. Letztere könnten über Gebühren und Nutzungsrechte den Zugang zu den Infrastrukturen regulieren. Außerdem fehlen privaten Anbietern häufig Anreize zu wissenschaftskonformen Produktinnovationen.

Standardisierungen sind ein zentrales Desiderat in der Gestaltung digitaler Forschungsinfrastrukturen für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung. Das Beispiel der *Text Encoding Initiative* (TEI) |¹⁰⁹ macht deutlich, dass Standardisierung als ein Prozess konstanter Evaluation im Sinne eines Austauschs zwischen der Fachwissenschaft, die die inhaltlichen Bedarfe festlegt, und der Informatik, die die entsprechenden digitalen Instrumente und Arbeitsumgebungen schafft, zu verstehen ist. In jedem Falle bestehen Probleme in diesem Feld weniger in Fragen der technischen Realisierbarkeit oder der Mobilisierung technischen Sachverstands für eine Umsetzung. Das Problem besteht vielmehr darin, dass es schwieriger ist, den neuen technologischen Möglichkeiten gegenüber aufgeschlossene Forscherinnen und Forscher – insbesondere in den Geisteswissenschaften – zu finden, die Zeit investieren, um gemeinsam mit IT-Spezialisten Datensammlungs-, aufbereitungs-, und -bereitstellungslösungen zu entwickeln.

III.4.b Empfehlungen zu Sprachressourcen und der Digitalisierung des kulturellen Erbes

Die Digitalisierung von Kulturgut hat nicht nur eine große Bedeutung für die Bewahrung und öffentliche Darstellung des gesellschaftlichen Erbes, sondern dient zentral auch der zukünftigen wissenschaftlichen Nutzung des Materials. Dabei ist von einem „wissenschaftlichen Arbeitsplatz des 21. Jahrhunderts“ auszugehen, der auf flexible Art und Weise physisch verfügbare Infrastrukturen mit digital zugänglichen Ressourcen verknüpft. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, die Anforderungen der wissenschaftlichen Nutzerinnen und Nutzer an die Qualität der Digitalisate von Beginn an zu berücksichtigen und auch institutionell zu verankern. Dies geht über die Einbindung wissenschaftlicher Ein-

|¹⁰⁹ Die TEI ist ein 1987 gegründetes Konsortium, das sich der Entwicklung und Pflege der Repräsentation von Texten in digitaler Form widmet. Zu seinen Angeboten gehören Richtlinien für die Kodierung maschinenlesbarer Texte in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Mitglieder des Konsortiums sind Hochschulen, Fachgesellschaften, Forschungsbibliotheken, Bibliothekenverbände, Universitäts- und andere *Non-Profit*-Verlage sowie kommerzielle Anbieter digitaler Texte in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Siehe <http://www.tei-c.org> vom 20.10.2010.

richtungen wie Bibliotheken und Sammlungen hinaus und umfasst die Einbeziehung der jeweiligen Fachgemeinschaften.

Die mittelfristig gesicherte Finanzierung der DDB wird vom Wissenschaftsrat begrüßt. Die DDB sollte als starker Akteur zusammen mit europäischen Infrastrukturen für die Geisteswissenschaften wie DARIAH und CLARIN die Schaffung gemeinsamer Standards durchsetzen und die Unterstützung für Einzelinstitutionen bei der Digitalisierung ausbauen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt der Leitung der DDB auch das Gespräch mit denjenigen Staats- und Universitätsbibliotheken zu suchen, die ihre Bestände durch den kommerziellen Anbieter Google digitalisieren lassen. Auch mit diesen Akteuren wären aus Sicht des Wissenschaftsrates Kooperationen im Hinblick auf untereinander anschlussfähige digitale Angebote auszuloten.

Der Wissenschaftsrat begrüßt die bereits heute beachtlichen Förderaktivitäten des BMBF im Bereich der Digitalisierungen, die sich auch in vielfältigen nationalen Aktivitäten wie z. B. der Förderung des D-Spin- oder des eAQUA-Projekts ausdrücken. Andere Förderinstrumente, die von der DFG, dem Akademienprogramm oder z. B. der VolkswagenStiftung (im Kontext des DoBes-Programms) bereitgestellt werden, haben bislang für Wettbewerb und eine Auswahl an zeitlich befristeten Fördermöglichkeiten für Infrastrukturprojekte im Bereich der Sprachressourcen und der Digitalisierung von Kulturerbe gesorgt. Kritisch sieht der Wissenschaftsrat allerdings, dass über die Langfristvorhaben der DFG und das Akademienprogramm hinaus aktuell keine Förderprogramme bestehen, die insbesondere erfolgreichen Infrastrukturprojekten an Hochschulen eine längerfristige Stabilisierung ermöglichen würden.

Der Wissenschaftsrat begreift den Prozess der Standardisierung und Interoperabilität digitaler Angebote als eine *conditio sine qua non* für die Herausbildung einer europäischen Forschungsinfrastruktur in den Geisteswissenschaften. Standardsetzung ist hierbei nicht als einmaliger Akt, sondern als ein permanenter Prozess der Qualitätssicherung und Prüfung der Standards zu begreifen. Um in diesem Bereich Kontinuität in der fachwissenschaftlichen Begleitung von Digitalisierungen zu gewährleisten, spricht sich der Wissenschaftsrat dafür aus, dass die Hochschulen neue Zusatzqualifikationen und Weiterbildungsangebote für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schaffen. Diese Angebote sollten u. a. Fragen der Standardisierung und Regulierung von Informationsinfrastrukturen zum Gegenstand haben. Dies sollte in enger Kooperation der geisteswissenschaftlichen Fächer mit den Bibliotheks- und Informationswissenschaften geschehen und kann auf bereits vorhandene Expertise an außeruniversitären Forschungseinrichtungen – wie z. B. dem IDS in Mannheim und dem MPI für Psycholinguistik in Nijmegen – zurückgreifen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt darüber hinaus, die Anreize für Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler zu erhöhen, Zeit in solche Infra-

strukturprojekte zu investieren und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Methoden und Betrieb von Forschungsinfrastrukturen (Pflege von Datenbanken, Aufbau von Portalen, Beratung von Nutzerinnen und Nutzern etc.) zu gewährleisten. Hier können auch Sektionen und Arbeitsgemeinschaften in den Fachgesellschaften eine wichtige Rolle spielen. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollten als Träger von Infrastrukturen dafür Sorge tragen, dass in diesem Segment keine reinen Service- oder Dienstleistungsjobs für qualitativ hochwertig ausgebildete Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen bzw. -wissenschaftler entstehen.

Die jüngsten Stellungnahmen des Wissenschaftsrates zum Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), zum RatSWD und zu den Ressortforschungseinrichtungen des Bundes machen deutlich, dass die Qualität der Serviceleistung in einem positiven Zusammenhang mit der eigenen wissenschaftlichen Arbeit der Service leistenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler steht. Deshalb erachtet es der Wissenschaftsrat als erstrebenswert, dass jene geistes- und sozialwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Infrastrukturzusammenhängen, die Aufgaben in der Design- und Methodenentwicklung sowie der Nutzerberatung übernehmen, in stetigem Kontakt mit der aktuellen Forschung stehen sollten. Wo dies für die Trägereinrichtung wie für die wissenschaftlichen Beschäftigten gleichermaßen vorteilhaft ist, sollte letzteren je nach Art des Beschäftigungsverhältnisses und der Qualifizierungsstufe zwischen 30 % und 50 % ihrer Arbeitszeit für eigenständige Forschung eingeräumt werden.

Der Wissenschaftsrat rät Bund und Ländern, bezüglich des Ausbaus der digitalen Forschungsinfrastrukturen nicht unter Kostengesichtspunkten darauf zu vertrauen, dass kommerzielle Anbieter wissenschaftskonforme Produkte entwickeln. Die Gefahr ist groß, dass solche Angebote auf Dauer nicht mit den für die Forschung notwendigen Standards z. B. hinsichtlich der Objektauflösung oder der Verknüpfung mit Metadaten Schritt halten oder wissenschaftliche Nutzung mit prohibitiven Zugangskosten belegen. Diese möglichen Gefahren machen aus Sicht des Wissenschaftsrates das weitere Engagement öffentlicher Forschungsförderer in diesem Infrastrukturbereich unabdingbar. Sofern in diesem Bereich *Public-Private-Partnerships* (PPP) eingegangen werden, sollten Verträge mit privaten Dienstleistern und Anbietern so ausgestaltet werden, dass die fachwissenschaftliche Seite in Fragen der inhaltlichen Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Infrastruktur sowie in Fragen des entgeltfreien Zugangs das letzte Wort behält.

C.IV EMPFEHLUNGEN ZU SOZIALEN FORSCHUNGSINFRASTRUKTUREN

Soziale Forschungsinfrastrukturen in dem in Abschnitt A.II. angeführten Sinne haben als besonderes Spezifikum, dass sie in der Regel von Fachgemeinschaften

initiiert und – in Anfangsstadien häufig mit Unterstützung privater Stifter und Sponsoren – getragen werden. Ihre Funktionen bestehen u. a. in der Netzwerkbildung für internationale Fachgemeinschaften, Beratungsleistungen und der Bereitstellung von relevanten Fachinformationen, teilweise auch von Laborausstattung. Verschiedene Finanzierungsformen und Trägerschaften sind im Laufe der Zeit möglich. So sind die vom Wissenschaftsrat 1999 begutachteten geisteswissenschaftlichen Auslandsinstitute |¹¹⁰ nach Anfängen als private wissenschaftliche Initiativen mit der stetigen Ausweitung ihrer wissenschaftlichen Aktivitäten in die Finanzierung des BMBF übergegangen. Ähnliche Ursprünge haben das vom Auswärtigen Amt getragene Deutsche Archäologische Institut (DAI) mit seinen auswärtigen Dependancen |¹¹¹ sowie einige von der Max-Planck-Gesellschaft getragene Einrichtungen.

Als Orte der Begegnung regen solche sozialen Infrastrukturen in den Geisteswissenschaften durch ihre Programme Forschungsideen und -lösungen an, die üblicherweise erst zeitversetzt an den Heimatinstitutionen der eingeladenen Forscherinnen und Forscher in Forschungsergebnisse bzw. wegweisende Publikationen umgesetzt werden. Ihr besonderer Status als geschützter Ort der Forschungskommunikation über alle Fragen eines Faches wurde vom Wissenschaftsrat als eigenständiger Wert dieser Art von Infrastruktur anerkannt und zum Ausgangsmodell für die Empfehlung zur Einführung von „Kolleg-Forschergruppen“ in den Geisteswissenschaften genommen. Interaktive Fachportale und *Online*-Plattformen für die Geistes- und Sozialwissenschaften können als virtuelle Orte der Zirkulation von Expertise, Anregungen und Forschungsideen im weitesten Sinne auch zu den sozialen Forschungsinfrastrukturen gerechnet werden. Sie ergänzen den persönlichen Austausch, aber sie ersetzen ihn nicht.

IV.1 Ausgangssituation

Wichtige Serviceaufgaben im Sinne sozialer Forschungsinfrastrukturen werden im geisteswissenschaftlichen Bereich von den deutschen Auslandseinrichtungen erbracht, die die Kommunikation zwischen deutscher und internationaler Fachwissenschaft zum Ziel haben. Insbesondere sind hier die in der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA) organisierten geisteswissenschaftlichen Auslandsinstitute |¹¹² zu nennen, deren Kernaufga-

| ¹¹⁰ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den geisteswissenschaftlichen Auslandsinstituten, Köln 1999.

| ¹¹¹ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Deutschen Archäologischen Institut (DAI), Berlin, in: Wissenschaftsrat, Empfehlungen und Stellungnahmen 2008, Bd. III, Köln 2009, S. 293-370.

| ¹¹² Deutsches Forum für Kunstgeschichte Paris, Deutsches Historisches Institut London, Deutsches Historisches Institut Moskau, Deutsches Historisches Institut Paris, Deutsches Historisches Institut Rom,

ben der Wissenschaftsrat zwar im Bereich der Forschung verortet hat, die aber auch „zahlreiche Service-Aufgaben“ übernehmen, „die sich aus ihrer besonderen Rolle als institutionelle Knotenpunkte der Kommunikation zwischen der deutschen und der Fachwissenschaft der Gastländer ergeben. Hierzu zählt die Förderung von wissenschaftlichem Dialog und Austausch durch Veröffentlichungen, wissenschaftliche Tagungen und Veranstaltungen“ |¹¹³ sowie die Bereitstellung umfangreicher Fachbibliotheken, Phototheken und – z. B. im Falle der Altertumswissenschaften – auch Labore für die Erschließung, Datierung und Konservierung von Forschungsartefakten. Eingeschlossen in diese Serviceleistungen sind die Beratung und Betreuung der Nutzerinnen und Nutzer der bereitgestellten Informationen und Instrumente. Diese Aufgaben erfüllen auch das Deutsche Archäologische Institut (DAI) sowie die von der Max-Planck-Gesellschaft getragenen Einrichtungen *Bibliotheca Hertziana* (Rom) und Kunsthistorisches Institut (Florenz und Venedig). Zu den ländergetragenen sozialen Forschungsinfrastrukturen von hoher internationaler Ausstrahlung zählen u. a. das Zentralinstitut für Kunstgeschichte sowie das Historische Kolleg in München. |¹¹⁴ Darüber hinaus besteht z. B. mit dem Wissenschaftskolleg Berlin seit 1980 eine interdisziplinäre Einrichtung, die den oben angeführten Anforderungen an eine soziale Forschungsinfrastruktur in den Geistes- und Sozialwissenschaften entspricht. |¹¹⁵

Als Ergänzung zu den permanenten sozialen Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften hat der Wissenschaftsrat 2006 die Einführung von zeitlich limitierten „Kolleg-Forschergruppen“ empfohlen. |¹¹⁶ Diese Empfehlung griffen BMBF und DFG auf; in Abstimmung untereinander wurden vom BMBF die „Käte Hamburger-Kollegs“ (Internationale Kollegs für geisteswissenschaftliche Forschung) und von der DFG die Kolleg-Forschergruppen als neue Förderinstrumente etabliert. Im Nachwuchsbereich werden von der DFG darüber hinaus gezielt wissenschaftliche Netzwerke und Nachwuchsakademien

Deutsches Historisches Institut Warschau, Deutsches Historisches Institut Washington D.C., Deutsches Institut für Japanstudien Tokyo, Orient-Institut Beirut und Orient-Institut Istanbul.

|¹¹³ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den Geisteswissenschaftlichen Auslandsinstituten, Köln 1999, S. 7.

|¹¹⁴ Beim Historischen Kolleg in München finanziert der Freistaat Bayern die Grundausrüstung, während private Stifter für die Berufung von Gelehrten Stipendien bereitstellen. Träger des Kollegs ist eine „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“. Siehe: <http://www.historischeskolleg.de/leitung/index.htm> vom 20.10.2010.

|¹¹⁵ Das Wissenschaftskolleg Berlin wird von Bund und Land Berlin jeweils hälftig institutionell gefördert. Es ist analog zur Leopoldina mit eigener Ziffer in der Ausführungsvereinbarung Forschungsförderung verankert.

|¹¹⁶ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland, Köln 2006, S. 79-82.

unterstützt. Während die wissenschaftlichen Netzwerke primär die Etablierung von Kooperationen deutscher Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit ausländischen Partnern fördern, sind die Nachwuchsakademien auf ein im Inland stattfindendes konzentriertes *Coaching* des wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen von *Summer Schools* und Kolloquien angelegt, welches auf die Konzeption eines eigenen Forschungsprojekts hinauslaufen soll. Beide Förderinstrumente sind prinzipiell offen für alle wissenschaftlichen Disziplinen.

Diese zeitlich limitierten sozialen Zusammenhänge und andere, permanent eingerichtete kollegförmige Einrichtungen wie z. B. das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI), das Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZIF) in Bielefeld, das Alfred-Krupp-Wissenschaftskolleg Greifswald, das Hanse-Wissenschaftskolleg (HWK) Delmenhorst oder auch die *Dahlem Workshops* an der Freien Universität Berlin unterscheiden sich von thematisch völlig ungebundenen Institutionen wie z. B. dem Wissenschaftskolleg Berlin dadurch, dass sie in bzw. an einer Universität angesiedelt sind und an deren Forschungsprofile in den jeweiligen Fachbereichen anschließen sollen.

IV.2 Empfehlungen

Soziale Forschungsinfrastrukturen können für eine Wissenschaftsgemeinschaft ein Forum bieten, das den Austausch ermöglicht bzw. verstärkt und insbesondere den wissenschaftlichen Nachwuchs in Kontakt mit international führenden Fachvertreterinnen und -vertretern bringt. Sie spielen somit eine wesentliche Rolle im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess und werden in dieser Bedeutung als Forschungsinfrastrukturen auch von den Förderorganisationen und jeweiligen Trägern erkannt. Für manche Wissenschaftsbereiche können einzelne soziale Forschungsinfrastrukturen zu Impulsgebern werden und Struktur bildend wirken. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn attraktive Bedingungen ausländische Spitzenforscherinnen und -forscher sowie viel versprechende Nachwuchskräfte anziehen. Da innovative Forschungsfragestellungen sich heute vielfach an den Schnittstellen von Fachdisziplinen zeigen, wird die Offenheit sozialer Infrastrukturen gerade für interdisziplinäre Forschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften, aber auch zwischen diesen und den Naturwissenschaften vom Wissenschaftsrat sehr begrüßt.

Der Wissenschaftsrat betrachtet es als Aufgabe der relevanten Akteure in solchen Fachgemeinschaften, die nicht über permanente soziale Forschungsinfrastruktur verfügen und dies als Mangel empfinden, aktiv auf potenzielle Förderer zuzugehen. Insbesondere Stiftungen haben traditionell und über lange Zeiträume Beiträge zur institutionellen Ausstattung und Profilierung solcher Einrichtungen geleistet.

Die in jüngster Zeit und vor allem im Rahmen der Exzellenzinitiative an vielen Universitäten entstandenen *Centers of Advanced Studies* (CAS) betrachtet der Wissenschaftsrat als potenzielle *Nuclei* für zeitlich unlimitierte soziale Forschungsinfrastrukturen. Einige CAS könnten sich durchaus zu dauerhaften sozialen Infrastrukturen für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung entwickeln, sofern sie sich langfristig als relevante Orte des Austauschs von Fachgemeinschaften erweisen. Eine weitere Randbedingung für eine solche Entwicklung sieht der Wissenschaftsrat in der Bereitschaft von Hochschul- und Fachbereichsleitungen, auf lokale Einflussnahmen und thematische Vorgaben weitgehend zu verzichten. Eine internationale Ausrichtung, die sich auch in einem international besetzten Beirat zeigen würde, wäre aus Sicht des Wissenschaftsrates eine *conditio sine qua non* für eine Struktur bildende permanente soziale Forschungsinfrastruktur. Als ebenfalls unverzichtbar erachtet der Wissenschaftsrat in diesem Zusammenhang ein durchdachtes Nachwuchsförderkonzept im Rahmen sozialer Forschungsinfrastrukturen, das darauf abzielen sollte, junge Nachwuchskräfte frühzeitig in den Diskurs mit den führenden Forscherinnen und Forschern der eigenen und auch anderer Disziplinen zu bringen.

Die geisteswissenschaftlichen Auslandsinstitute, das DAI mit seinen Auslandsabteilungen sowie komplementäre Einrichtungen der MPG im Ausland stellen aus Sicht des Wissenschaftsrates unverzichtbare soziale Forschungsinfrastrukturen der deutschen Geisteswissenschaften dar. Diese Einrichtungen haben darüber hinaus auch einen hohen Infrastrukturwert für ihre Gastländer, erbringen zum größten Teil hervorragende eigene Forschungsleistungen und leisten einen unersetzlichen Beitrag zur auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Der Wissenschaftsrat ermahnt die Bundesregierung, in den Haushalten dieser Einrichtungen keine weiteren Einsparungen vorzunehmen und insbesondere deren Bibliotheken, Phototheken und – im Falle des DAI – auch die Laboreinrichtungen weiterhin mit den funktional notwendigen Ressourcen auszustatten. Der Wissenschaftsrat bekräftigt seine Empfehlung von 2008, |¹¹⁷ das DAI beim Ausbau einer adäquaten IT-Vernetzung seiner in- und ausländischen Abteilungen sowie beim Aufbau eines Archäologischen Kompetenzzentrums in Berlin zu unterstützen.

|¹¹⁷ Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Deutschen Archäologischen Institut (DAI), Berlin, in: Wissenschaftsrat, Empfehlungen und Stellungnahmen 2008, Bd. III, Köln 2009, S. 293-370.

V.1 Ausgangssituation

Großgeräte spielen in den Geistes- und Sozialwissenschaften zwar insgesamt eine weniger prominente Rolle als in den Naturwissenschaften, in einigen Bereichen – wie z. B. der experimentellen Sozial- und Wirtschaftsforschung (Simulationen) und der Linguistik (neuro- und psycholinguistische Labore) – sind sie aber nicht verzichtbarer Bestandteil der Forschung. Neue Entwicklungen zeichnen sich am Schnittpunkt von Sozialwissenschaften und Geographie ab. Hier könnten mittelfristig computergestützte Fernerkundungen von städtischen und ländlichen Bebauungsstrukturen – aber auch von Lichtquellen und -intensitäten – durch Satelliten und Flugzeuge die sozialwissenschaftlichen Bevölkerungszählungen und -schätzungen ergänzen. Dies bietet sich insbesondere dort an, wo die Erfassung über Melderegister unvollständig bleibt bzw. gar keine Erfassung stattfindet. |¹¹⁸

In anderen Bereichen haben Großgeräte aus der medizinischen Forschung und Versorgung inzwischen Struktur bildenden Charakter. Beispielsweise besteht in der Psychologie und in der Linguistik ein wachsender Nutzungsbedarf für Verfahren zur funktionellen Bildgebung neuronaler Aktivitäten im menschlichen Gehirn. Auch in den Altertumswissenschaften haben sich Labor- und Geräteausstattungen als eine notwendige Infrastruktur zur Datierung, Lokalisierung, naturwissenschaftlichen Analyse, Konservierung und Restaurierung von historischen Manuskripten und Ausgrabungsobjekten erwiesen. Für die beiden letztgenannten Bereiche formuliert der Wissenschaftsrat im Folgenden Empfehlungen, die beispielhaft ein erstes Schlaglicht auf den Einsatz von Großgeräten und Laboreinrichtungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften werfen können.

V.2 Empfehlungen am Beispiel von Neuroimaging-Einrichtungen und archäometrischen Laboren

In Hinsicht auf die zunehmende Bedeutung naturwissenschaftlicher, technischer und medizinischer Methoden und entsprechender Großgeräte und Laboreinrichtungen für die Geistes- und Sozialwissenschaften empfiehlt der Wissenschaftsrat, grundsätzlich die interdisziplinären Kooperationen zwischen diesen Wissenschaftsbereichen zu intensivieren.

|¹¹⁸ Siehe: Wurm, M. et al.: Menschen zählen aus dem All. Möglichkeiten und Grenzen von Satellitendaten zur Abschätzung der Bevölkerungsentwicklung und des Gebäudebestandes in deutschen Städten. RatSWD Working Papers, 155 (2010).

Der Wissenschaftsrat befürwortet für alle an funktionellen Bildgebungsverfahren interessierten Disziplinen einen gleichen, auf die jeweils fachbezogene Qualität von Forschungsanträgen gestützten Zugang zu den Laboren. Ein Desiderat im Einsatz der Geräte zur funktionellen Bildgebung sieht der Wissenschaftsrat in einer anspruchsvollen Methodenausbildung für interessierte Geistes-, Sozial- und Verhaltenswissenschaftler im Umgang mit diesen Geräten und bei der Interpretation der Ergebnisse, die sie liefern.

In der Archäometrie beobachtet der Wissenschaftsrat eine zunehmende Verlagerung entsprechender Analyseverfahren aus altertumswissenschaftlichen Einrichtungen in genuin naturwissenschaftliche Labore öffentlicher und privater Anbieter. Zugänge zu externer Infrastruktur können eigene Kapazitäten in den Altertumswissenschaften sinnvoll ergänzen, sie können sie aber nicht vollständig ersetzen. Hier plädiert der Wissenschaftsrat für eine Konsolidierung interdisziplinär geführter Labore (einschließlich der dazu gehörenden Vergleichssammlungen) an den Universitäten, in geeigneten Forschungsmuseen der WGL, im Rahmen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz sowie am DAI auf international konkurrenzfähigem technischen und methodischen Niveau. Des Weiteren fordert der Wissenschaftsrat Fachgemeinschaften, Forschungsförderer und Träger bestehender archäometrischer Einrichtungen auf, über eine interdisziplinäre Konzeption für eine Zentralstelle zu Methodenentwicklungen in der Archäometrie nachzudenken. Hier mangelt es bislang an einem national bedeutsamen und fachübergreifenden Kristallisationspunkt.

D. Empfehlungen zu Förderung, Koordinierung und Governance

D.1 ABSTIMMUNG DER FÖRDERINSTRUMENTE

Die in Abschnitt C. vorgenommene Bestandsaufnahme des Wissenschaftsrates hat gezeigt, dass es in Deutschland eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten für forschungsgetriebene und zeitlich limitierte Infrastrukturprojekte gibt. Der Wissenschaftsrat begrüßt ausdrücklich die vielfältigen Aktivitäten des BMBF zur Infrastrukturförderung für die Geistes- und Sozialwissenschaften im Rahmen seiner Initiativen. Auch die Umstellung des Programms für Langfristvorhaben seitens der DFG, insbesondere im Zusammenspiel mit dem Akademienprogramm von Bund und Ländern, bietet vielfältige Möglichkeiten zur Förderung innovativer Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Die im Rahmen des Nationalen Bildungspanels erstmals erfolgte Abstimmung einer Bundesförderung für den Aufbau einer sozialwissenschaftlichen Forschungsinfrastruktur im Zusammenspiel mit einer DFG-Begutachtung und der Auflage eines komplementären DFG-Schwerpunktprogramms zur Analyse der durch die Infrastruktur erzeugten Daten, betrachtet der Wissenschaftsrat als eine gelungene Förderinnovation, die auf andere Bereiche ausstrahlen sollte.

Dennoch können diese positiven Entwicklungen nicht darüber hinweg täuschen, dass die Abstimmung zwischen den einzelnen Förderern und die Kohärenz und Nachhaltigkeit ihrer Instrumente eines der zentralen Desiderate der deutschen Infrastrukturförderung in den Geistes- und Sozialwissenschaften darstellt. Insbesondere die Förderinstrumente für die Grundversorgung mit Forschungsfachinformationen wie z. B. die Vergabe der Nationallizenzen durch die DFG, DFG-Sondersammelgebiete, das Akademienprogramm und die infrastrukturbezogene Verwendung von regulären Haushaltsmitteln in Hochschulen, Universitätsbibliotheken und den Fachbibliotheken in außeruniversitären For-

schungseinrichtungen sind nach wie vor noch zu wenig miteinander verzahnt. Ein höheres Maß an Abstimmung würde einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften internationales Spitzenniveau zu sichern.

Der Wissenschaftsrat bekräftigt die Einschätzung der DFG, dass die Versorgung der deutschen Wissenschaft mit digitalen Medien eine zusätzliche finanzielle Herausforderung neben der Versorgung mit Printmedien darstellt, die nur durch eine nationale Gesamtanstrengung gemeistert werden kann. In diesem Zusammenhang begrüßt der Wissenschaftsrat auch das Bekenntnis der DFG zu einem gerade für die Geisteswissenschaften essenziell wichtigen vorsorgenden Bestandsaufbau im konventionellen Sondersammelbereich, der durch Förderungen im Bereich der Digitalisierung nicht unter Druck geraten darf. Dies setzt aus Sicht des Wissenschaftsrates auch voraus, dass im Rahmen des neuen DFG-Förderprogramms „Förderung herausragender Forschungsbibliotheken“ der Begriff der letzteren nicht zu eng ausgelegt wird. Es sollten auch den Bibliotheken Chancen eingeräumt werden, die nachweisen können, dass sie vor allem externen Forscherinnen und Forschern optimale Arbeitsbedingungen und ebenso schnelle wie kompetent beratene Zugriffe auf ihre Spezialbestände ermöglichen.

Bezogen auf den Planungshorizont ihrer Finanzierung und *Governance* betrachtet der Wissenschaftsrat Infrastrukturen für die thematisch fokussierte Forschung als mittelfristige bis langfristige Unternehmungen. In den Geistes- und Sozialwissenschaften zeichnen sich Forschungsinfrastrukturen darüber hinaus durch einen geringen bis mittleren Umfang bei den Investitionskosten, eine Heterogenität unter den engagierten Partnern, oftmals dezentrale Bereitstellung des wissenschaftlichen Produkts sowie daraus resultierend Kommunikations- und Personalintensität aus. In der Regel werden in den Geistes- und Sozialwissenschaften jenseits der unmittelbaren Schnittstellen zu den Naturwissenschaften keine technischen Großgeräte eingesetzt. Gemessen an diesen Merkmalen fehlt es in Deutschland bislang an einem Förderinstrument, das für den Aufbau, die Erhaltung und den Ausbau der spezifischen Forschungsinfrastrukturen der Geistes- und Sozialwissenschaften über einen längerfristigen Zeitraum von ca. zehn bis 15 Jahren nötig wäre, um den in ihrer inhaltlichen Ausrichtung ebenso heterogenen wie in ihren Anfängen oftmals kleinformatischen Infrastrukturprojekten eine Wachstums- bzw. Konsolidierungsperspektive zu geben.

D.II EMPFEHLUNG EINES NATIONALEN FÖRDERPROGRAMMS

Der Wissenschaftsrat schlägt ein nationales Förderprogramm speziell für die Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften vor. Ein solches Förderprogramm betrachtet der Wissenschaftsrat als ein Angebot an die

Geistes- und Sozialwissenschaften, das es ihnen ermöglichen sollte, sich mit innovativen Ideen zu Infrastrukturprojekten so zu positionieren, dass spätere Projektstadien oder Folgeprojekte eine reale Chance bekommen, auf eine nationale *Roadmap* für Infrastrukturprojekte sowie auf die europäische *ESFRI-Roadmap* aufgenommen zu werden. Gleichwohl sollte es im Rahmen des hier vorgeschlagenen Programms keinerlei Automatismus geben: Die im Rahmen eines nationalen Förderprogramms unterstützten Infrastrukturprojekte sollten sich in transparenten Auswahlverfahren für eine nationale und europäische *Roadmap* wiederum dem Wettbewerb mit anders geförderten Vorschlägen stellen müssen.

Unterhalb des Zielhorizonts von *Roadmap*-Verfahren würde ein nationales Förderprogramm dazu dienen, viel versprechenden Forschungsinfrastrukturen der Geistes- und Sozialwissenschaften in der Zukunft wahlweise eine längerfristige Förderperspektive in diesem Programm selbst zu geben oder weitere Drittmittelfinanzierungen anderer Förderer zu erschließen.

Der Wissenschaftsrat hält das BMBF für einen geeigneten Träger des hier vorgeschlagenen nationalen Förderprogramms. Letzteres sollte die Infrastrukturen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung nicht von vornherein unlimitiert, sehr wohl aber längerfristig – das heißt in einem Zeitraum von ca. 10 bis 15 Jahren – unterstützen.

Den Vorteil der Verortung eines solchen Programms beim BMBF sieht der Wissenschaftsrat darin, dass dort eine Aussicht auf die benötigte längerfristige Perspektive für die Förderung von zunächst auch explorativ angelegten Infrastrukturprojekten besteht, die mit Blick auf ihren Pilotcharakter Schwierigkeiten hätten, in anderen mittel- bis langfristigen Förderprogrammen wie z. B. dem DFG-Programm für Langfristvorhaben oder dem Akademienprogramm Akzeptanz zu finden. Der Mehrwert eines vom BMBF initiierten nationalen Förderprogramms für die Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften läge aus Sicht des Wissenschaftsrates in der Verknüpfung von

- _ geringen Einstiegshürden für Infrastrukturprojekte eines zunächst explorativen Zuschnitts
- _ mit der Aussicht auf eine längerfristige Sicherung derjenigen Projekte, die sich über eine Pilotphase hinaus als attraktive Angebote für die Fachgemeinschaften erweisen würden.

Es könnte im Rahmen des Programms unterschiedliche Einstiegsniveaus geben, die auch bereits etablierten Infrastrukturen z. B. ein notwendiges *Upgrade* ermöglichen würden. Dabei betrachtet es der Wissenschaftsrat als essenziell für die Qualitätssicherung des Programms, dass die hier geförderten Projekte in Zwischenevaluationen und verschiedenen Förderzyklen Nachweise über Intensität und Effekte ihrer Nutzung erbringen müssten. In jedem Falle sollten sie

nach einer angemessenen Pilotphase nachweisen, dass sie für ihre Fachgemeinschaften Struktur bildend bzw. verändernd wirken, indem sie zu neuen und innovativen Forschungsergebnissen führen. Neben genuinen Informationsinfrastrukturen, sozialen Infrastrukturen und Großgeräten bzw. Laboreinrichtungen sollten auch Koordinierungsprojekte – wie z. B. interaktive Plattformen und Portale für wissenschaftliche Gemeinschaften und größere Forschungszusammenhänge – Eingang in ein nationales Förderprogramm finden können, da sie ihrerseits durch die Verknüpfung und Bereitstellung vorher dezentral verteilter Fach- und Forschungsinformationen aktuelle Forschungen anregen und mittelbar Forschungsergebnisse generieren. Auch dies kann auf Struktur bildende Effekte für die angesprochenen Fachgemeinschaften hinauslaufen.

Die Ausgestaltung des nationalen Förderprogramms sollte nach Auffassung des Wissenschaftsrates in enger Absprache mit der DFG, der Union der Akademien der Wissenschaften und den Ländern erfolgen, um inhaltliche Überschneidungen zu vermeiden und mit Blick auf Laufzeitperspektiven und Aufnahmekriterien jeder Infrastrukturprojektidee das passende Förderformat empfehlen zu können.

Noch einen Schritt weitergehend, fordert der Wissenschaftsrat die wissenschaftspolitischen Akteure auf, parallel zur Auflage des nationalen Förderprogramms auch nach Regeln und institutionellen Wegen zu suchen, wie erfolgreiche Infrastrukturprojekte in dauerhaft sichere Finanzierungsformen überführt werden können – auch und gerade an den Hochschulen. In diesem Zusammenhang könnte in geeigneten Fällen überprüft werden, inwiefern aus interdisziplinärer Verbundforschung entstandene Infrastrukturansätze eine Verstetigungsperspektive erhalten.

In einer Doppelrolle als Repräsentant der deutschen Forschung im ESFRI-Prozess und als Förderer eines nationalen Förderprogramms für die geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsinfrastrukturen sieht der Wissenschaftsrat das BMBF gegenwärtig in einer herausragenden Stellung, um den infrastrukturellen Anliegen der deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften im europäischen Forschungsraum nachhaltig Gehör zu verschaffen.

Da erfolgreiche Forschungsinfrastrukturen nicht nur translokal, sondern heute in aller Regel transnational und gebührenfrei genutzt werden, unterliegen sie der Logik von Gemeinschaftsgütern. Letztere verbinden sich mit der Erwartung eines weit gestreuten und langfristigen, deshalb nicht immer kurzfristig messbaren *returns on investment* und müssen deshalb in der Regel öffentlich bereitgestellt werden. Forschungsinfrastrukturen sind in diesem Sinne auch Teil einer „Außenwissenschaftspolitik“, mit der sich Deutschland der Welt als attraktiver

Wissenschaftsstandort präsentiert. |¹¹⁹ Auch in dieser Hinsicht betrachtet der Wissenschaftsrat das BMBF als einen geeigneten Träger für ein nachhaltiges nationales Förderprogramm für Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Als aussagekräftige Indikatoren für Größe und Bedeutung von Forschungsinfrastrukturen können für die Geistes- und Sozialwissenschaften Prognosen über jährliche Betriebskosten, vor allem aber Aussagen über Struktur bildende bzw. verändernde Effekte in den Disziplinen und über Disziplingrenzen hinaus gelten. Weitere Beurteilungskriterien für die Qualität und Relevanz einer Forschungsinfrastruktur für die Geistes- und Sozialwissenschaften sieht der Wissenschaftsrat in Angaben über Nutzerbreite und -tiefe, Alleinstellungsmerkmale bzw. Kooperationen mit komplementären nationalen und internationalen Infrastrukturen, Zugangsbedingungen sowie Aspekten der Nachwuchsförderung. Ein durchdachtes Konzept für eine strukturierte Nachwuchsförderung im Rahmen einer Forschungsinfrastrukturentwicklung betrachtet der Wissenschaftsrat auch unter dem Gesichtspunkt ihres langfristigen Ertrags, ihrer Nähe zu aktuellen Forschungsfragen sowie der Adaptionsfähigkeit an methodische Neuentwicklungen und neue Nutzungsbedürfnisse als essenziellen Kernbestandteil der Infrastruktur.

Der Wissenschaftsrat weist darauf hin, dass die Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften langfristig auch einen Beitrag zur Grundversorgung in der Lehre dieser Fächer darstellen. In diesem Sinne fordert er Bund und Länder auf, sich für eine realistische und langfristige Perspektive insbesondere für erfolgreiche Forschungsinfrastruktur einzusetzen, die im Laufe ihres Betriebs eine permanente – und d. h. für Forschung und Lehre unverzichtbare – Funktion ausprägen.

II.1 Nationaler Roadmap-Prozess

Der Wissenschaftsrat begrüßt die Absicht der Bundesregierung, eine nationale *Roadmap* für Forschungsinfrastrukturen zu etablieren. Er betrachtet einen solchen Schritt als wichtiges Signal, dass Deutschland seine Attraktivität als Standort herausgehobener internationaler Forschungsinfrastrukturen wahren und seine Position in den Entscheidungsprozessen über neue europäische Infrastrukturvorhaben stärken möchte. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist hierbei sicherzustellen, dass ein nationales *Roadmap*-Verfahren die Entscheidungstransparenz in der Infrastrukturförderung erhöht und es zu einer breiten

|¹¹⁹ Siehe Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 11 sowie Schütte, G. (Hrsg.), Wettlauf ums Wissen. Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution, Berlin 2008.

Aktivierung auch der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgemeinschaften geeignet ist. Weiterhin sollten Kriterien der wissenschaftlichen, wissenschafts-politischen und gesellschaftlichen Relevanz angemessen gegeneinander abge- wogen werden. Der Wissenschaftsrat äußert die Erwartung, dass

- _ der nationale *Roadmap*-Prozess für die Geistes- und Sozialwissenschaften so attraktiv ausgestaltet wird, dass er als Impulsgeber für zusätzliche Anstren- gungen der einzelnen Disziplinen und von Disziplinenverbänden wirkt;
- _ er herausragenden Infrastrukturprojekten, die im Rahmen des hier vorge- schlagenen nationalen Förderprogramms für die Geistes- und Sozialwissen- schaften unterstützt werden, im Wettbewerb mit anderen vorgeschlagenen Projekten eine Verstetigungsperspektive und die Aussicht auf eine Berück- sichtigung auf der europäischen ESFRI-*Roadmap* bietet;
- _ nicht-wissenschaftliche Relevanz Kriterien im *Roadmap*-Prozess, wie z. B. der Beitrag einer Infrastruktur zur wissenschaftlichen Lösung globaler Heraus- forderungen, frühzeitig und transparent kommuniziert werden, und
- _ die internationale Handlungs- und Sprechfähigkeit Deutschlands durch die Auflage einer nationalen *Roadmap* im Rahmen von internationalen Koordi- nierungsprozessen zu Forschungsinfrastrukturen (insbesondere im ESFRI- Prozess) auch im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften grundsätzlich gestärkt wird.

Da sich die Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften in der Regel durch Dezentralität und Personalintensität statt z. B. durch rele- vante Bau- und Geräteinvestitionen auszeichnen, empfiehlt der Wissenschafts- rat im nationalen *Roadmap*-Verfahren auf eine Bagatellgrenze bei den Investi- tionskosten für diese Disziplinen grundsätzlich zu verzichten. Wichtigstes Kri- terium für eine Aufnahme auf die *Roadmap* sollten verlässliche Prognosen über die Struktur bildenden bzw. verändernden Effekte der vorgeschlagenen Infra- strukturen sein. Dazu zählen auch Koordinierungsleistungen bei der Datener- schließung, -zusammenführung und -bereitstellung, wie sie z. B. im Rahmen der ESFRI-Projekte CESSDA, CLARIN und DARIAH erbracht werden.

II.2 ESFRI-Prozess

In seiner politischen Wirkung wird der ESFRI-Prozess vom Wissenschaftsrat als hochrelevant für die Entwicklung von Forschungsinfrastrukturen in Deutsch- land und Europa bewertet. Er hat die Kooperation zwischen Mitgliedstaaten der EU gestärkt, was dem Wissenschaftsrat aufgrund der hohen Investitionssum- men und des zunehmend internationalen Charakters des Betriebs und der Nut- zung von Forschungsinfrastrukturen nicht nur als sinnvoll, sondern als not- wendig erscheint.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem BMBF – als Repräsentanten der deutschen Wissenschaft im ESFRI –, für eine höhere Transparenz des Auswahlverfahrens

durch vorab kommunizierte Kriterien für die Bewertung der wissenschaftlichen, wissenschaftspolitischen und gesellschaftlichen Relevanz der Projekte bei der Erstellung der europäischen *Roadmap* zu werben. Neben den auf der ESFRI-*Roadmap* befindlichen geistes- und sozialwissenschaftlichen Projekten existieren ähnlich umfangreiche und qualitativ hochwertige Forschungsinfrastrukturen (z. B. im Bereich der großen Datenerhebungen), die nicht auf der ESFRI-*Roadmap* stehen, aber gleichwohl für die europäischen und internationalen Fachgemeinschaften von hoher Bedeutung sind. Eine ausschließliche Fokussierung der nationalen und europäischen Förderung auf die Infrastrukturprojekte auf der ESFRI-*Roadmap* hielte der Wissenschaftsrat für problematisch, da hier Konzentrationseffekte entstünden, die zu Lasten der Förderung kleinerer, aber möglicherweise innovativer (z. B. experimenteller) Forschungsinfrastrukturen mit internationaler Ausstrahlung gingen. |¹²⁰ Gleichwohl betrachtet es der Wissenschaftsrat als sinnvoll, Infrastrukturprojekte, die Eingang in die künftige nationale *Roadmap* finden, nach Möglichkeit auch auf die ESFRI-*Roadmap* zu bringen, um auf diesem Weg Kooperationen mit europäischen Partnern zu forcieren und weitere Kofinanzierungen durch Partnereinrichtungen und die europäischen Förderer zu ermöglichen.

Mit Blick auf die Ausgestaltung des achten Forschungsrahmenprogramms der EU empfiehlt der Wissenschaftsrat der Bundesregierung, auf eine Koordinierung der Projektförderung im Rahmen der Spezifischen Programme mit den im ESFRI-Kontext geschaffenen Forschungsinfrastrukturen hinzuwirken. Darüber hinaus wären weitere Infrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die für den Europäischen Forschungsraum von Relevanz sind, daraufhin zu prüfen, ob sich auch hier eine Kopplung mit der Projektförderung der Spezifischen Programme lohnt. Der Wissenschaftsrat würde eine solche Verschränkung der Förderaktivitäten als maßgeblichen Anstoß für den Aufbau einer die nationale Ebene übergreifenden Forschungsinfrastruktur in den Geistes- und Sozialwissenschaften begrüßen.

D.III KOORDINIERUNG UND GOVERNANCE

Zur Koordinierung von Forschungsinfrastrukturen lässt sich zuerst der Aspekt der Artikulierung und Legitimierung strategischer Bedarfe von Fachgemeinschaften rechnen. In Deutschland halten sich diesbezüglich vor allem die Geisteswissenschaften und die mit qualitativen Methoden forschenden Sozialwis-

| ¹²⁰ Siehe auch Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 123.

senschaften bislang zurück – mit dem Ergebnis, dass die öffentlichen Förderer jenseits einzelner engagierter Individuen keine organisierten Ansprechpartner für Infrastrukturbelange haben. Im direkten Vergleich zeigen quantitative Sozialforschung und Wirtschaftsforschung ein deutlich gestärktes Problembewusstsein. Sie haben in der jüngsten Vergangenheit erfolgreich Organisationen mit Repräsentations-, Beratungs- und Monitoringkapazitäten etabliert.

Unter Vergegenwärtigung der Ergebnisse der durchgeführten Umfrage (Abschnitt C.II) fordert der Wissenschaftsrat die Fachgesellschaften in den Geistes- und Sozialwissenschaften auf, ihre Mitglieder stärker für Infrastrukturfragen zu sensibilisieren – und damit auch für Zukunftsfragen der Disziplinen in einem wissenschaftspolitischen Umfeld, in dem Ausstattungsressourcen zunehmend nach wettbewerblichen Prinzipien und in Priorisierungsverfahren vergeben werden, zu aktivieren. Der Wissenschaftsrat regt an, in den Fachgesellschaften, die sich noch nicht systematisch mit Fragen der Infrastrukturentwicklung ihrer Disziplin und entsprechender Subdisziplinen beschäftigt haben, eine entsprechende Arbeitsgemeinschaft sowie eine Verantwortlichkeit im Vorstand einzurichten, die auch in der Lage sein sollte, die Fachgesellschaft in Infrastrukturfragen nach außen zu vertreten.

Ein gutes Beispiel für erfolgreiche Mobilisierung sieht der Wissenschaftsrat im Bereich der quantitativen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in dem KVI-Prozess zur Verbesserung der Dateninfrastruktur. Hier haben die quantitativen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Deutschland nicht nur Nachholbedarfe gedeckt, sondern sich im internationalen Vergleich in eine Spitzenstellung gebracht. Dieser Prozess wurde mit der Einrichtung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) im Rahmen des BMBF-geförderten Projektes *Developing the Research Infrastructure for the Social, Economic and Behavioral Sciences in Germany and Beyond: Progress Since 2001, Current Situation, and Future Demands* (Arbeitstitel: *KVI reloaded*) sowie der Gründung der Forschungsdatenzentren und Datenservicezentren kontinuierlich weiterentwickelt. |¹²¹ Den Fachvertretern der qualitativen Sozialwissenschaften empfiehlt der Wissenschaftsrat, sich aktiv an der Arbeit des RatSWD – z. B. im Rahmen eines eigenständigen Ausschusses für qualitative Daten – zu beteiligen. Umgekehrt wird der RatSWD aufgefordert, sich aktiv um die Integration der qualitativen Sozialwissenschaften in sein Ak-

| ¹²¹ 2010 hat der RatSWD mit den Empfehlungen *Expanding the Research Infrastructure for the Social, Economic, and Behavioral Sciences* ein neues Memorandum für die zukünftige Weiterentwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschungsinfrastruktur vorgelegt. Eine Zusammenfassung der Empfehlungsleitlinien findet sich in RatSWD: Recommendations for Expanding the Research Infrastructure for the Social, Economic, and Behavioral Sciences, RatSWD Working Papers, 150 (2010).

tivitätsspektrum zu bemühen. |¹²² Des Weiteren betrachtet der Wissenschaftsrat den RatSWD als ein geeignetes Gremium, um die vielfältigen rechtlichen und ethischen Grundsatzfragen zu diskutieren, die im Bereich der Zusammenführung und wissenschaftlichen Verwendung von quantitativen und qualitativen personenbezogenen Forschungsdaten mit bio- und georeferenzierten Daten, Transaktionsdaten etc. entstehen.

Der Wissenschaftsrat hält fest, dass mit dem RatSWD in Deutschland ein unabhängiges Gremium geschaffen wurde, das Nutzerinnen und Nutzern aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften als zentraler Ansprechpartner für bislang dezentral vorrätig gehaltene Datensätze dient und hierfür sowohl Service als auch Monitoringfunktionen übernimmt. Insbesondere die fachliche Begleitung des Aufbaus und der laufenden Arbeit der Forschungsdatenzentren und Datenservicezentren durch einen Ständigen Ausschuss des RatSWD kann als vorbildlich gelten. Den geisteswissenschaftlichen Fachgesellschaften legt der Wissenschaftsrat nahe, gemeinsam zu prüfen, ob die Einrichtung einer am Beispiel des RatSWD orientierten Einrichtung für die Bündelung und Artikulierung ihrer Infrastrukturbedürfnisse sowie die Qualitätssicherung der vorhandenen Infrastrukturen hilfreich sein könnte (siehe auch C.II.2). Das BMBF könnte hier – ähnlich wie im KVI-Prozess – unterstützend tätig werden.

Die vom RatSWD vorangetriebene zunehmende Gründung von Forschungsdatenzentren an Daten generierenden Forschungseinrichtungen wird vom Wissenschaftsrat begrüßt. Er empfiehlt insbesondere den Ressortforschungseinrichtungen des Bundes, sich diesem Gründungsprozess anzuschließen und ebenfalls Daten für die breite wissenschaftliche Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Den Infrastruktur tragenden Einrichtungen empfiehlt der Wissenschaftsrat, sich bereits in der Konzeptionsphase für neue Infrastrukturprojekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften mit anderen nationalen und internationalen Einrichtungen abzustimmen um Datenerhebungen, -aufarbeitungen und -bereitstellungen so effizient und redundanzfrei wie möglich zu gestalten. In diesem Zusammenhang beobachtet der Wissenschaftsrat beispielsweise die Fusion der drei vormals selbstständigen Einrichtungen Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA), Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) sowie Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) unter dem Dach des Leibniz-Instituts für Sozialforschung – GESIS mit Aufmerksamkeit.

|¹²² Siehe auch die entsprechende Empfehlung in Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Berlin, Drs. 9504-09, Aachen 2009, S. 13.

Mit Blick auf die Bereitstellung und externe Nutzung bereits erhobener Daten und fertig gestellter Digitalisate ist ebenfalls eine verstärkte Koordination unter den dezentral verteilten Anbietern anzumahnen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt hier nachdrücklich den Trägern von Infrastrukturen, sich bei disziplinär und thematisch verwandten Daten auf gemeinsame Standards der Aufbereitung und auf ein gemeinsames – von einer federführenden Einrichtung zentral bereitgestelltes – Portal zu verständigen, das den interessierten Nutzerinnen und Nutzern eine „one-stop-shopping“-Option ermöglicht. Das heißt, dass dezentral gesammelte, aufbereitete und angebotene Daten den Forscherinnen und Forschern über eine gemeinsame Anlaufstation zur Verfügung stehen müssten, auf die sie mit der ihnen gewohnten Terminologie zugreifen könnten.

Auch bei der Entwicklung von Metadaten für digitalisierte Datenbestände ist ein stärkeres Maß an nationaler und internationaler Koordination dringend geboten. Hier sieht der Wissenschaftsrat auch die Forschungsförderer in der Pflicht, auf die Verwendung einheitlicher Standards und die Möglichkeiten der Vernetzung mit bereits existierenden oder komplementär entwickelten Datenbanken zu achten.

Weitere Koordinierungsbedarfe lassen sich auch im Bereich der großen Umfragestudien identifizieren. Die einzelnen Panels sind mit ihren Erhebungsinstrumenten und Modulen sowie mit Blick auf Möglichkeiten des Datentransfers noch zu wenig miteinander koordiniert.

Ein erhebliches Problem für die quantitative sozialwissenschaftliche Forschung stellen die unterschiedlichen datenschutzrechtlichen Regulierungen der Länder dar. Beispielsweise stoßen die Erhebungen im Rahmen des Nationalen Bildungspanels (NEPS) auf unterschiedliche landesrechtliche Restriktionen beim Zielgruppenzugang, was ein einheitliches bundesweites Vorgehen und damit auch die spätere länderübergreifende Vergleichbarkeit von Daten erschwert. Der Wissenschaftsrat plädiert deshalb im Forschungsbereich für eine verbesserte Koordination der datenschutzrechtlichen Bestimmungen unter den Ländern, die er des Weiteren bittet, den Datenzugang im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen forschungsfreundlich zu organisieren.

In der *Governance* von Forschungsinfrastrukturen geht es zu vorderst darum, die Bedürfnisse der wissenschaftlichen Nutzerinnen und Nutzer angemessen zu berücksichtigen und damit die Innovationsfähigkeit der Forschungsinfrastruktur sowie ihre Relevanz für Forschung und Lehre langfristig sicherzustellen. Die Eigeninteressen der jeweiligen Trägereinrichtung (Hochschule oder außeruniversitäres Forschungsinstitut) einer Infrastruktur sollten demgegenüber zurückstehen und die Infrastruktur im Interesse ihrer Öffnung für breite Nutzerkreise weder inhaltlich noch formal zu sehr einengen. Insbesondere darf es keine Limitierung des Zugangs für externe Nutzerinnen und Nutzer geben. Dazu gehört

auch eine dauerhafte Sicherung von Zugangswegen, die in ihrer konkreten Ausgestaltung nicht prohibitiv wirken dürfen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher, für geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsinfrastrukturen einer kritischen Größe in der Regel sowohl das Organ eines Nutzerbeirats einzuführen als auch regelmäßige Befragungen unter den Nutzerinnen und Nutzern durchzuführen und deren Ergebnisse in periodischen Evaluationen zu berücksichtigen. Die Nutzungsbreite – und hier auch der Anteil ausländischer Forscherinnen und Forscher, die mit der Infrastruktur arbeiten – sowie die Zufriedenheit mit der Nutzungstiefe der angebotenen Datensätze, Bearbeitungswerkzeuge, Beratungen etc. betrachtet der Wissenschaftsrat als entscheidende Erfolgskriterien für Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Sie sind auch als maßgebliche Entscheidungskriterien in die Begutachtungen und externen Evaluationen im Rahmen von Förderprogrammen einzubeziehen, wobei zwischen den Kriterien die Gewichtungen – je nach Infrastruktortypus zwischen Beiträgen zur Grundversorgung, Bereitstellung für die Forschung Dritter und Bereitstellung mit zunächst limitiertem Zugang für externe Nutzung – zu variieren sind. Eine Evaluierung nach Nutzungsfrequenzen wäre beispielsweise dort kontraproduktiv, wo z. B. – wie im Falle der DFG-geförderten Sondersammelgebiete der Bibliotheken – ein uneingeschränkter und umfassender Sammelauftrag zum Zwecke der Grundversorgung von Fachgemeinschaften zur Kernaufgabe (Reservoir-Funktion) der Infrastruktur gehört.

Ein weiterer zentraler Gesichtspunkt der *Governance* von Forschungsinfrastrukturen ist in der Setzung motivationaler Anreize für die Produktion dieses Gemeinschaftsgutes für die Forschung zu sehen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in diesem Zusammenhang den Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Fachgesellschaften, Anreizstrukturen zur Honorierung individuellen Engagements für Infrastrukturfragen zu etablieren. Die erfolgreichen Betreiber einer Forschungsinfrastruktur, die neue Forschungsfragestellungen inspiriert und mit deren Daten international beachtete Forschungsergebnisse erzielt werden, sollten auf der Reputationsskala nicht hinter den in der Forschung erfolgreichen Nutzerinnen und Nutzern dieser Infrastruktur zurückbleiben. Zu denken wäre hier unter anderem an akademische Preise und Auszeichnungen für die Promotoren bzw. Betreiber erfolgreicher Infrastrukturprojekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Des Weiteren empfiehlt der Wissenschaftsrat Ländern und Hochschulen den Aufbau und Betrieb von Forschungsinfrastrukturen sowie die damit einhergehende Nutzerinnen- und Nutzerbetreuung in der leistungsbezogenen Mittelvergabe (LOM) zu berücksichtigen. Es besteht sonst die Gefahr, dass gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften das Engagement für Forschungsinfrastrukturen nicht nur wenig Reputation einbringt, sondern im Gegenteil durch

manifeste finanzielle Nachteile im Vergleich zur Einwerbung von Forschungsdrittmitteln bestraft wird. Drittmittel für die Infrastrukturentwicklung sollten in der LOM auf jeden Fall Forschungsdrittmitteln gleichgestellt werden. Auch sollte nicht zwischen Infrastruktur Drittmitteln von der DFG und denjenigen anderer Förderer unterschieden werden. Nach der Aufbauphase der jeweiligen Forschungsinfrastruktur empfiehlt der Wissenschaftsrat, Mittelzuweisungen aus der LOM an nachgewiesene Forschungsleistungen, die aus der Nutzung der Infrastruktur resultieren, zu knüpfen.

Darüber hinaus regt der Wissenschaftsrat an, den hohen Zeit- und Koordinierungsaufwand für den Betrieb von Forschungsinfrastrukturen gerade in der Aufbauphase durch eine zeitweilige Freistellung erfolgreicher Antragstellerinnen und Antragsteller von ihren Lehraufgaben in Betracht zu ziehen. Hier sollten die vorgeschlagenen Förderprogramme Kompensationsmittel zur Beschäftigung von Vertretungsprofessorinnen und -professoren an den jeweiligen Fakultäten und Fachbereichen vorsehen.

D.IV FORSCHUNGSINFRASTRUKTUREN IN LEHRE UND FORSCHUNG

Forschungsinfrastrukturen betreffen immer auch Fragen der Lehre und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Wissenschaftsrat erachtet es als unabdingbar, die Bereitstellung, Nutzung und Pflege von Forschungsinfrastrukturen in disziplinären Feldern, wo dies noch nicht geschehen ist, zum regulären Bestandteil der Hochschullehre zu machen. Die Möglichkeit zur Nutzung so genannter *Campus-Use-Files*, die von den Forschungsdatenzentren und Datenserviceszentren in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften für die Hochschullehre bereit gestellt werden können, sieht der Wissenschaftsrat als einen wichtigen Schritt in diese Richtung.

Im Bereich der Methodenausbildung sieht der Wissenschaftsrat besonderes Potenzial für die Verankerung infrastrukturbezogener Forschungsarbeiten sowohl in der grundständigen Lehre der Fächer, als auch im Rahmen von *Workshops* und *Summer Schools*. An der Schnittstelle von Informatik, Kommunikationstechnologie sowie Geistes- und Sozialwissenschaften könnten so auch neue akademische Zusatzqualifikationen und Weiterbildungsangebote entstehen.

Weitergehend regt der Wissenschaftsrat an, auch gezielt grundständige Studiengänge zu entwickeln, die fachliche Expertise in einer Geistes- oder Sozialwissenschaft mit dem technischen *Know-how* verbinden, das für Betrieb und Entwicklung von Infrastrukturangeboten notwendig ist. Die Weiterentwicklung der Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften wird in Deutschland nicht zuletzt durch einen Mangel an Expertinnen und Experten mit entsprechenden Doppelqualifikationen gehemmt.

Eine Verankerung der Infrastrukturproblematik in der Lehre erachtet der Wissenschaftsrat als eine Grundvoraussetzung, um eine dringend benötigte Kultur der Bereitstellung von Forschungsdaten für externe Nutzerinnen und Nutzer dauerhaft schon bei den Studierenden zu etablieren.

Gute Serviceleistungen wissenschaftlicher Einrichtungen mit Infrastrukturcharakter sind eng mit eigenem Engagement in der Forschung verknüpft. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, vor allem dem wissenschaftlichen Personal in der Design- und Methodenentwicklung sowie der Nutzerberatung, dort, wo dies für Infrastrukturbetreiber und Beschäftigte gleichermaßen attraktiv ist, ca. 30 bis 50 % der Arbeitszeit für eigenständige Forschungen zur Verfügung zu stellen. Dies würde auch einen Beitrag dazu leisten, die Forschungsinfrastrukturen selbst innovativ zu halten, da Weiterentwicklungen sich auf diesem Gebiet nur aus der permanenten Interaktion zwischen Erhebung, Aufbereitung und Nutzung für Forschungszwecke ergeben. Andererseits ist darauf zu achten, dass Nachwuchskräfte die längerfristig aber gleichwohl zeitlich befristet an einer Infrastruktureinrichtung arbeiten, stets auch von dieser Einrichtung für andere Tätigkeitsfelder inner- und außerhalb von Forschung und Lehre qualifiziert werden müssten. Der Wissenschaftsrat halte es hinsichtlich der Anreizwirkung zum Aufbau der Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften für fatal, wenn eine signifikante Zahl der an Infrastrukturprojekte gekoppelten Nachwuchskarrieren nach Beendigung der Infrastruktur in die Perspektivlosigkeit laufen würde.

Anhang

Anhang 1 Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Datenerhebungen mit deutscher (Teil-)Stichprobe

I. (Wiederholte) Querschnitterhebungen

ALLBUS

Name:	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.gesis.org/allbus vom 5.10.2010
Profil:	ALLBUS ist ein Vorhaben der GESIS, das der Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen dient. Es handelt sich um eine langfristig angelegte, multi-thematische, replikative und querschnittliche Umfrageserie zu Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Das Fragenprogramm jeder ALLBUS-Erhebung umfasst ein bis zwei Themenschwerpunkte (wie z. B. Einstellungen gegenüber Ausländern, religiöse Orientierungen, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit, politische Partizipation). Die Stichprobengröße betrug bis 1990 3.000 Befragte, seit 1992 in der Regel 2.400 Interviews in den alten und 1.100 Interviews in den neuen Bundesländern. Insgesamt sind seit 1980 über 50.000 Menschen für ALLBUS befragt worden.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	Wechselnd, seit 2004 TNS Infratest Sozialforschung
Datenzugang:	Die ALLBUS-Daten werden unmittelbar nach der Aufbereitung und Dokumentation allen Interessierten kostenlos vom GESIS-Datenarchiv für eigene Analysen zur Verfügung gestellt. Datensätze, die aus Datenschutzgründen nicht allgemein zugänglich gemacht werden (z. B. mit kleinräumigen Regionalinformationen), können im Rahmen des Forschungsdatenzentrums ALLBUS für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden.
Adressaten, Kooperationen:	Adressaten sind in erster Linie Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in Forschung und Lehre, aber auch Politik und interessierte Öffentlichkeit. Seit 1986 wird der deutsche Teil des <i>International Social Survey Programme</i> (ISSP) gemeinsam mit dem ALLBUS durchgeführt und ist auch Bestandteil des ALLBUS-Datensatzes.
Finanzierung:	Die Umfragen 1980-1986 und eine <i>Baseline</i> -Studie 1991 wurden von der DFG im Rahmen von Einzelanträgen gefördert. Seit 1987 ist der ALLBUS innerhalb der GESIS institutionalisiert.
Status:	Erhebungen werden seit 1980 in zweijährigem Abstand durchgeführt.

DEAS

Name:	Deutscher Alterssurvey
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.deutscher-alterssurvey.de vom 5.10.2010
Profil:	Die Durchführung liegt beim Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA), Berlin. Es handelt sich um eine bundesweit repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung von Personen ab 40 Jahren zu den Themenbereichen Arbeit und Ruhestand; Generationen, Familie und soziale Netzwerke; außerberufliche Tätigkeiten und ehrenamtliches Engagement; Wohnen und Mobilität; wirtschaftliche Lage und wirtschaftliches Verhalten; Lebensqualität und Wohlbefinden; Gesundheit und Gesundheitsverhalten; Hilfe- und Pflegebedürftigkeit; Einstellungen, Normen und Werte. Dabei werden sozialpolitische, gerontologische, soziologische, psychologische, ökonomische und pflegewissenschaftliche Fragestellungen interdisziplinär verknüpft. In der ersten Welle (1996) wurden insgesamt 4.838 Personen, in der zweiten

	Welle (2002) 5.194 Personen und in der dritten Welle (2008) 8.205 Personen befragt.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	Infas
Datenzugang:	Die Daten werden ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken zur Verfügung gestellt und sind über das GESIS-Datenarchiv für Sozialwissenschaften, Köln, zu beziehen. Seit dem 01.12.2009 berät das neu eingerichtete „Forschungsdaten-zentrum Deutscher Alterssurvey“ am Deutschen Zentrum für Altersfragen bei Fragen zur Beantragung, Genehmigung und Nutzung der Daten.
Adressaten, Kooperationen:	Es werden Mikrodaten bereitgestellt, die sowohl für die sozial- und verhaltenswissenschaftliche Forschung als auch für die Sozialberichterstellung genutzt werden. Die Daten dienen als Informationsgrundlage für politische Entscheidungsträger, die interessierte Öffentlichkeit und wissenschaftliche Forschung.
Finanzierung:	Der DEAS wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.
Status:	1. Welle 1996; 2. Welle 2002; 3. Welle seit April 2007 wird von 2008 bis 2010 mit weiteren 1,67 Mio. Euro gefördert.

ESS

Name:	<i>European Social Survey</i>
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.europeansocialsurvey.de vom 5.10.2010 http://www.europeansocialsurvey.org vom 5.10.2010
Profil:	Die Projektidee für den ESS entstand in der <i>European Science Foundation</i> (ESF). Ziel dieser vorwiegend soziologischen und politikwissenschaftlichen Umfrage ist es, die sozialen und politischen Einstellungen und Verhaltensweisen von Bürgerinnen und Bürgern aus über 30 Ländern (Stand: 4. Welle 2008/2009) zu untersuchen. Die Befragungen für das deutsche Teilprojekt „Gesellschaft und Demokratie in Europa“ werden vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas), Bonn, im Auftrag der Universität Mannheim durchgeführt. Die deutsche Stichprobengröße beträgt 3.000 Personen. ESS ist Teil der <i>ESFRI-Roadmap 2006</i> und des <i>Roadmap-Updates 2008</i> .
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	Infas
Datenzugang:	Die ESS-Daten werden unmittelbar nach der Aufbereitung und Dokumentation allen interessierten Personen und Institutionen unentgeltlich für Analysen zur Verfügung gestellt.
Adressaten, Kooperationen:	Es werden Mikro- und Makrodaten bereitgestellt, die insbesondere für die sozial- und politikwissenschaftliche Forschung und Lehre von Lehrenden und Lernenden genutzt werden. Die Daten dienen außerdem als Informationsgrundlage für politische Entscheidungsträger, die interessierte Öffentlichkeit, private Unternehmen, den Journalismus und der wissenschaftlichen Forschung.
Finanzierung:	Die internationale Koordination des Projektes wird von der Europäischen Kommission und der ESF finanziert; die nationalen Forschungsfördereinrichtungen finanzieren die Datenerhebungen. Die DFG hat die deutsche Langzeitstudie des ESS in ihr Langfristförderprogramm aufgenommen, womit die Teilnahme Deutschlands am ESS bis 2015 gesichert ist.
Status:	Die Erhebungen finden in Zweijahresabständen statt und umfassen neben einem kontinuierlichen Standardteil einzelne Schwerpunkte: 1. Befragungswelle 2002/2003: Schwerpunktthemen Immigration, <i>Citizenship</i> , soziales Engagement, Demokratieverständnis. 2. Befragungswelle 2004/2005: Schwerpunktthemen Gesundheit, Wirtschaftsmoral, Familie, Arbeit und Wohlbefinden. 3. Befragungswelle 2006/2007: Schwerpunktthemen Lebensplanung, persönliches und soziales Wohlbefinden. 4. Befragungswelle 2008/2009: Schwerpunktthemen Altersdiskriminierung und Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat. Die 5. Befragungswelle geht 2010/2011 ins Feld und beinhaltet die Themenschwerpunkte <i>trust in criminal justice</i> sowie eine Wiederholung und Aktualisierung des Moduls der zweiten Welle: Arbeit, Familie und Wohlbefinden.

EU LFS

Name:	<i>European Union Labour Force Survey</i>
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://circa.europa.eu/irc/dsis/employment/info/data/eu_lfs/index.htm vom 5.10.2010 http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/-introduction vom 5.10.2010; siehe auch http://www.gesis.org/en/services/data/official-microdata/european-microdata/eu-lfs vom 5.10.2010
Profil:	<p>Der EU LFS wird von den nationalen Statistischen Ämtern innerhalb Europas durchgeführt und zentral von Eurostat aufbereitet. In Deutschland werden die Daten im Rahmen des Mikrozensus von den Statistischen Landesämtern erhoben. Die methodisch-technische Vorbereitung der Erhebung und die Erstellung des LFS-Mikrodatensatzes für Deutschland obliegt dem Statistischen Bundesamt.</p> <p>Hauptziel des EU LFS ist es, Vergleichsinformationen zu beschäftigten, nicht beschäftigten und inaktiven Personen im arbeitsfähigen Alter (ab 15 Jahren) in europäischen Ländern bereitzustellen. Kernthemen sind der demographische Hintergrund, ILO-Erwerbsstatus, Charakteristika der Hauptbeschäftigung, Strategien der Arbeitssuche, Aus- und Fortbildung, Einkommen, atypische Arbeit.</p> <p>Der EU LFS ist ein rotierender Zufallsstichproben-Survey, der die Bevölkerung in privaten Haushalten in zurzeit 33 europäischen Ländern abdeckt. Die Stichprobeneinheiten sind je nach Land Wohnstätten, Haushalte oder Individuen. Die Stichprobengröße 2007 betrug etwa 1,4 Millionen Individuen je Quartal.</p> <p>In der Regel werden die Daten durch Direktinterviews erhoben. Ein Teil der Daten kann aus anderen Quellen wie z. B. Sozialversicherungs- und Bevölkerungsaufzeichnungen stammen. Die Teilnahme am Survey ist in Deutschland und zwölf anderen Ländern verpflichtend.</p>
Erhebungseinheiten:	Erhebungseinheiten sind Wohnsitze, Haushalte oder Individuen je nach länderspezifischer Erhebungsgrundlage.
Feldarbeit:	Nationale Statistische Ämter (in Deutschland: Statistische Landesämter)
Datenzugang:	Die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen erlauben den Zugang zu anonymisierten Mikrodaten bei Eurostat nur für wissenschaftliche Zwecke. Der Zugang ist beschränkt auf Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Statistische Ämter und Zentralbanken. Ein direkter Datenzugang für Einzelpersonen ist nicht möglich. Aggregierte Tabellen zu Kernvariablen sind frei zugänglich.
Adressaten, Kooperationen:	Adressat ist die EU-Kommission, die zur Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben vergleichbare statistische Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbslosigkeit und Erwerbstätigkeit in den Mitgliedstaaten benötigt.
Finanzierung:	EU (Die Finanzierung der Feldarbeit in den nationalen LFS erfolgt durch die Mitgliedstaaten; Teile der Arbeiten im Zusammenhang mit dem EU LFS werden von der EU finanziert).
Status:	1968 bis 1972 jährliche Erhebungen; 1973 bis 1981 zweijährlich; seit 1983 jährlich, gleichzeitig Start der EU LFS Mikrodatensammlung; seit 1998 wurde EU LFS schrittweise zu einem vierteljährlichen kontinuierlichen Survey ausgebaut; die entsprechende Umstellung in den EU Mitgliedstaaten war 2005 abgeschlossen; seit 1999 gibt es zusätzlich Ad-hoc-Module.

EU SES

Name:	<i>European Union Structure of Earnings Survey</i>
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.eds-destatis.de/de/microdata/microses.php vom 11.10.2010 http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/labour_market/earnings/database vom 11.10.2010
Profil:	Der EU SES 2002 wurde in den 27 Mitgliedstaaten der EU und zwei EFTA-Staaten durchgeführt. Ziel ist die Bereitstellung harmonisierter Daten zu Verdiensten in EU-Mitgliedstaaten, EFTA-Staaten und Beitrittskandidaten für Politik und Forschungszwecke.

	Die nationalen Statistischen Ämter sind verantwortlich für die Stichprobenauswahl, Vorbereitung der Fragebögen, Durchführung der Erhebung und Weiterleitung der Ergebnisse zu Eurostat. Die Daten werden zentral bei Eurostat verarbeitet.
Erhebungseinheiten:	Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten
Feldarbeit:	Nationale Statistische Ämter
Datenzugang:	Der derzeitige geltende Rechtsrahmen ermöglicht den Zugang zu den von Eurostat verfügbaren anonymisierten Mikrodaten nur für wissenschaftliche Zwecke. Spezifische Bedingungen zum Datenzugang sind auf http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/ses ausgeführt. Tabellen zur Beschäftigtenzahl, Verdiensten etc. nach Alter, Geschlecht, Ausbildungsniveau und Beschäftigung sind über Eurostat verfügbar.
Adressaten, Kooperationen:	Innerhalb der EU: Universitäten, Forschungsinstitute, nationale statistische Institute, die Zentralbanken in der EU sowie die Europäische Zentralbank. Für Organisationen außerhalb der EU muss ein Antrag gestellt werden.
Finanzierung:	EU
Status:	Der Survey wurde 1995, 2002 und 2006 durchgeführt. Die Erhebung von 1995 ist mit den nachfolgenden Erhebungen nicht vergleichbar.

Eurobarometer

Name:	Eurobarometer
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm vom 11.10.2010 http://www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragedaten/eurobarometer-data-service vom 11.10.2010; http://www.tnsinfratest.com/presse/eurobarometer.asp vom 11.10.2010
Profil:	Das Eurobarometer ist eine in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene öffentliche Meinungsumfrage in den Ländern der EU. Erfragt werden Einstellungen zu zentralen sozialen und politischen Themen der EU (wie soziale Lage, Gesundheit, Kultur, Informationstechnologie, Umweltschutz, Euro, Verteidigung, Einstellung der Bevölkerung zur europäischen Einigung, zur Politik und den Institutionen der EU). Für jede halbjährliche Umfrage werden pro Mitgliedstaat etwa 1.000 EU-Bürger im Alter ab 15 Jahren befragt.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	Wechsel des Umfrageinstituts: bis 2004 INRA, seither TNS Infratest Sozialforschung.
Datenzugang:	Die Umfrageergebnisse werden regelmäßig in den offiziellen Berichten der Europäischen Kommission veröffentlicht. Primärdaten und ihre Dokumentation werden beim ICPSR und bei GESIS archiviert. Über die Netzwerke der sozialwissenschaftlichen Datenarchive werden sie weltweit für Sekundärauswertungen in Forschung und Lehre bereitgestellt. Die Primärdaten des Eurobarometers sind mit zeitlicher Verzögerung größtenteils <i>online</i> über das ZACAT Datenportal der GESIS kostenlos verfügbar.
Adressaten, Kooperationen:	Datenarchiv stellt Daten und Dokumente nur für wissenschaftliche Auswertungen durch die akademische Forschung und Lehre zur Verfügung. Institute oder Personen außerhalb der akademischen Forschung und Lehre können eine Bereitstellung schriftlich beantragen. Zugangsbeschränkungen werden durch den jeweiligen Datengeber festgelegt. Es gibt vier Zugangskategorien: von „frei zugänglich“ bis „nur mit schriftlicher Genehmigung des Datengebers zugänglich“.
Finanzierung:	Europäische Kommission
Status:	Die erste Umfrage mit Standardfragen wurde 1973 veröffentlicht. Seit Herbst 2004 führt in Deutschland TNS Infratest Sozialforschung die Eurobarometer-Erhebungen standardmäßig jeweils im Frühjahr und im Herbst durch.

EVS (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe)

Name:	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Einkommens__Verbrauchsstichprobe.psml vom 11.10.2010
Profil:	Befragung privater Haushalte in Deutschland zu ihren Einnahmen und Ausgaben, zur Vermögensbildung, zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern und zur Wohnsituation im Abstand von 5 Jahren Organisatorische und technische Vorbereitung, Erhebungsaufbereitung, zentrale Ergebnisermittlung: Statistisches Bundesamt; Anwerbung der Haushalte und deren Befragung: Statistische Landesämter. Erhebungsumfang von rund 60.000 Haushalten auf Basis einer repräsentativen Quotenstichprobe nach vorgegebenem Quotenplan mit freiwilliger Auskunftserteilung. Als Basis für Quotierung und Hochrechnung dient der Mikrozensus.
Erhebungseinheiten:	Haushalte
Feldarbeit:	Statistische Landesämter
Datenzugang:	Unter bestimmten rechtlichen Voraussetzungen können inländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern faktisch anonymisierte Mikrodaten für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt werden.
Adressaten, Kooperationen:	Die EVS zielt insbesondere darauf ab, die Einkommenssituation, den Lebensstandard und die Verbrauchsverhältnisse der Gesamtbevölkerung und ihrer verschiedenen Gruppen abzubilden. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft fragen die Ergebnisse der EVS ebenso nach wie Medien, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und Privatpersonen. Für Armuts- und Reichtumsuntersuchungen ist die EVS eine wichtige nationale Datenquelle. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden für die Neufestsetzung des Wägungsschemas der Verbraucherpreisstatistik verwendet und dienen als Datenbasis für die Verwendungsrechnung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Ergebnisse über Aufwendungen für Nahrungsmittel werden zu ernährungswissenschaftlichen Forschungsvorhaben herangezogen und fließen u. a. in den Ernährungsbericht der Bundesregierung mit ein.
Finanzierung:	Amtliche Statistik
Status:	2008 fand die EVS nach den Erhebungen der Jahre 1962/1963, 1969, 1973, 1978, 1983, 1988, 1993, 1998 und 2003 zum zehnten Mal statt.

EVS (European Values Study)

Name:	<i>European Values Study</i>
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.europeanvalues.nl vom 11.10.2010
Profil:	Die EVS ist eine transnationale empirische Langzeitstudie, die 1978 von der <i>European Value Systems Study Group</i> (EVSSG) initiiert wurde. Die Erhebung von Daten u. a. zu religiösen Einstellungen und Praktiken europäischer Bürger über 18 Jahren erfolgt in persönlichen Interviews mittels standardisierter Fragebögen. Ziel ist es herauszufinden, ob europäische Bürger gemeinsame Werte teilen, ob und in welche Richtung sich diese Werte ändern, welche Rolle das Christentum dabei spielt und welche Auswirkungen dies für den europäischen Einigungsprozess hat. Themenspektrum 1. und 2. Welle: Arbeit und Freizeit, Familie und Sexualität, Religion, Politik und Ethik; in der 3. Welle kamen hinzu: Solidarität, soziales Kapital, Demokratie und Arbeitsethik. Die EVS ist die bisher bei weitem umfangreichste Studie zur Erfassung der Religionen in Europa. Bisher wurden in einem Zeitraum von 20 Jahren mehr als 100.000 Personen befragt (39.797 in der 3. Welle).
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	Infas
Datenzugang:	Die Daten sind über das GESIS-Datenarchiv in Köln kostenlos verfügbar.
Adressaten,	Über ZACAT sind die Daten nach einer Registrierung für die Forschung erhältlich.

Kooperationen:	
Finanzierung:	Hochschulen, Forschungseinrichtungen der teilnehmenden Länder (für Deutschland GESIS); des Weiteren: Sponsoren (häufig Stiftungen).
Status:	1. Welle wurde 1981 in 16 Ländern durchgeführt, 2. Welle 1990 in 29 Ländern, 3. Welle 1999/2000 in 33 Ländern, 4. Welle 2008/2009 in 45 Ländern.

EWCS

Name:	<i>European Working Conditions Survey</i>
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.eurofound.europa.eu/ewco/surveys/index.htm vom 11.10.2010
Profil:	EWCS verwendet persönliche Interviews mittels Fragebogen. Befragt wird eine für die arbeitende Bevölkerung der EU-Länder repräsentative Zufallsstichprobe von Angestellten und Selbstständigen. Der Fragebogen deckt viele Aspekte der Arbeitsbedingungen wie Gewalt, Belästigung und Einschüchterung am Arbeitsplatz, Management und Kommunikation, <i>Work-Life Balance</i> und Vergütungssysteme ab.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	Der Survey wird von <i>Eurofound</i> durchgeführt (<i>European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions</i>), einer Institution der Europäischen Union.
Datenzugang:	Die EWCS-Datensätze für 1991, 1995, 2000 und 2005 sind vom <i>UK Data Archive (Economic and Social Data Service)</i> als Teil des CESSDA-Netzwerks erhältlich.
Adressaten, Kooperationen:	Arbeitgeber, EU-Politiker, Regierungen, Gewerkschaften
Finanzierung:	EU
Status:	Seit 1990/1991, in der Regel fünfjährige Durchführung. Die letzte Erhebung 2005 deckte die 27 EU-Länder plus Kroatien, die Türkei, die Schweiz und Norwegen ab. Eine 5. Welle ist für 2010 mit einer Stichprobengröße von 30.000 Individuen geplant.

GEDA

Name:	Gesundheit in Deutschland aktuell
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.rki.de/cln_178/nn_201174/DE/Content/GBE/Erhebungen/Gesundheitsurveys/Geda/Geda__node.html?__nnn=true vom 11.10.2010
Profil:	Im Rahmen des bundesweiten Gesundheitsmonitorings führt das Robert Koch-Institut (RKI) regelmäßig telefonische Gesundheitsbefragungen durch. Sie ergänzen Untersuchungs- und Befragungssurveys wie DEGS oder KiGGS und ermöglichen aufgrund der schnellen Datengewinnung, zeitnahe und flexible gesundheitspolitische Reaktionen. In der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell“ (GEDA) werden jährlich rund 21.000 Menschen über 18 Jahren in Deutschland zu gesundheitsbezogenen Themen befragt. Eine Aufstockung der Stichprobe für eine Repräsentativität auf Bundeslandebene ist möglich. In GEDA 2008/2009 haben die Länder Brandenburg und Saarland von dieser Option Gebrauch gemacht. In GEDA 2009/2010 erfolgt erneut eine Aufstockung für das Saarland.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	RKI <i>Inhouse</i>
Datenzugang:	Die Bereitstellung eines <i>Public Use Files</i> für die Fachwissenschaft ist geplant; die Möglichkeit internetbasierter interaktiver Datenabfragen wird geprüft.
Adressaten, Kooperationen:	Akteure der Gesundheitspolitik.
Finanzierung:	Bundesministerium für Gesundheit (BMG); zusätzliche Mittel Brandenburgs und des Saarlandes, um für die Bevölkerung ihrer Länder repräsentative Aussagen zur gesundheitlichen Lage zu erhalten (GEDA 2008/2009 bzw. 2009/2010).
Status:	Jährlich durchgeführte Querschnittsstudie; Befragungszeitraum jeweils ca. zehn Monate.

GLHS

Name:	<i>The German Life History Study</i>
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.mpib-berlin.mpg.de/en/forschung/bag/projekte/lebensverlaufsstudie/index.htm vom 11.10.2010 http://www.yale.edu/ciqle vom 11.10.2010
Profil:	<p>Die GLHS entstand aus einem Projekt des an den Universitäten Frankfurt a. M. und Mannheim angesiedelten SFB 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Sozialpolitik“ und wurde von 1983 bis 2005 am MPI für Bildungsforschung in Berlin fortgesetzt.</p> <p>Sie umfasst Daten zur Lebensgeschichte von 8.500 Frauen und Männern der Geburtsjahrgänge 1919-21, 1929-31, 1939-41, 1949-51, 1954-56, 1959-61, 1964 und 1971 in Westdeutschland und von 2.944 Frauen und Männern der Jahrgänge 1929-31, 1951-53, 1959-61 und 1971 in Ostdeutschland. Die Befragten wurden aus repräsentativen Stichproben ausgewählt und vorwiegend retrospektiv in persönlichen oder Telefoninterviews über ihr Leben befragt. Besonderes Gewicht wurde auf eine genaue Darstellung der Bildungs-, Beschäftigungs-, Familien- und Wohnverläufe sowie auf Daten zu Eltern und Geschwistern gelegt. Einige der Erhebungen ergänzen weitere Variablen wie Mitgliedschaft in politischen Organisationen, soziale Netzwerke, informelle Austauschbeziehungen oder Persönlichkeitsmerkmale wie z. B. Kontrollüberzeugungen.</p> <p>Die Daten ermöglichen es, Lebensgeschichten und Institutionen in Deutschland über fast das gesamte 20. Jahrhundert zu untersuchen. Die GLHS-Studie bietet u. a. eine Grundlage für vergleichende Studien sozialer Bedingungen vor, während und nach der deutschen Teilung. Besondere Aufmerksamkeit wird folgenden Themen gewidmet: Ungleichheit der Bildungs- und Berufschancen, Kohorteneffekte und Kohortenungleichheit, Konvergenz und Divergenz der Lebensverläufe von Frauen und Männern, Trends in den Übergängen zwischen Jugend und Erwachsenenalter, Muster und Bedingungen von Partnerbeziehungen und Familienbildung, Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung auf Bildungs-, Berufs- und Familienverläufe.</p> <p>Für die Ost- und Westdeutschen des Jahrgangs 1971 wurden zusätzlich 30 narrative Interviews durchgeführt.</p>
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	GETAS, TNS Infratest, Infas, MPI für Bildungsforschung Telefoninterviewlabor
Datenzugang:	Alle GLHS-Daten sind für interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zugänglich. Die anonymisierten Daten sind über das GESIS-Datenarchiv in Köln oder über die Projektgruppe an der <i>Yale University</i> erhältlich. Nicht anonymisierte Lebensgeschichtsdaten können für Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler oder durch besondere Vereinbarung mit dem Projektteam zur Verfügung gestellt werden.
Adressaten, Kooperationen:	Adressaten sind die wissenschaftliche Forschung, die Politik und die interessierte Öffentlichkeit.
Finanzierung:	DFG, MPG, IAB, Europäischer Sozialfond
Status:	1983-2005. Die Datenbanken der GLHS werden weiterhin an der <i>Yale University</i> , <i>Center for Research on Inequalities and the Life Course</i> (CIQ-LE) und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) betreut.

IGLU/PIRLS

Name:	Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung/ <i>Progress in International Reading Literacy Study</i>
Infrastrukturtyp:	Schulleistungstest
URL:	http://iglu2006.ifs-dortmund.de vom 11.10.2010
Profil:	PIRLS ist eine Studie der <i>International Association for the Evaluation of Educational Achievement</i> (IEA) und wird im Abstand von fünf Jahren durchgeführt. Die IEA hat die Gesamtverantwortung für die internationale Organisation von PIRLS 2006 an das <i>Boston College Chestnut Hill</i> , MA, USA, delegiert. Die Aufbereitung des internationalen Datensatzes erfolgt am <i>IEA Data Processing Center</i> (DPC) in

	<p>Hamburg. <i>Statistics Canada</i> und <i>Westat, Inc.</i> wurden mit Fragen der Stichprobenziehung und Stichprobengewichtung betraut.</p> <p>Das deutsche Akronym für PIRLS ist IGLU. 2001 und 2006 wurden die Lesekompetenzen von Grundschulkindern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in allen 16 Bundesländern erhoben. Das nächste Mal wird IGLU im Jahr 2011 durchgeführt. IGLU-E 2006 ist eine nationale Erweiterungsstudie, an der sich alle deutschen Bundesländer beteiligen und die vertiefende Erkenntnisse zur neuen Schuleingangsphase, zur Nutzung der neuen Medien, den soziokulturellen Hintergründen der Schülerinnen und Schüler und ihrem Leseselbstkonzept sowie zu spezifischen Förderangeboten im Lesen für Jungen erbringen soll.</p> <p>Die Leitung der Studie lag 2001 bei der Universität Hamburg und 2006 am Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) der Technischen Universität Dortmund.</p>
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	IEA-DPC
Datenzugang:	Daten für 2001 sind über das Forschungsdatenzentrum am IQB zugänglich (http://www.iqb.hu-berlin.de/arbbereiche/fdz). Mittelfristig gilt dies auch für die Daten für 2006.
Adressaten, Kooperationen:	Politik, Fachwelt und interessierte Öffentlichkeit
Finanzierung:	IGLU 2006 wurde je zur Hälfte durch das BMBF und die Kultusminister der Länder gefördert, IGLU 2006-E wurde anteilmäßig durch die 16 Bundesländer unterstützt.
Status:	Durchführung 2001 und 2006

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten

Name:	Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/IKTPrivateHaushalte vom 11.10.2010
Profil:	<p>Jährlich durchgeführte europäische Erhebung über die Ausstattung und private Nutzung von IKT, insbesondere Computer und Internet, in privaten Haushalten. Schwerpunkte liegen auf Fragen zu Art, Häufigkeit und ausgewählten Zwecken der Internetnutzung (z. B. <i>E-Commerce</i>, <i>E-Government</i> oder <i>E-Learning</i>). Zusätzlich werden auch Fragen zu den Bedenken und Hindernissen gestellt, die Menschen von der Nutzung neuer IKT abhalten.</p> <p>Methodische, technische und organisatorische Vorbereitung der Erhebung, Aufbereitung und Auswertung der Daten: Statistisches Bundesamt; Anwerbung der Haushalte und deren Befragung: Statistische Landesämter.</p> <p>Es handelt sich um eine Quotenstichprobe mit freiwilliger Auskunftserteilung. Der Erhebungsumfang beträgt rund 12.000 Haushalte. Teilnehmende Haushalte füllen einen Haushaltsfragebogen und pro Haushaltsmitglied ab 10 Jahren einen Personenfragebogen aus.</p>
Erhebungseinheiten:	Haushalte und in ihnen lebende Einzelpersonen ab 10 Jahren
Feldarbeit:	Statistische Landesämter
Datenzugang:	Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder stellen anonymisierte Mikrodaten für wissenschaftliche Forschungszwecke zur Nutzung bereit (bislang nur über Gastwissenschaftlerarbeitsplätze oder die kontrollierte Datenfernverarbeitung).
Adressaten, Kooperationen:	Ziel ist die Erhebung europaweit vergleichbarer Daten zum Themenbereich IKT in privaten Haushalten. Hauptnutzer auf europäischer Ebene sind die Europäische Kommission und die Generaldirektion Informationsgesellschaft. Auf nationaler Ebene fragen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Ergebnisse der IKT-Erhebung ebenso nach wie Medien, Verbände und Privatpersonen.
Finanzierung:	Amtliche Statistik, EU-Kommission
Status:	Die europäische Erhebung zur IKT in privaten Haushalten wird seit dem Jahr 2002 jährlich durchgeführt. In Deutschland war sie in den Jahren 2002 bis 2005 als Pilotstudie mit eingeschränktem Erhebungsumfang (rund 5.000 private Haushalte) konzipiert. Seit 2006 findet sie in Deutschland jährlich als reguläre Erhebung über 12.000 Haushalte statt.

Name:	<i>International Social Survey Programme</i>
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.issp.org vom 11.10.2010
Profil:	<p>Internationales Kooperationsprogramm, das jährlich eine gemeinsame Umfrage zu sozialwissenschaftlich relevanten Themen durchführt.</p> <p>2008 hat die dritte Umfrage zum Thema Religion und 2009 die vierte Umfrage zum Thema soziale Ungleichheit stattgefunden. Für 2010 ist zum dritten Mal eine Umfrage zum Thema Umwelt, für 2011 ist eine erste Umfrage zum Thema Gesundheit und für 2012 zum vierten Mal eine Umfrage zum Thema Familie geplant.</p> <p>Neben der Kooperation an inhaltlichen Modulen findet eine intensive internationale Zusammenarbeit in Methodenarbeitsgruppen statt.</p> <p>Die Zusammenführung der nationalen Daten übernimmt das GESIS-Datenarchiv für Sozialwissenschaften in Köln.</p> <p>Jährliche Stichprobengröße in Deutschland seit ISSP 2000: 1.300-1.700 Personen.</p> <p>ISSP ist eine der größten akademischen kontinuierlichen Studien weltweit. In ISSP 2007 wurden weltweit insgesamt ca. 50.000 Personen befragt.</p>
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	Wechselnd (seit ISSP 2000: Infas, Infratest); ISSP wird in der Regel gemeinsam mit ALLBUS durchgeführt.
Datenzugang:	Kostenlos gemäß GESIS-Benutzungs- und Gebührenordnung über ZA-CAT bzw. das GESIS-Datenarchiv für Sozialwissenschaften in Köln.
Adressaten, Kooperationen:	<p>Die Daten dienen der wissenschaftlichen Forschung, stehen aber auch als Informationsgrundlage für politische Entscheidungsträger, für die interessierte Öffentlichkeit oder für Medien zur Verfügung.</p> <p>Seit 1985 dauerhafte und kontinuierliche Kooperation zwischen den ISSP-Mitgliedern.</p>
Finanzierung:	<p>Jedes ISSP Mitglied finanziert die eigene Umfrage.</p> <p>Es existieren keine zentralen, gemeinsamen ISSP-Mittel zur Koordination des Programms, zur Entwicklung des englischen Basisfragebogens oder für methodische Forschung. Die Finanzierung dieser zentralen Aufgaben erfolgt durch die ISSP-Mitglieder.</p>
Status:	Gründung 1985 mit vier Mitgliedern (Australien, Deutschland, UK, USA); mittlerweile 46 Mitgliedsländer; derzeitiges ISSP-Sekretariat (seit 2009): <i>The B.I. and Lucille Cohen Institute for Public Opinion Research, University of Tel Aviv, Israel.</i>

Jugendsurvey

Name:	Jugendsurvey
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	www.dji.de/jugendsurvey vom 11.10.2010
Profil:	Der DJI-Jugendsurvey ist ein Instrument zur Dauerbeobachtung der Lebensverhältnisse sowie gesellschaftlicher und politischer Orientierungen Jugendlicher. Er wurde vom Deutschen Jugendinstitut, DJI, durchgeführt.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	GFM-Getas, Infas
Datenzugang:	GESIS-Datenarchiv Köln, Forschungsdatenzentrum DJI
Adressaten, Kooperationen:	Wissenschaft, soziale Fachpraxis, Lehrerschaft etc.; Kooperation mit EUYOUNG (Political Participation of Young People in Europe - Development of Indicators for Comparative Research in the European Union)
Finanzierung:	DJI und BMFSFJ
Status:	Laufzeit 1.1.1989 bis 30.9.2006 (1. Welle 1992, 2. Welle 1997, 3. Welle 2003).

Name:	Mikrozensus
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Mikrozensus,templatelD=renderPrint.psml vom 11.10.2010 http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/Mikrozensus/index.asp vom 11.10.2010
Profil:	<p>Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Die Erhebung der Daten für den EU LFS ist in den Mikrozensus integriert.</p> <p>Die methodische, organisatorische und technische Vorbereitung des Mikrozensus erfolgt im Statistischen Bundesamt, die Durchführung der Befragung und die Aufbereitung der Daten obliegt den Statistischen Landesämtern.</p> <p>Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte Befragung von 1 % aller Haushalte in Deutschland. Insgesamt nehmen etwa 370.000 Haushalte mit 820.000 Personen an der Erhebung teil. Der Mikrozensus ist eine Zufallsstichprobe, bei der alle Haushalte die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Aufgrund der Auskunftspflicht ist der Ausfallanteil mit 5 % sehr gering.</p> <p>Der Mikrozensus liefert statistische Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte, der Erwerbstätigkeit, Arbeitssuche, Aus- und Weiterbildung, Wohnverhältnisse und Gesundheit. Einige Merkmale gehören zum jährlichen Grundprogramm, andere werden im Abstand von vier Jahren erhoben (vierjährige Zusatzprogramme, z. B. Fragen zur Gesundheit).</p>
Erhebungseinheiten:	Wohnungen, Haushalte und Personen
Feldarbeit:	Statistische Landesämter
Datenzugang:	Über die Forschungsdatenzentren bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verschiedene Formen des Zugangs zu Einzeldaten an: Arbeitsplätze für Gastwissenschaftler, kontrollierte Datenfernverarbeitung, <i>Scientific Use Files</i> , <i>Public Use Files</i> ; aggregierte Ergebnisse in Tabellenform sind frei zugänglich. So bietet das Statistische Bundesamt unter http://www-ec.destatis.de z. B. die Reihen 4.1.1, 4.1.2 und 3 aus der Fachserie 1 an. Die Auskunftsdatenbank <i>Genesis-Online</i> bietet Zugang zu wichtigen Eck- und Strukturdaten sowie Zeitreihen des Mikrozensus (https://www-genesis.destatis.de/genesis/logon).
Adressaten, Kooperationen:	Hauptadressat ist die Politik (Ministerien, Parlamente); weitere Adressaten sind die Wissenschaft, Verbände, Sozialpartner, Markt- und Meinungsforschung, Medien und die allgemeine Öffentlichkeit.
Finanzierung:	Bund und Länder
Status:	Der Mikrozensus wird seit 1957 durchgeführt, in den neuen Ländern seit 1991. 2004 wurde das bis dahin gültige Mikrozensusgesetz novelliert. Durch die neue Rechtsgrundlage wurde der Mikrozensus für die Jahre 2005 bis 2012 methodisch und inhaltlich neu gestaltet.

PIAAC

Name:	<i>Programme for the International Assessment of Adult Competencies</i>
Infrastrukturtyp:	Kompetenzmessung in den Bereichen Lesekompetenz, alltagsmathematische Kompetenz und Problemlösefähigkeit im Kontext neuer Technologien
URL:	www.gesis.org/piaac vom 11.10.2010 http://www.gesis.org/forschung-lehre/programme-projekte/drittmittelprojekte/projektuebersicht-drittmittel/piaac/?0= vom 11.10.2010
Profil:	<p>PIAAC ist eine OECD-geförderte Studie, die zum Ziel hat, das Kompetenzniveau von Erwachsenen im internationalen Vergleich zu untersuchen. PIAAC eröffnet die Möglichkeit, alltagsrelevante und beruflich relevante Kompetenzen der deutschen erwachsenen Bevölkerung – im Sinne von Humankapital – im internationalen Vergleich zu beleuchten und bietet darüber hinaus auch detaillierte Informationen zu den Bildungschancen verschiedener Subpopulationen in Deutschland.</p> <p>Die internationale Koordination des Projekts obliegt einem internationalen Konsortium unter Federführung des <i>Educational Testing Service</i> (ETS). Für die Durchführung der Studie in Deutschland ist GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissen-</p>

	schaften verantwortlich. PIAAC wird in 27 Ländern zeitgleich erhoben. Die Stichproben pro Land umfassen mindestens 5.000 Erwachsene im Alter von 16-65 Jahren.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	In Deutschland: TNS Infratest
Datenzugang:	Für die nationalen Datensätze: kostenlos gemäß GESIS-Benutzungs- und Gebührenordnung über ZACAT bzw. das GESIS-Datenarchiv für Sozialwissenschaften in Köln.
Adressaten, Kooperationen:	Die Daten dienen primär als Informationsgrundlage für politische Entscheidungsträger, stehen aber auch der Wissenschaft zur Verfügung.
Finanzierung:	Internationale Studie durch die OECD, die nationale Durchführung durch BMBF und BMAS
Status:	Für 2010 ist ein Feldtest geplant; die Haupterhebung wird in 2011/2012 folgen. Erste Ergebnisse sind für Herbst 2013 zu erwarten. Angedacht ist, in regelmäßigen Rhythmen weitere Wellen der Studie durchzuführen.

PISA

Name:	<i>Programme for International Student Assessment</i>
Infrastrukturtyp:	Schulleistungstest
URL:	http://www.pisa.oecd.org (PISA allgemein) vom 11.10.2010; http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/ (PISA 2000) vom 11.10. 2010; http://pisa.ipn.uni-kiel.de/ (PISA 2003, PISA 2006) vom 11.10.2010; http://pisa.dipf.de/de (PISA 2009) vom 11.10.2010
Profil:	PISA ist eine von der OECD aufgelegte internationale Schulleistungstudie. Sie hat zum Ziel, alltags- und berufsrelevante Kenntnisse und Fähigkeiten 15-jähriger Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Lesekompetenz, mathematische Kompetenz und naturwissenschaftliche Kompetenz zu messen. Als Option können neben dieser Altersstichprobe auch komplette Klassen untersucht werden. PISA wird im Auftrag der Regierungen der teilnehmenden Staaten alle drei Jahre durchgeführt (in Deutschland im Auftrag der KMK. Die internationale Koordination des Projekts obliegt einem Konsortium unter Federführung des <i>Australian Council for Educational Research</i> (ACER). Für die Durchführung der Studie in Deutschland ist ein Konsortium von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verantwortlich. Die nationale Projektleitung für die Erhebung 2000 lag beim MPI für Bildungsforschung, 2003 und 2006 beim Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) und 2009 beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). In Deutschland besteht die Stichprobe für den internationalen Vergleich aus jeweils circa 5.000 Schülerinnen und Schülern aus circa 230 Schulen, wobei im Durchschnitt 22 Fünfzehnjährige pro Schule getestet wurden. Für den Bundesländervergleich PISA-E wurden in den Jahren 2000, 2003 und 2006 ca. zehnmals mehr Schülerinnen und Schüler getestet als für den deutschen Beitrag zur internationalen Studie.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	<i>IEA Data Processing and Research Center, Hamburg</i>
Datenzugang:	Für die internationalen Datensätze über die <i>Homepage</i> der OECD. Für die nationalen Datensätze auf Antrag über das FDZ am IQB (HU Berlin).
Adressaten, Kooperationen:	Politik, Bildungsadministration, Wissenschaft, interessierte Öffentlichkeit.
Finanzierung:	KMK und BMBF
Status:	PISA 2000: Schwerpunkt Lesekompetenz PISA 2003: Schwerpunkt mathematische Kompetenz PISA 2006: Schwerpunkt naturwissenschaftliche Kompetenz PISA 2009: Schwerpunkt Lesekompetenz

Name:	Politbarometer
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen_und_Publikationen/Politbarometer/Methodik vom 11.10.2010
Profil:	Durchführung durch die Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF. Erfasst werden Meinungen und Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung zu aktuellen Ereignissen, zu Parteien und Politikern, aber auch zu allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen. Befragt werden jeweils 1.000 Wahlberechtigte in den alten, 700 in den neuen Bundesländern.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim
Datenzugang:	Via GESIS; alle Datensätze nach einem Jahr frei verfügbar
Adressaten, Kooperationen:	Öffentlichkeit; Wissenschaft für Sekundärauswertung
Finanzierung:	durch ZDF
Status:	Wird seit 1977 durchgeführt.

TIMSS

Name:	<i>Trends in International Mathematics and Science Study</i>
Infrastrukturtyp:	Schulleistungsstudie
URL:	Internationale Projektseite: http://timss.bc.edu vom 11.10.2010 Projektseite der wissenschaftlichen Leitung in Deutschland 1995: http://www.timss.mpg.de vom 11.10.2010 Projektseite der wissenschaftlichen Leitung in Deutschland 2007: http://timss.ifs-dortmund.de vom 11.10.2010 Projektseite der wissenschaftlichen Leitung in Deutschland 2011: http://www.ifs-dortmund.de/timss2011.html vom 11.10.2010
Profil:	TIMSS ist eine international vergleichende Schulleistungsstudie der <i>International Association for the Evaluation of Educational Achievement</i> (IEA), einem unabhängigen internationalen Zusammenschluss von Forschungseinrichtungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Regierungsstellen. Die Studie wird seit 1995 weltweit in einem vierjährigen Zyklus durchgeführt und dient dazu, mathematische und naturwissenschaftliche Schülerleistungen zu untersuchen. TIMSS vergleicht die mathematischen und naturwissenschaftlichen Leistungen von 4. und 8.-Klässlern. 2007 nahmen insgesamt etwa 425.000 Schülerinnen und Schüler aus 59 Staaten teil; 2011 wird eine vergleichbare Anzahl Schülerinnen und Schüler aus 63 Staaten teilnehmen, wobei sich nicht alle teilnehmenden Staaten an der Untersuchung beider Klassenstufen beteiligen. In TIMSS werden als potenzielle Einflussfaktoren curriculare Vorgaben und zentrale Rahmenbedingungen des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts in der Grundschule untersucht. Ziel ist es, mehr über die Einflussfaktoren und somit über Möglichkeiten der Verbesserungen schulischer Förderung in Erfahrung zu bringen. Der deutsche Teil von TIMSS 1995 wurde hauptverantwortlich am MPI für Bildungsforschung bearbeitet. 2007 und 2011 trägt das Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS), Dortmund, die wissenschaftliche Leitung in Deutschland. Naturwissenschaftliche und mathematische Projektgruppen bilden gemeinsam mit der wissenschaftlichen Leitung das wissenschaftliche Konsortium.
Erhebungseinheiten:	Individuen (Ergebnisse beziehen sich allerdings nicht auf Individuen, sondern auf Länder; Individualaussagen sind mit den Daten nicht möglich)
Feldarbeit:	Durch das <i>Data Processing and Research Center</i> (DPC) Hamburg
Datenzugang:	Für TIMSS 2007 (2011): Bis Ende 2010 (2014) nicht zugänglich. Ab etwa 2011 (2015) sind Anfragen an das FDZ am IQB möglich.
Adressaten,	Adressaten: KMK, BMBF sowie politische Entscheidungsträger, Wissenschaftle-

Kooperationen:	rinnen und Wissenschaftler im Bereich der Bildungsforschung. Kooperationen für TIMSS 2007 und TIMSS 2011: DPC und jeweilige Konsortialpartner.
Finanzierung:	BMBF und KMK (jeweils zu 50 %)
Status:	Mit der Untersuchung im Jahr 2011 beteiligt sich Deutschland zum dritten Mal an der Studie. Bereits 1995 nahm Deutschland an TIMSS teil und führte eine Mittel- und Oberstufenuntersuchung durch. 2007 und 2011 ist TIMSS eine reine Grundschuluntersuchung – in Deutschland werden also nur Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse untersucht.

WVS

Name:	<i>World Values Survey</i>
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.worldvaluessurvey.org/ vom 11.10.2010
Profil:	Weltweites Netzwerk von Sozialwissenschaftlerinnen und –wissenschaftlern zur Untersuchung wechselnder Werte (bezüglich Religion, Geschlechterrollen, Arbeitsmotivation, Demokratie, Regierung, Sozialfonds, politischer Teilhabe, Toleranz anderer Gruppen, Umweltschutz und subjektivem Wohlergehen) und ihrer Auswirkungen auf das soziale und politische Leben. Damit soll die Entwicklung in solchen Gesellschaften gefördert werden, in denen die UN und andere internationale Friedens- und Entwicklungsorganisationen aktiv sind, und der Radikalisierung von Randgruppen (Pariser Vorstädte 2005, Gesellschaften gemischter Ethnizität wie Ruanda oder Ex-Jugoslawien) entgegengewirkt werden. Die Studie wird von der <i>World Values Survey Association</i> (WVSA), einer <i>Non-Profit</i> -Gesellschaft mit Sitz in Stockholm, getragen. Reichweite über die letzten vier Wellen: 257.000 Befragte in 97 Gesellschaften in 80 Ländern (mit einer Bevölkerung von 6,7 Milliarden Menschen, was 88 % der Weltbevölkerung entspricht).
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	Forsa, Institut für Demoskopie in Allensbach, zuletzt infas Bonn
Datenzugang:	Kostenlos herunterzuladen über die Homepage des WVS
Adressaten, Kooperationen:	Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierende, Lehrende, Journalismus, Politik, NGOs, interessierte Öffentlichkeit.
Finanzierung:	In Deutschland: DFG (andere Quellen für andere Länder)
Status:	Der WVS baut auf dem 1981 erstmals durchgeführten EVS auf. Mittlerweile sind fünf Wellen durchgeführt worden, die 5. Welle 2005-2008. Der Fokus lag bisher auf Berichten zu wechselnden Werten und Sichtweisen zu den UN Millennium Entwicklungszielen sowie Unterschieden und Ähnlichkeiten zwischen Regionen und Nationen, inzwischen soll vor allem auch Dialog auf globaler Ebene gefördert werden.

ZBE

Name:	Zeitbudgeterhebung
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Zeitbudgeterhebung vom 11.10.2010
Profil:	Die Erhebung zur Zeitverwendung von Personen in privaten Haushalten liefert Daten über Art und Umfang unbezahlter Arbeit wie Hausarbeit und Kinderbetreuung, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe, lebenslanges Lernen, Aus- und Weiterbildung, Verkehr und Transport, Arbeitsteilung im Haushalt, Freizeitaktivitäten, Zeitverwendung von Familien, Kindern, Jugendlichen, Senioren und anderen Zielgruppen. Organisatorische und technische Vorbereitung, Erhebungsaufbereitung, zentrale Ergebnisermittlung: Statistisches Bundesamt; Anwerbung der Haushalte und deren Befragung: Statistische Landesämter. Quotenstichprobe mit freiwilliger Auskunftserteilung. Der Erhebungsumfang beträgt rund 6.000 Haushalte, die einen Haushaltsfragebogen und einen Personen-

	fragebogen ausfüllen. Als Basis für Quotierung und Hochrechnung dient der Mikrozensus.
Erhebungseinheiten:	Haushalte und in ihnen lebende Einzelpersonen ab 10 Jahren
Feldarbeit:	Statistische Landesämter
Datenzugang:	Unter bestimmten rechtlichen Voraussetzungen können inländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern faktisch anonymisierte Mikrodaten für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt werden. Absolut anonymisierte Mikrodaten stehen einer breiten Öffentlichkeit zur Nutzung zur Verfügung.
Adressaten, Kooperationen:	Die Zeitbudgeterhebungen wurden im Auftrag des BMFSFJ durchgeführt. Die ZBE 2001/2002 berücksichtigt die Eurostat-Empfehlungen zur Harmonisierung der Zeitbudgeterhebungen. Ein gemeinsam mit dem BMFSFJ einberufener wissenschaftlicher Auswertungsbeirat war unterstützend bei Analyse, Ergebniskonferenz und Ergebnisveröffentlichung tätig. Die Ergebnisse der ZBE stellen Informationen zur Zeitverwendung der Bevölkerung und zum Zusammenleben in Haushalt und Familie bereit. Sie bieten sich vor allem als Grundlagenmaterial für frauen- und familienpolitische Diskussions- und Forschungsbereiche an. Die Ergebnisse berühren jedoch weitere Themengebiete, so dass auch andere Bundesressorts, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Medien, Verbände und Privatpersonen an ihnen interessiert sind.
Finanzierung:	Beide Zeitbudgeterhebungen wurden vom BMFSFJ finanziert.
Status:	1991/1992 fand die erste ZBE statt. 2001/2002 wurde eine neue ZBE durchgeführt, die in Untersuchungsdesign und Methodik die europäischen Anforderungen an Zeitbudgeterhebungen erfüllte, so dass ein Vergleich zu anderen europäischen Ländern möglich war.

Zensus 2011

Name:	Zensus 2011
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.destatis.de/zensus vom 11.10.2010; http://www.zensus2011.de vom 11.10.2010
Profil:	In der EU-weiten Zensusrunde 2011 werden in allen Mitgliedstaaten der EU die wichtigsten Kennzahlen zur Bevölkerung und deren Arbeits- und Wohnverhältnissen erhoben. Im Unterschied zu einer traditionellen Volkszählung werden beim Zensus 2011 vor allem Melderegister und Register der Bundesagentur für Arbeit genutzt. Informationen über die Gebäude und Wohnungen, für die es keine flächendeckenden Verwaltungsdaten gibt, werden postalisch bei den Gebäude- und Wohnungseigentümern erhoben. Andere Fragen, wie etwa zur Bildung und Ausbildung oder an die Selbstständigen, werden nur einem kleinen Teil der Einwohner gestellt, und zwar in Form repräsentativer Stichproben.
Erhebungseinheiten:	Individuen und Haushalte (Bevölkerungszählung) sowie Gebäude mit Wohnraum, bewohnte Unterkünfte und Wohnungen (Gebäude- und Wohnungszählung).
Feldarbeit:	Statistische Landesämter
Datenzugang:	Noch in der Konzeptionsphase
Adressaten, Kooperationen:	Generell alle Statistikknutzer; speziell politisch-administrative Nutzung für finanzpolitische Ausgleiche; Bedeutung als Hochrechnungsrahmen für Wirtschaft und Wissenschaft
Finanzierung:	Der Bund gewährt den Ländern zum Ausgleich der Kosten der Vorbereitung und Durchführung des registergestützten Zensus am 01.07.2011 eine finanzielle Zuweisung von 250 Mio. Euro. Prognose Gesamtkosten: 530 Mio. Euro.
Status:	Am 14.09.2007 hat das Bundesministerium des Inneren eine Zensuskommission benannt, die den registergestützten Zensus bis Ende 2013 wissenschaftlich begleiten wird. Am 13.12.2007 ist das Zensusvorbereitungsgesetz in Kraft getreten. Seit dem 08.07.2009 werden Ablauf und Zuständigkeiten beim Zensus 2011 durch das Zensusgesetz 2011 geregelt. Der Zensus-Stichtag, an dem die Bevölkerungs- und Wohnungsdaten erhoben werden, wird voraussichtlich im Frühjahr 2011 liegen.

II. Panelerhebungen

BASE

Name:	Berliner Altersstudie
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.base-berlin.mpg.de vom 11.10.2010
Profil:	<p>BASE I ist eine multidisziplinäre Untersuchung von alten Personen (70- bis über 100jährige), die in Westberlin leb(t)en. Erfragt wurden die geistige und körperliche Gesundheit, die intellektuelle Leistungsfähigkeit, die psychische Befindlichkeit und die soziale und ökonomische Situation. BASE I gehörte zu den ersten Surveys in Deutschland, die Biomarker erhoben haben. Die Studie wurde durch die Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Altern und Gesellschaftliche Entwicklung der BBAW initiiert.</p> <p>BASE II wurde im Jahr 2008/2009 gestartet und ist eine Fortführung und Erweiterung der Berliner Altersstudie. Ziel der neuen Studie mit mehr als 2.200 Teilnehmern verschiedenen Alters ist es, die Analyse der geistigen Entwicklung im Lebensverlauf durch sozio-ökonomische und biologische Faktoren wie Lebensumstände, Gesundheitszustand und genetische Voraussetzungen zu ergänzen. Die Verallgemeinerbarkeit von BASE II wird durch die volle Vergleichbarkeit mit der SOEP-Studie gesichert.</p>
Erhebungseinheiten:	Individuen
Prospektiv/ retrospektiv:	prospektiv
Feldarbeit:	BASE I: BASE <i>Inhouse</i> BASE II: BASE- <i>Inhouse</i> und TNS Infratest Sozialforschung
Datenzugang:	Externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können über die zentrale Projektkoordination einen schriftlichen Antrag auf Überlassung von BASE-Daten für wissenschaftliche Analysen beim Sprecher der Arbeitsgruppe bzw. beim Leitungsgremium der Berliner Altersstudie stellen.
Adressaten, Kooperationen:	<p>Die Durchführung fand ursprünglich in Kooperation verschiedener Berliner Einrichtungen (MPI für Bildungsforschung, Charité, Evangelisches Geriatriezentrum, Humboldt-Universität) statt.</p> <p>BASE II findet in Kooperation des MPI für Bildungsforschung, des Evangelischen Geriatriezentrums, des MPI für Molekulare Genetik und der Abteilung SOEP am DIW statt.</p>
Finanzierung:	<p>BASE I wurde nach anfänglicher Förderung durch das BMFT bis Ende 1998 durch das BMFSFJ, die BBAW und die beteiligten Institutionen getragen. Momentan wird sie vom Forschungsbereich Entwicklungspsychologie des MPI für Bildungsforschung finanziert.</p> <p>BASE II wird durch das BMBF finanziert.</p>
Status:	<p>Die Kernstichprobe der BASE I-Hauptstudie (1990-1993) umfasste 516 Personen; seitdem wurde die Studie als Längsschnittstudie weitergeführt, indem überlebende Teilnehmende (zuletzt 97 Personen) sechsmal (zuletzt 2005) nachuntersucht wurden.</p> <p>BASE II wird ca. 2.200 Personen umfassen</p>

DEGS

Name:	Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland
Infrastrukturtyp:	Survey (Gesundheitsbefragungs- und Untersuchungssurvey)
URL:	http://www.rki.de/cln_091/nn_201180/DE/Content/GBE/Erhebungen/Gesundheitsurveys/Degs/degs__node.html vom 11.10.2010
Profil:	Die Durchführung liegt beim Robert Koch-Institut (RKI). Es handelt sich um die Fortsetzung des Bundes-Gesundheitssurveys 1998 (BGS 98), bei der bundesweit repräsentative Informationen zum Gesundheitszustand/-verhalten, zur Versorgung sowie zu den Lebensbedingungen der in Deutschland lebenden Erwachse-

	nen ab 18 Jahren erneut erhoben werden. Einbezogen werden die wiederteilnahmebereiten Studienteilnehmer aus dem BGS 98 sowie eine unabhängig neu gezogene Stichprobe von Personen im Alter von 18 bis 79 Jahren. Angestrebt wird eine Stichprobengröße von 7.500 Personen in 180 Untersuchungsorten.
Erhebungseinheiten:	Individuen
Prospektiv/ retrospektiv:	Prospektiv
Feldarbeit:	RKI <i>Inhouse</i>
Datenzugang:	Die Daten sollen als <i>Public Use File</i> der Fachwissenschaft zur Verfügung gestellt werden
Adressaten, Kooperationen:	Gesundheitspolitik; die Daten dienen als Grundlage für die Gesundheitsberichterstattung und werden für die Entwicklung gezielter Vorsorgemaßnahmen und für gesundheitspolitische Entscheidungen genutzt; die kommerzielle Nutzung ist ausgeschlossen.
Finanzierung:	Robert Koch-Institut, BMG, BMELV
Status:	DEGS Welle 1: Die Datenerhebungen erfolgen von November 2008 bis November 2011 in 180 Städten und Gemeinden in ganz Deutschland. Anschließend ist ein <i>Follow-Up</i> über drei Jahre geplant.

EU-SILC

Name:	<i>European Union Statistics on Income and Living Conditions</i> (in Deutschland wird die Erhebung unter der Bezeichnung "Leben in Europa" durchgeführt)
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.eds-destatis.de/de/microdata/microsilc.php vom 11.10.2010
Profil:	Nachfolger des Europäischen Haushaltspanels. EU-weit vergleichbare <i>output</i> -harmonisierte Panelerhebung zur europäischen Sozialberichterstattung, insbesondere zu Einkommen, Armut, sozialer Ausgrenzung und Lebensbedingungen der EU-Mitgliedstaaten (Laeken-Indikatoren). Die methodischen Vorgaben zum Erhebungsdesign und -inhalt sind in europäischen Verordnungen festgelegt. Danach wurde die deutsche EU-SILC Erhebung als Rotationspanel (4-Jahres-Panel) konstruiert: Jedes Jahr wird ein Viertel der Stichprobe durch eine neu gezogene Teilstichprobe ersetzt. Ein Teil der Mitgliedsstaaten hat bereits in 2004 mit EU-SILC begonnen; in Deutschland startete EU-SILC 2005.
Erhebungseinheiten:	Private Haushalte sowie deren Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren. Es gibt einen Haushaltsfragebogen und Personenfragebögen für die Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren. Erhoben werden Informationen zum Einkommen, zur Wohnsituation, zur Kinderbetreuung, zum Erwerbsstatus und zum Gesundheitszustand. Ausziehende Stichprobenpersonen werden weiterverfolgt. Die Haushalte nehmen maximal vier Jahre hintereinander an der Erhebung teil.
Prospektiv/ retrospektiv:	Die Einkommensinformation für die Messung von Armut wird in der deutschen EU-SILC Erhebung retrospektiv erhoben (Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres). Die nicht-monetären Informationen (Erwerbsstatus, Wohnsituation, Gesundheitszustand etc) werden zum Zeitpunkt der Befragung erhoben.
Feldarbeit:	Statistische Landesämter
Datenzugang:	Daten auf Basis der EU-SILC Erhebung sind über die Eurostat-Datenbank sowie über das FDZ des Statistischen Bundesamts zugänglich.
Adressaten, Kooperationen:	Die Erhebung erfolgt im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und basiert auf der EU-Rahmenverordnung 1177/2003. Die Ergebnisse fließen in die gemeinsamen Berichte über Sozialschutz und soziale Eingliederung der Europäischen Kommission ein. Auf nationaler Ebene werden die Ergebnisse für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verwendet.
Finanzierung:	Amtliche Statistik
Status:	Die Erhebung von EU-SILC-Daten ist 2004 in 14 Staaten angelaufen, in Deutschland wurde sie 2005 eingeführt. Seit 2005 werden die EU-SILC-Daten in allen EU-Mitgliedstaaten und in einigen Nachbarstaaten erhoben.

GGG

Name:	<i>Generations and Gender Survey</i> (GGG – Generationen und Geschlechterrollen)
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.bib-demographie.de/nn_979582/DE/Projekte/GGS/ggs__node.html?__nnn=true vom 11.10.2010
Profil:	<p>International vergleichende Paneluntersuchung mit dem Ziel, aktuelle Daten zu Familienbeziehungen in Industrieländern zu gewinnen. Untersucht werden die wesentlichen Faktoren (einschließlich der politischen Interventionen) zur Erklärung von Fertilität, Partnerschaftsentwicklung, Geschlechterrollen und Generationenbeziehungen.</p> <p>Koordinierung durch die <i>Economic Commission for Europe</i> der Vereinten Nationen (UNECE) in Genf; die Durchführung erfolgt durch die Mitgliedsländer.</p> <p>In Deutschland führt TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) die Studie durch.</p> <p>Deutsche Stichprobengröße der ersten Welle 2005: rund 10.000 in Deutschland lebende Männer und Frauen im Alter von 18 bis 79 Jahren. 2006 wurden ausschließlich rund 4.000 in Deutschland lebende Personen türkischer Staatsangehörigkeit befragt. Die zweite Welle der Hauptbefragung wurde bereits durchgeführt (2008/2009) und hat eine Stichprobengröße von rund 3.200 Personen. Die 2. Welle der Zusatzerhebung türkischer Staatsbürger wurde jüngst durchgeführt, eine dritte Welle wird angestrebt (2011/2012). Ziel ist es, im Abstand von jeweils drei Jahren insgesamt mindestens drei Wellen durchzuführen.</p>
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	TNS Infratest
Datenzugang:	Der Zugang zu den international vergleichbaren Daten wird durch die <i>United Nations Economic Commission for Europe</i> (UNECE) bereitgestellt (http://www.unece.org/pau/ggp/data.html). Die deutschen Datensätze sind für wissenschaftliche Zwecke auch über das BiB zu beziehen.
Adressaten, Kooperationen:	<p>Adressaten: Wissenschaftler aus dem Bereich der Familienforschung und Bevölkerungswissenschaft, aber auch allgemein aus den Sozialwissenschaften; die Daten werden zudem für die wissenschaftliche Qualifizierung (Abschlussarbeiten), Weiterqualifizierung (Promotion) und Lehre genutzt.</p> <p>Partner: <i>Department of Demography</i> der Universität, Rom; <i>Central Statistical Office</i>, Ungarn; <i>Institut National d'Études Démographiques</i>, Frankreich; MPI für demographische Forschung, Rostock; <i>Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute</i>; <i>Statistics Canada</i>; <i>Department of Social Policy</i> der <i>University of York</i> (UK).</p>
Finanzierung:	Haushalt Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
Status:	<p>Der GGS versteht sich in der Nachfolge des <i>Family and Fertility Surveys</i>, der 1992 in Deutschland ebenfalls vom BiB durchgeführt wurde.</p> <p>GGG in Deutschland: 1. Erhebung 2005, 2. Erhebung 2006 unter der in Deutschland lebenden türkischen Bevölkerung. Im September 2008 wurde die Feldphase der Erhebung der 2. Welle der GGS-Hauptbefragung gestartet und ist seit Sommer 2009 abgeschlossen. Die Datenaufbereitung, Datenbereinigung und Dokumentation wird in der ersten Jahreshälfte 2010 abgeschlossen sein. Danach wird die 2. Welle der wissenschaftlichen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt.</p>

GLES

Name:	Die Dynamik des Wählens: Eine Langfriststudie zu Wandel und Stabilität des elektoralen Prozesses in Deutschland/ <i>German Longitudinal Election Study</i>
Infrastrukturtyp:	Survey (Kombination längsschnittlicher Panel- und wiederholter Querschnittsbefragungen), ergänzt durch Inhaltsanalysen der politischen Medienberichterstattung
URL:	<p>http://gepris.dfg.de/gepris/OCTOPUS/;jsessionid=fV6LJ7WdnTf0LxcC9Fs7HJyyg00PT4gfln1WnQBxtn1bjGnw1Q98!1199864465!1237047005653?module=gepris&task=showDetail&context=projekt&id=90948644 vom 11.10.2010</p> <p>http://www2.sowi.uni-mannheim.de/lspol1/?page_id=506 vom 11.10.2010</p>

Profil:	<p>Mit Blick auf die Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 will die GLES untersuchen, wie die heutige mobile Wählerschaft auf die Herausforderungen der neuen, komplexen Konstellation elektoraler Politik reagiert. Zu diesem Zweck werden vor und nach den jeweiligen Bundestagswahlen mehrere Umfragen durchgeführt. Grundgesamtheiten: wahlberechtigte Bevölkerung (teilweise repräsentativ auf Basis von Zufallsstichproben, teilweise nicht repräsentative <i>Online</i>-Umfragen) sowie Kandidaten zum Deutschen Bundestag; hinzu kommen im zeitlichen Umfeld der Bundestagswahlen Erhebungen anderer Typen von Daten (Medieninhaltsanalysen, experimentelle Untersuchung von Reaktionen auf TV-Duell der Kanzlerkandidaten) sowie regelmäßige Zwischenumfragen während des gesamten Wahlzyklus.</p> <p>Durchführende Institutionen: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)/Universität Mannheim, GESIS Mannheim, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Universität Frankfurt a. M.</p>
Erhebungseinheiten:	Individuen (für die Umfragen)
Feldarbeit:	Für die meisten Studienkomponenten durch Feldinstitute aus dem privaten Sektor, für einige Komponenten durch die Projektgruppe selbst
Datenzugang:	Alle Daten werden als öffentliches Gut behandelt und interessierten Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern unverzüglich zugänglich gemacht.
Adressaten, Kooperationen:	<p>Adressaten: alle an Wahlen und Wahlverhalten interessierten deutschen und internationalen Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, darüber hinaus politische Akteure, Journalistinnen und Journalisten sowie die politisch interessierte Öffentlichkeit</p> <p>Kooperationen: Deutsche Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW), GESIS, nationale Wahlstudien anderer Länder, international vergleichendes Forschungsprogramm <i>Comparative Study of Electoral Systems</i> (CSES), <i>Comparative National Elections Project</i> (CNEP).</p>
Finanzierung:	Förderung im Rahmen der Langfristförderung der DFG.
Status:	Hervorgegangen aus einer Initiative der DGfW hat dieses Projekt zunächst die Bundestagswahl 2009 untersucht und wird auch die Bundestagswahlen 2013 und 2017 begleiten. Das Projekt versteht sich als Vorstufe zur Institutionalisierung einer Deutschen Nationalen Wahlstudie.

KiGGS

Name:	Kinder- und Jugendgesundheitssurvey
Infrastrukturtyp:	Survey (Befragungs- und Untersuchungssurvey)
URL:	http://www.kiggs.de vom 11.10.2010; http://www.rki.de/cln_151/nn_205760/DE/Content/GBE/Erhebungen/Gesundheitsurveys/Kiggs/kiggs_welle_1_inhalt.html vom 11.10.2010
Profil:	<p>An der Basiserhebung (2003-2006) hatten 17.641 Mädchen und Jungen im Alter von 0 bis 17 Jahren sowie ihre Eltern teilgenommen. Die Datenerhebungen umfassten sowohl Befragungen als auch körperliche Untersuchungen und Tests und wurden an 167 Studienorten in ganz Deutschland in temporären Untersuchungszentren durchgeführt. Ziel von KiGGS ist die Erhebung umfassender Daten zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen in Deutschland im zeitlichen Verlauf. Das Themenspektrum umfasst u. a. chronische und akute Krankheiten, psychische Gesundheit, Allergien, Ernährung und Essstörungen sowie Lebensqualität und soziale Bedingungen. Das Land Schleswig Holstein hat sich mit einem Ländermodul für die Altersgruppe der 11-17-Jährigen an der Erhebung beteiligt. Mit „KiGGS Welle 1“ setzt das Robert Koch-Institut die Studie fort. Die Datenerhebungen erfolgen in diesem Fall über Telefoninterviews und werden erneut in den 167 Studienorten der KiGGS-Basiserhebung durchgeführt. Zusätzlich werden Kinder im Alter von 0 bis zu 6 Jahren neu ausgewählt und ihre Eltern zur Teilnahme eingeladen. Das Land Thüringen wird sich mit einem Ländermodul an KiGGS Welle 1 beteiligen.</p>
Prospektiv/retrospektiv:	Prospektiv
Erhebungseinheiten:	Individuen
Feldarbeit:	RKI <i>Inhouse</i>

Datenzugang:	Der Datensatz der Basiserhebung steht als <i>Public Use File</i> der Fachwissenschaft zur Verfügung.
Adressaten, Kooperationen:	Politik, Fachwissenschaft und allgemeine Öffentlichkeit
Finanzierung:	Die KiGGS Basiserhebung wurde mit Mitteln des BMG und BMBF durchgeführt. Die Finanzierung der KiGGS-Längsschnittstudie erfolgt aus Mitteln des RKI und des BMG; an Welle 1 ist das Land Thüringen finanziell beteiligt.
Status:	KiGGS Basiserhebung von Mai 2003 bis Mai 2006; KiGGS 1. Welle: seit Juni 2009 im Feld; erste Ergebnisse sollen im Jahr 2013 veröffentlicht werden.

NEPS

Name:	Nationales Bildungspanel für die Bundesrepublik Deutschland (<i>National Educational Panel Study</i>)
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	www.bildungspanel.de vom 11.10.2010
Profil:	Ziel dieser Längsschnittstudie ist es, zu untersuchen, wie sich Kompetenzen im Lebenslauf entfalten, wie Kompetenzen Entscheidungsprozesse (und umgekehrt) an verschiedenen kritischen Übergängen der Bildungskarriere beeinflussen und wie und in welchem Umfang Kompetenzen von Lerngelegenheiten in der Familie, der Gleichaltrigengruppe und der Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen in Kindergarten, Schule, Hochschule und Berufsausbildung sowie Weiterbildung beeinflusst werden. Zudem soll geklärt werden, welche Kompetenzen für das Erreichen von Bildungsabschlüssen, welche für lebenslanges Lernen und welche für ein erfolgreiches individuelles und gesellschaftliches Leben maßgeblich sind. Das NEPS ist am Institut für bildungswissenschaftliche Längsschnittforschung (INBIL) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg angesiedelt. In dem Konsortium wirken zahlreiche Forschungseinrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet mit (zu einer aktuellen Liste vgl. www.bildungspanel.de).
Erhebungseinheiten:	Individuen
Prospektiv/ retrospektiv:	Prospektiv
Feldarbeit:	Infas, dpc
Datenzugang:	Die NEPS-Daten werden der nationalen und internationalen Wissenschaft in Form eines anonymisierten <i>Scientific Use Files</i> so rasch wie möglich zugänglich gemacht.
Adressaten, Kooperationen:	Beteiligt sind insbesondere verschiedene außeruniversitäre Institute sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Hochschulen.
Finanzierung:	Das BMBF hat die Vorbereitungen des Nationalen Bildungspanels im Zeitraum von Oktober 2006 bis Dezember 2008 mit einem Fördervolumen von 2,0 Mio. Euro unterstützt. In der ersten Bewilligungsphase vom 01.01.2009 bis 31.12.2013 stellt das BMBF insgesamt 68 Mio. Euro zur Verfügung. Der Freistaat Bayern und die Universität Bamberg unterstützen das Nationale Bildungspanel im Rahmen der sog. Eigenbeteiligung.
Status:	Das NEPS betrachtet interdisziplinäre Arbeit als unabdingbar für die Erforschung von Bildungsprozessen und Kompetenzentwicklung über die Lebensspanne hinweg und hat entsprechend, initiiert durch das BMBF und unter der Leitung des Lehrstuhls für Soziologie I an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, ein interdisziplinär zusammengesetztes Konsortium von Forschungsinstituten, Forschungsgruppen und Forscherpersönlichkeiten mit jeweils spezifischer Expertise etabliert. Die Vorbereitungszeit erstreckte sich über mehr als zwei Jahre. Im Juni 2008 wurde das NEPS von einer international zusammengesetzten Gutachterkommission nachdrücklich zur Förderung empfohlen. Eine erste Förderphase wurde vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 bewilligt.

Name:	Beziehungs- und Familienentwicklungspanel
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.pairfam.uni-bremen.de vom 11.10.2010
Profil:	Repräsentative Längsschnittstudie zur Erforschung partnerschaftlicher und familialer Lebensformen in der Bundesrepublik Deutschland. Themengebiete: Gründung, Etablierung und Gestaltung von Paarbeziehungen; Stabilität und Instabilität von Partnerschaften; Elternschaftsentscheidungen; materielle und immaterielle Transmissionen zwischen den Generationen; Erziehungsverhalten und kindliche Entwicklung; soziale Einbettung von Partnerschafts- und Familienentwicklungsprozessen. Stichprobengröße 1. Welle: 12.000 Befragungspersonen (je 4.000 im Alter von 15-17, 25-27, 35-37 Jahren) sowie Befragung der Partner der Zielpersonen.
Erhebungseinheiten:	Individuen. Das voll implementierte Befragungsmodul umfasst ab der 2. Welle die Module Zielpersoneninterview, Partnerbefragung, Kinderbefragung, (Stief-)Elternbefragung.
Prospektiv/ retrospektiv:	Das Befragungsprogramm ist überwiegend prospektiv angelegt. Retrospektiv wird eine lückenlose Lebensgeschichte in wichtigen Lebensbereichen erfragt.
Feldarbeit:	TNS Infratest Sozialforschung
Datenzugang:	Die Daten werden der nationalen und internationalen Wissenschaft in Form eines anonymisierten <i>Scientific Use Files</i> zugänglich gemacht.
Adressaten, Kooperationen:	PAIRFAM richtet sich an alle interessierten Familienwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen den Universitäten Bremen, Chemnitz, Mannheim und München (LMU). Außerdem gibt es eine Kooperation mit dem MPI für demographische Forschung.
Finanzierung:	DFG
Status:	Abschluss der 1. Welle: Herbst 2008; die 2. Welle startete im Herbst 2009.

PASS

Name:	Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.iab.de/de/befragungen/iab-haushaltspanel-pass.aspx vom 11.10.2010; http://fdz.iab.de/de/FDZ_Individual_Data/PASS.aspx vom 11.10.2010.
Profil:	Durchführung: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Ziel: Bereitstellung einer Datengrundlage, die es erlaubt, soziale Prozesse und nicht intendierte Nebeneffekte der Arbeitsmarktreform empirisch zugänglich zu machen. Kombination einer Stichprobe der Wohnbevölkerung (ca. 6.000 Haushalte in Welle 1) mit Stichproben von Grundsicherungsempfängern (ca. 6.000 Haushalte in Welle 1, jährliche Auffrischung um je ca. 1.000 Zugänge zum Grundsicherungsbezug).
Erhebungseinheiten:	Haushalte und Personen
Prospektiv/ retrospektiv:	Prospektiv
Feldarbeit:	Infas
Datenzugang:	FDZ der Bundesagentur für Arbeit im IAB
Adressaten, Kooperationen:	Die generierten Mikrodaten werden im Bereich der sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Forschung zu Armut und Arbeitslosigkeit genutzt. Das Projektteam am IAB kooperiert derzeit mit Forschenden der Universitäten Bremen, Duisburg, Leipzig und Maryland. Zudem gibt es einen regelmäßigen Austausch mit den Verantwortlichen für andere Großerhebungen im deutschsprachigen Raum (z. B. ALLBUS, SOEP, SHARE, PAIRFAM, SHP).
Finanzierung:	BMAS
Status:	Erhebungen in jährlichem Abstand seit 2007

SAVE

Name:	Sparen und Altersvorsorge in Deutschland
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.mea.uni-mannheim.de vom 11.10.2010
Profil:	<p>Panelumfrage des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA)/Universität Mannheim mit dem Schwerpunkt Sparen und Zukunftsvorsorge von im Schnitt 2.650 Privathaushalten in Deutschland. Hauptziel dieser Befragung ist die Erfassung der dynamischen Veränderung des Sparverhaltens im Zeitablauf.</p> <p>SAVE liefert detaillierte Angaben sowohl über finanzielle Variablen (wie Einkommen, Ersparnis und Vermögen) als auch über soziologische und verhaltenspsychologische Merkmale (wie Zukunftserwartungen, Einstellungen zum Sparen oder zum Risiko). Ab 2005 wurde das Fragenspektrum durch Gesundheitsfragen ergänzt; 2009 wurde der SAVE-Datensatz mit einem speziellen Modul zur Finanzkrise und zum Finanzwissen erweitert.</p>
Erhebungseinheiten:	Haushalte
Prospektiv/ retrospektiv:	beides
Feldarbeit:	TNS Infratest Sozialforschung
Datenzugang:	SAVE kann beim GESIS-Datenarchiv in Köln bestellt werden. Die Daten sind für die akademische Forschung und Lehre im In- und Ausland zugänglich. Nutzung für kommerzielle Zwecke ist untersagt. Seit Sommer 2009 ist ein vereinfachter Datensatz mit ausgewählten und teilweise aggregierten Variablen direkt beim MEA bestellbar.
Adressaten, Kooperationen:	Zusammenarbeit mit ZUMA, Mannheim.
Finanzierung:	DFG
Status:	Das Panel wurde seit 2001 siebenmal durchgeführt, seit 2005 findet die Befragung von Haushalten in einjährigem Turnus statt.

SHARE

Name:	<i>Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe</i>
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.share-project.org vom 11.10.2010
Profil:	<p>Es handelt sich um eine Gruppe EU-finanzierter Projekte mit Länderteams und Arbeitsgruppen in allen SHARE-Ländern.</p> <p>Zentrale Koordination am Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA)/Universität Mannheim.</p> <p>Multidisziplinäre und länderübergreifende Datenbank von Mikrodaten zu Gesundheit, sozioökonomischem Status, sozialen und Familien-Netzwerken von mehr als 45.000 Einzelpersonen ab 50 Jahren aus 16 Ländern.</p> <p>SHARE ist Teil der <i>ESFRI-Roadmap 2006</i> und des <i>Roadmap-Updates 2008</i>.</p>
Erhebungseinheiten:	Haushalte/Individuen
Prospektiv/ retrospektiv:	Grundsätzlich prospektiv, aber SHARELIFE (Welle 3) ist retrospektiv
Feldarbeit:	In Deutschland: Infas (Wellen 1 bis 3); in anderen Ländern: dortige Umfrageinstitute
Datenzugang:	Survey-Daten sind Forschenden kostenlos zugänglich und können entweder nach Registrierung heruntergeladen oder über das GESIS-Datenarchiv bezogen werden.
Adressaten, Kooperationen:	Ca. 1.400 registrierte Datennutzer, international breit gestreut. Schwesterstudien: <i>English Longitudinal Study on Ageing</i> (ELSA; UK), <i>Health and Retirement Survey</i> (HRS; USA), <i>Korean Longitudinal Study of Aging</i> (KLoSA), <i>Japanese Study on Aging and Retirement</i> (JSTAR), <i>Chinese Aging and Retirement Longitudinal Study of Aging</i> (CHARLS), die <i>Health and Retirement Study for Thailand</i> (HART) und der <i>Longitudinal Survey of Aging in India</i> (LASI).
Finanzierung:	Die SHARE-Forschungsinfrastruktur wurde bislang hauptsächlich von der EU-Kommission finanziert und zusätzlich vom U. S. <i>National Institute on Aging</i> (NIA)

	<p>sowie aus weiteren nationalen Quellen unterstützt.</p> <p>Zukünftig wird SHARE als europäische Forschungsinfrastruktur (SHARE-ERIC) neue finanzielle Rahmenbedingungen bekommen. Zentrale Aufgaben sollen durch das BMBF (da Deutschland Sitzland ist) sowie weiterhin durch die EU-Kommission finanziert werden. Nationale Datenerhebungen werden künftig national finanziert.</p> <p>In der vierten Welle wird für Deutschland die zusätzliche Erhebung von Biomarkern (insbesondere Blutwerte) sowie die Verlinkung von SHARE-Mikrodaten mit administrativen Daten der Deutschen Rentenversicherung durch die VW-Stiftung finanziert.</p>
Status:	<p>1. Welle 2004/2005: Projekte SHARE (2002-2004, Finanzierung durch das 5. Forschungsrahmenprogramm (FRP) der EU und das <i>US National Institute on Aging</i>) und AMANDA (2003-2006, Finanzierung durch das 5. FRP der EU).</p> <p>2. Welle 2006/2007: Projekte SHARE I3 (2004-2008, Finanzierung durch das 6. FRP der EU als <i>Integrated Infrastructure Initiative</i>) und COMPARE (2004-2008, Finanzierung durch das 6. FRP der EU).</p> <p>3. Welle 2008/2009: Projekt SHARELIFE (2007-2009, Finanzierung durch das 6. FRP der EU).</p> <p>4. Welle 2010/2011: <i>Pilots and Pretests</i> finanziert durch EU-Projekt SHARE-LEAP sowie Mittel von der EU Kommission DG <i>Employment</i>.</p> <p>Danach soll bis einschließlich 2024 die Finanzierung der vierten und sechs weiterer Wellen durch SHARE-ERIC erfolgen. Dabei ist eine Vergrößerung der Stichprobengröße auf 6.000 Personen pro Land geplant.</p>

SOEP

Name:	Sozio-oekonomisches Panel
Infrastrukturtyp:	Survey
URL:	http://www.diw.de/soep vom 11.10.2010
Profil:	<p>Am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, angesiedelter Survey, der für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung Mikrodaten bereitstellt.</p> <p>Die SOEP-Studie ist eine langzeitliche jährliche Befragung einer für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Stichprobe von ca. 12.500 Haushalten. Befragt werden alle Haushaltsmitglieder, die über 16 Jahre alt sind (ca. 22.600 Personen).</p> <p>Das SOEP liefert Informationen u. a. über Persönlichkeitsmerkmale, körperliche und mentale Gesundheit, Erwerbs- und Familienbiographien, Kinderbetreuung und Familienbeteiligung, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe, Haushaltszusammensetzung, Wohnsituation, gesellschaftliche Partizipation und Zeitverwendung sowie Lebenszufriedenheit. In jährlich wechselnden Schwerpunkten werden darüber hinaus Informationen bereitgestellt, z. B. über Familie und soziale Dienste, Weiterbildung und Qualifikation, Soziale Sicherung sowie Energie- und Umweltverhalten.</p>
Erhebungseinheiten:	Haushalte und Individuen
Feldarbeit:	TNS Infratest Sozialforschung
Datenzugang:	Der anonymisierte Mikro-Datensatz des SOEP wird Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen zu Zwecken der Forschung und Lehre gegen eine geringe Nutzungsgebühr zur Verfügung gestellt.
Adressaten, Kooperationen:	Das SOEP ist Teil des <i>Cross-National Equivalent File (CNEF)</i> , der <i>Luxembourg Income Study (LIS)</i> und der <i>Luxembourg Wealth Study (LWS)</i> . Insgesamt arbeiten gegenwärtig ca. 500 Forschergruppen im In- und Ausland aktiv mit den Daten des SOEP.
Finanzierung:	Von 1982 bis 2002 wurde das SOEP als DFG-Projekt gefördert, seit 2000 mit einer Zusatzfinanzierung durch das BMBF. Seit dem Jahr 2003 ist es auf Beschluss der BLK in die institutionelle Förderung durch Mittel des Bundes und der Länder aufgenommen und seitdem als selbständige Abteilung des DIW Mitglied der WGL ist.
Status:	Wird seit 1984 jährlich unter dem Titel „Leben in Deutschland“ durchgeführt.

Anhang 2 Overview of International Household Panel Studies

(Quelle: Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Status und der zukünftigen Entwicklung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Berlin, Drs. 9503-09, Aachen 2009, S. 95-103)

BHPS

Range:	UK
Name:	British Household Panel Survey
URL:	http://www.iser.essex.ac.uk/survey/bhps vom 12.10.2010
Profile:	<p>The main objective of the BHPS is to further the understanding of social and economic change at the individual and household level in Britain and the UK. The BHPS is conducted at the University of Essex.</p> <p>The survey consists of a nationally representative sample of about 5,500 households recruited in 1991, containing a total of approximately 10,000 interviewed individuals. Extension samples of 1,500 households in each of Scotland and Wales were added to the main BHPS sample in 1999 to enable independent analysis of each country. In 2001 a sample of 2,000 households was added in Northern Ireland. The total sample size for the BHPS including the extension samples is now around 10,000 households in the UK.</p> <p>The BHPS will be replaced by and included in the UKLHS. The BHPS is part of the CNEF (Cross-National Equivalent File).</p>
Sampling unit:	Households
Status:	The BHPS is conducted annually. The first 17 waves of data for the years 1991-2007 are currently available to researchers. The fieldwork of wave 18 is approaching completion and associated data will be released in early 2010. The data are released through the UK Data Archive at the University of Essex in a variety of formats.

DHS

Range:	Netherlands
Name:	DNB Household Survey
URL:	http://www.centerdata.nl/en/TopMenu/Projecten/DNB_household_study vom 12.10.2010
Profile:	<p>The DHS is a longitudinal household panel on psychological and economic aspects of financial behaviour with a sample size of 2,000 households. It is realised by CentERdata and comprises information on work, pensions, housing, mortgages, income, assets, loans, health, economic and psychological concepts, and personal characteristics.</p>
Sampling unit:	Households
Status:	The DHS was launched in 1993.

ECHP

Range:	EU
Name:	European Community Household Panel
URL:	http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/echp vom 12.10.2010
Profile:	The ECHP is an annual panel survey covering a wide range of topics concerning living conditions. They include information on income, the financial situation in a wide sense, working life, the housing situation, social relations, and health and biographical information of the interviewee.

	The SOEP Study data from 1994 to 2001 have been integrated into the ECHP.
Sampling unit:	Households and individuals
Status:	The ECHP was run from 1994 to 2001. It consists of eight waves.

HILDA

Range:	Australia
Name:	Household, Income and Labour Dynamics in Australia
URL:	http://www.melbourneinstitute.com/hilda vom 12.10.2010
Profile:	<p>HILDA is a household-based panel study collecting data on participants' economic and subjective well-being, on their work situation and family life. It was initiated and is funded by the Australian Government through the Department of Families, Housing, Community Services and Indigenous Affairs. Responsibility for the design and management of the survey rests with the Melbourne Institute of Applied Economic and Social Research (University of Melbourne). Data collection for waves 1 to 8 has been sub-contracted to The Nielsen Company, a private market research company. Data collection for waves 9 to 12 will be undertaken by Roy Morgan Research.</p> <p>The sample consisted of 7,682 households and 19,914 individuals in wave 1. HILDA is part of the CNEF.</p>
Sampling unit:	Households
Status:	Since the beginning in 2001, interviews have been conducted annually with all adult household members. Currently the data of waves 1 to 7 are available.

HUS

Range:	Sweden
Name:	The Swedish Panel Study Market and Nonmarket Activities
URL:	http://www.nek.uu.se/faculty/klevmark/hus.htm vom 12.10.2010
Profile:	<p>The study was conducted by the Department of Economics, Göteborg University. The fieldwork was contracted out to Sifo AB.</p> <p>All respondents were non-institutionalised residents of Sweden aged 18 to 74. On average 1.7 individuals were interviewed per household.</p> <p>The sample size was 2,619 persons in 1984</p>
Sampling unit:	Sampling units are individuals. A household is identified as the household to which this individual belongs. In each household one to three members were selected depending on household composition.
Status:	HUS was initiated in 1980. In 1982 a pilot study with several hundred respondents was conducted. The following waves took place in the years 1984, 1986, 1988, 1991, 1993, 1996, 1998. The waves in 1988 and 1991 did not cover all topics.

MESS/LISS

Range:	Netherlands
Name:	Measurement and Experimentation in the Social Sciences/Longitudinal Internet Studies for the Social Sciences
URL:	http://www.centerdata.nl/en/MESS vom 12.10.2010
Profile:	<p>The MESS project aims at promoting the Dutch knowledge society and the innovation climate in the Netherlands.</p> <p>The LISS online panel consists of 5,000 Dutch households. It is conducted by CentERdata and is based on a true probability sample of households drawn from the population register by Statistics Netherlands. Households that could otherwise not participate are provided with a computer and internet connection. Universities, research schools, and individual academics are invited to submit research proposals.</p>
Sampling unit:	Households
Status:	The LISS panel started data collection in autumn 2007.

MxFLS

Range:	Mexico
Name:	Mexican Family Life Survey
URL:	http://www.ennvih-mxfls.org vom 12.10.2010
Profile:	<p>The Mexican Family Life Survey (MxFLS) is a multi-thematic and longitudinal database which collects a wide range of information on socio-economic indicators, demographics, and health indicators on the Mexican population.</p> <p>On the individual and household level, MxFLS provides information about the financial situation, education, employment, time use, recreational activities, health status, habits relating to health, biological indicators, retrospective health information, crime and victimisation, and others.</p> <p>Wave 2 also included a module measuring risk preferences, inter-temporary and altruistic preferences; a module on individual expectations, information on paternity and day-care centres, and additional biomarkers.</p> <p>Similar to the fieldwork conducted on households, MxFLS-1 carried out a community operative collecting data on schools, health centres, social programmes, economic and physical infrastructure, and level of local prices.</p> <p>The base-line sampling design was undertaken by the National Institute of Geography Statistics and Information.</p> <p>The approximate sample size is 8,440 households with approximately 35,000 individual interviews.</p>
Sampling unit:	Households
Status:	Wave 1 was conducted in 2002, wave 2 in 2005/2006. Waves 3 and 4 are scheduled for 2009 and 2012.

NIHPS

Range:	Northern Ireland
Name:	Northern Ireland Household Panel Survey
URL:	http://www.ark.ac.uk/nihps vom 12.10.2010
Profile:	<p>The NIHPS is an extension of the long-running British Household Panel Survey. Wave 1 consisted of around 2,000 households and 3,500 individuals drawn from across Northern Ireland.</p>
Sampling unit:	Households
Status:	The fieldwork for wave 1 of the NIHPS and wave 11 of the BHPS (of which it forms a part) took place in 2001.

NLC

Range:	Australia
Name:	Negotiating the Life Course Survey, Australia
URL:	http://lifecourse.anu.edu.au vom 12.10.2010
Profile:	<p>NLC is a longitudinal study undertaken by the Australian Demographic and Social Research Institute at the Australian National University, Canberra, and the School of Social Science at the University of Queensland. NLC is funded by the Australian Research Council.</p> <p>NLC is designed to study the changing life courses and decision-making processes of Australian men and women as the family and society move from male breadwinner orientation in the direction of higher levels of gender equity.</p>
Sampling unit:	Households and individuals
Status:	Waves 1 to 5 took place in 1997, 2000, 2003, 2006 and 2009.

PSELL

Range:	Luxembourg
Name:	Panel Socio-Economique „Liewen zu Lëtzeburg“ (The Luxembourg Household Panel Study)
URL:	http://www.ceps.lu vom 12.10.2010
Profile:	<p>PSELL is sponsored by the Luxembourg Government, is conducted by the Centre d'Études de Populations, de Pauvreté et de Politiques Socio-Économiques/International Networks for Studies in Technology, Environment, Alternatives, Development.</p> <p>The reference population covers anyone living in the Grand Duchy who is protected by social security; the basic sample represents 97 % of the population living in the country.</p> <p>The main purpose of the survey is to measure unemployment, poverty, labour force participation, income and family expenditure.</p>
Sampling unit:	Households and individuals
Status:	PSELL has been conducted every year since 1985.

PSID

Range:	USA
Name:	Panel Study of Income Dynamics
URL:	http://psidonline.isr.umich.edu vom 12.10.2010
Profile:	<p>PSID is a longitudinal study realised by the Survey Research Center, Institute for Social Research, University of Michigan.</p> <p>The central focus of the study is in the areas of economy and demographics, with substantial detail on income, employment, family composition, and residential location. Content of a more sociological or psychological nature is also included in some waves of the study. Beginning in 1985, comprehensive retrospective fertility and marriage histories of individuals in the households have been assembled.</p> <p>The sample size has grown from 4,800 families in 1968 to more than 7,000 families in 2001.</p> <p>PSID is part of the CNEF.</p>
Sampling unit:	U. S. individuals (men, women and children) and the family units in which they reside.
Status:	From 1968 to 1996, the PSID interviewed and reinterviewed individuals from families in the core sample every year. In 1997 annual interviewing was changed to biannual data collection. There also was a reduction of the core sample and introduction of a refresher sample of post-1968 immigrant families and their adult children.

RLMS

Range:	Russia
Name:	Russia Longitudinal Monitoring Study
URL:	http://www.cpc.unc.edu/projects/rlms vom 12.10.2010
Profile:	<p>The RLMS is a series of nationally representative surveys conducted by the Carolina Population Center and the Russian Institute of Sociology. It is designed to monitor the effects of Russian reforms on the health and economic welfare of households and individuals in the Russian Federation. These effects are measured by detailed monitoring of individuals' health status and dietary intake, measurement of household-level expenditures and service utilisation as well as collection of relevant community-level data, including region-specific prices and community infrastructure data.</p>
Sampling unit:	Households and individuals
Status:	16 waves of data have been collected since 1992.

SHP

Range:	Switzerland
Name:	Swiss Household Panel (Schweizer Haushalts-Panel)
URL:	http://www.swisspanel.ch vom 12.10.2010
Profile:	<p>The SHP aims to observe the social change and the living conditions of the population in Switzerland. Information based on indicators such as income, living conditions, events in life, social status, societal participation, etc. are supplemented by subjective judgements (satisfaction with various aspects of life, values, life style, etc.)</p> <p>The sample size of the wave 1 (1999) was 5,074 households and 7,799 persons. Wave 8 (2006) covered 2,537 households and 4,091 persons.</p>
Sampling unit:	Households
Status:	The SHP was established between 1998 and 2003 as a structural measure of the focus programme SPP Zukunft Schweiz. It was first (from 1998 to 2007) a joint-venture project between the Swiss National Fund for Scientific Research, the Swiss Federal Agency for Statistics and Neuenburg University. It is now run by the Swiss Centre of Expertise in the Social Sciences.

SLID

Range:	Canada
Name:	Survey of Labour and Income Dynamics
URL:	http://www.statcan.gc.ca/cgi-bin/imdb/p2SV.pl?Function=getSurvey&SDDS=3889&lang=en&db=imdb&adm=8&dis=2 vom 12.10.2010
Profile:	<p>The SLID is a longitudinal study on how the economic well-being of Canadians is related to the employment and family situation and to social transfers.</p> <p>The SLID sample is composed of two panels. Each panel consists of two rotation groups and includes roughly 15,000 households. A panel is surveyed for a period of six consecutive years. A new panel is introduced every three years, so two panels always overlap.</p> <p>SLID is part of the CNEF.</p>
Sampling unit:	Households and individuals
Status:	SLID has been conducted annually since 1993.

SoFIE

Range:	New Zealand
Name:	Survey of Family, Income and Employment
URL:	http://www.stats.govt.nz/browse_for_stats/work_income_and_spending/income/sofie_hotpsep04.aspx vom 12.10.2010
Profile:	<p>SoFIE is a longitudinal survey that has been running for eight years. It has been collecting information on New Zealander's living conditions and lifestyles and the factors that influence these aspects of people's lives.</p> <p>The primary focus of SoFIE is to investigate the changes in individual, family, and household income and the factors that influence these changes, such as involvement in the labour force and family composition.</p> <p>The household questionnaire contains two sets of questions on the household and the standard of living. The personal questionnaire contains eight standard modules (demographics, child, education, family, labour market situation, income, contact).</p> <p>Data are collected from 22,200 individuals in 11,500 households and 7,500 children aged under 15 years.</p>
Sampling unit:	Households and individuals
Status:	SoFIE started in October 2002 and is scheduled to run for eight years (until 2010).

Range:	UK
Name:	UK Household Longitudinal Study („Understanding Society“)
URL:	http://www.understandingsociety.org.uk vom 12.10.2010
Profile:	<p>The UKHLS was launched by the Economic and Social Research Council. It is based at the Institute for Social and Economic Research at the University of Essex. The fieldwork is conducted by the National Centre for Social Research (Nat-Cen).</p> <p>The UKHLS gathers information from all members over ten years of age of the 40,000 sample households. Additional data are collected from 3,000 ethnic minority households.</p> <p>The questionnaire for wave 1 of interviews which started in 2009 covered topics including demographic characteristics and changes, income and earnings, health, disability, education, origins and nationality, family and partnership history, wealth and savings, expenditures, current employment characteristics, transport and communication access, child care and other care responsibilities, life satisfaction, community, leisure activities, and political participation. These general core topics will be repeated annually but supplemented by additional modules of topical questions asked on a rotating or intermittent basis.</p> <p>UKHLS will include data on health indicators and biomarkers of health status (such as body measurements, blood pressure, and heart rate).</p> <p>UKHLS replaces and includes the smaller BHPS, as well as NIHPS, which is included in BHPS. UKHLS will become part of the CNEF.</p>
Sampling unit:	Households
Status:	The UKHLS is an annual study.

Anhang 3 Zusammenfassungen europäischer Roadmap-Dokumente

Im Folgenden werden die nationalen Planungen (*Roadmap*-Prozesse) anderer europäischer Länder mit Blick auf (große) Forschungsinfrastrukturen für die Geistes- und Sozialwissenschaften zusammenfassend dargestellt. Der Fokus liegt dabei jeweils auf den jüngsten Aktivitäten europäischer Vergleichsländer sowie auf der ESFRI-Roadmap als multinationalem Planungsverfahren.

1. European Strategy Forum on Research Infrastructures (ESFRI)

European Roadmap for Research Infrastructures

<i>Roadmap</i> 2006:	<i>Report</i>	ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/esfri/docs/esfri-roadmap-report-26092006_en.pdf vom 12.10.2010
<i>Roadmap</i> 2008:	<i>Report</i>	ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/esfri/docs/esfri_roadmap_2008_update_20090123.pdf vom 12.11.2010
Ausführende Organisation:		<i>European Strategy Forum on Research Infrastructures</i> (ESFRI) (http://cordis.europa.eu/esfri) vom 12.10.2010
Publikationszeitpunkt:		2006 (<i>Update</i> 2008)
Ziele:		Unterstützung eines kohärenten und strategiegeleiteten Ansatzes für politische Entscheidungen zu neuen und bestehenden paneuropäischen und globalen Forschungsinfrastrukturen; Förderung multilateraler Initiativen für die bessere Nutzung und Entwicklung von Forschungsinfrastrukturen (<i>Roadmap</i> 2008, S. 3).
Definition:		Forschungsinfrastrukturen sind „ <i>facilities, resources or services of a unique nature that have been identified by pan-European research communities to conduct top-level activities in all fields. This definition of research infrastructures, including the associated human resources, covers major equipment or sets of instruments, in addition to knowledge-containing resources such as collections, archives and data banks. Research Infrastructures may be 'single-sited', 'distributed', or 'virtual' (the service being provided electronically). They often require structured information systems related to data management, enabling information and communication. These include ICT-based infrastructures such as Grid, computing, software, and middleware. In all cases considered for the roadmap, these infrastructures must apply an 'Open Access' policy for basic research, i. e. to be open to all interested researchers, based on an open competition and selection of the proposals evaluated on the sole scientific excellence by international peer review.</i> “ (<i>Update</i> 2008, S. 11).
Bewertungskriterien:		<i>Pan-European Scientific Case:</i> Die vorgeschlagene neue Infrastruktur sollte den „eindeutig definierten“ und „wegbereitenden“ zukünftigen Bedürfnissen der erweiterten wissenschaftlichen Gemeinschaften in Europa entsprechen. <i>Concept/Business Maturity:</i> Vorliegen eines technischen Konzepts, von Machbarkeitsstudien sowie einer zuverlässigen Schätzung zu Zeitplan und Kosten.
Verfahren:		2005 setzte ESFRI drei Arbeitsgruppen mit mehr als 70 Repräsentanten aus allen EU-Staaten ein, darunter auch eine für die Geistes- und Sozialwissenschaften (GW/SW), um Themenfelder zu analysieren und an ESFRI zu berichten. Innerhalb der GW/SW-Arbeitsgruppe wurden zwei Unterarbeitsgruppen (UAGs) zu spezifischen Themen eingesetzt: <i>European Research Observatory for Humanities and Social Sciences</i> ; <i>European Cultural Heritage</i> . Die Auswahl der Expertinnen

	<p>und Experten für die UAGs erfolgte auf Basis ihrer wissenschaftlichen Kompetenz, wobei die verschiedenen Unterthemen abgedeckt wurden und länderbezogene Ausgewogenheit hergestellt wurde. In einem zweistufigen Verfahren gaben die UAGs ihre wissenschaftliche Expertise zu den von den verschiedenen Delegationen eingereichten Anträgen an die AGs weiter, die diejenigen Vorschläge an ESFRI weiterempfehlen, die zu einem kohärenten und strategiegeleiteten Ansatz für europäische Forschungspolitik zu neuen Forschungsinfrastrukturen passten. Jeder Antrag wurde aus wissenschaftlicher Sicht und hinsichtlich des Konzepts (einschließlich der technischen Rahmenbedingungen, der Kostenanalyse und der Reife des Projekts) analysiert. Die UAGs klassifizierten die Anträge in reife und entstehende Projekte (<i>Roadmap 2006</i>, S. 72). Für das <i>Update 2008</i> wurde eine zusätzliche fachspezifische Arbeitsgruppe in den Umweltwissenschaften und eine fächerübergreifende Arbeitsgruppe zu IKT-Infrastrukturen eingerichtet. Zur Überarbeitung der ESFRI <i>Roadmap 2010</i> konnten Vorschläge für neue Forschungsinfrastrukturen von gesamteuropäischem Interesse im Bereich „Energy“ und im Bereich „Food, Agriculture and Fisheries, Biotechnology (incl. system biology)“ mit Bewerbungsfrist 31. Dezember 2009 über die nationalen Delegierten von ESFRI eingereicht werden.</p>
Wissenschaftliche Beteiligung:	Expertinnen und Experten in den UAGs.
Namen der GW/SW-Projekte:	<p>Geisteswissenschaftliche Projekte: CLARIN (<i>Common Language Resources and Technology Infrastructure</i>) und DARIAH (<i>Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities</i>)</p> <p>Sozialwissenschaftliche Projekte: CESSDA (<i>Council of European Social Science Data Archives</i>), ESS (<i>European Social Survey</i>), und SHARE (<i>Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe</i>).</p> <p>Das auf der <i>Roadmap 2006</i> enthaltene Projekt EROHS (<i>European Resource Observatory for the Humanities and the Social Sciences</i>) ist auf der <i>Roadmap 2008</i> nicht mehr vertreten.</p>
Stand der GW/SW-Projekte:	<p>CLARIN: 2008-2010 Vorbereitungsphase, 2011- 2013 Errichtungsphase, 2014-2018 Betriebsphase;</p> <p>DARIAH: in der Vorbereitungsphase (bis September 2010) soll die Finanzierung für die Errichtung und den Betrieb gesichert werden; Errichtungsphase von September 2010 bis September 2013;</p> <p>CESSDA: Vorbereitungsphase bis Ende 2009, anschließend 3-5 Jahre Errichtungsphase;</p> <p>ESS: Die 5. Welle des ESS ist im September/Oktober 2010 ins Feld gegangen;</p> <p>SHARE: Vorbereitungsphase bis Ende 2009; SHARE soll mit Wellen im 2-Jahres-Abstand bis 2020 laufen.</p>

2. Europäische Vergleichsländer

a) Dänemark

Future Research Infrastructures – Needs Survey and Strategy Proposal

Englischsprachige Zusammenfassung:	http://en.fi.dk/publications/2005/future-research-infrastructures-needs-survey-strategy/future-research-infrastructures-needs-survey-strategy-pr.pdf vom 13.12.2010
Dänischsprachiger Hintergrundbericht:	<i>Fremtidens forskningsinfrastruktur-kortlægning af behov og forslag til strategi</i> (http://www.forskningsinfrastruktur.dk/Baggrundsrapport.pdf) vom 13.10.2010
Ausführende Organisation:	<i>Danish Council for Strategic Research</i> (http://en.fi.dk/councils-commissions/the-danish-council-for-strategic-

	research) vom 11.10.2010
Publikationszeitpunkt:	2005
Ziele:	Ermittlung der Bandbreite der verschiedenen Typen der in Betrieb befindlichen intra- und interdisziplinären Infrastrukturen. Aufschluss über die verschiedenen Bedürfnisse in Verbindung mit der Nutzung von und der Zusammenarbeit hinsichtlich der Forschungsinfrastrukturen (englischsprachige Zusammenfassung, S. 5)
Definition:	Die Definition nimmt auf den Forschungsinfrastrukturbegriff von ESFRI Bezug.
Eingrenzung der Projekte:	Forschungsinfrastrukturen in einer Größenordnung, die von einer einzelnen Forschungseinrichtung nicht zu finanzieren ist (S. 3), die einzigartig in ihrem wissenschaftlichen Feld sowie von nationaler und/oder internationaler Bedeutung sind und eine signifikante Zahl externer Nutzer haben (S. 5). Aktionsplan sollte Investition in die besten und fortgeschrittensten Projekte vorsehen, die entscheidend sind, um zukünftige forschungsbezogene Innovationen zu sichern (S. 15). Die Bagatellgrenze liegt bei 5 Mio. DKK für Forschungsinfrastrukturen in Naturwissenschaften, Technik, Agrarwissenschaften und bei 15 Mio. DKK in der Gesundheitsforschung; Register und Datenbanken, die vor allem in den Sozial- und Gesundheitswissenschaften verwendet werden, müssen mindestens drei Beschäftigte für den laufenden Betrieb benötigen (S. 6).
Bewertungskriterien:	Forschungsqualität und Umfang (Anzahl der Forschenden, Bedarf); Alleinstellung, strategische Relevanz und Aktualität des Vorschlags aus verschiedenen Blickwinkeln (Forschung, Innovation, Ausbildung); gewünschte Wirkung des Vorschlags und effektive Mittelverwendung (Preis-Leistungs-Verhältnis) (S. 15-16). Eingereichte Vorschläge müssen u. a. auch Angaben zu technischer Machbarkeit, Standortentscheidungen und Zugangsbedingungen für externe Nutzerinnen und Nutzer beinhalten (S. 16).
Verfahren:	Die eingereichten Vorschläge sollen nach Empfehlung des Rates innerhalb des Forschungsratssystems durch einen offenen und transparenten Prozess mit klaren Bewertungsverfahren bewertet und im positiven Fall in den Aktionsplan für Investitionen aufgenommen werden, der einen Teil des strategischen Vorschlags für Forschungsinfrastrukturen ausmacht. Der Rat empfiehlt, dass die Prioritätensetzung bei der Finanzierung von Forschungsinfrastrukturen danach erfolgt, ob die Investitionen dazu beitragen, Dänemark in eine internationale Führungsposition zu bringen (S. 12, S. 15).
Wissenschaftliche Beteiligung:	Bewertung innerhalb des Forschungsratssystems; dort sind in den Gremien Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertreten.
Finanzierungsmechanismus:	Der Rat geht davon aus, dass kurzfristig 300 Mio. DKK für den Ausbau bestehender Infrastrukturen sowie in den nächsten 8 bis 10 Jahren 2 Mrd. DKK für neue Infrastrukturen bereitgestellt werden müssten und dass die Beteiligung an internationalen Infrastrukturen in den nächsten 8 bis 10 Jahren signifikant gesteigert werden müsste. Der Aktionsplan sollte zehn Jahre umfassen. Das Budget sollte von anfangs 400 Mio. DKK auf 500 Mio. DKK pro Jahr jährlich gesteigert werden.
Umfang der <i>Roadmap</i> :	Die englischsprachige Fassung des Hintergrundberichts macht lediglich eine Angabe zur Beteiligung an internationalen Projekten (von 23 Projekten, die 2005 auf europäischer Ebene in Betracht gezogen wurden, waren dänische Forscher bei etwa der Hälfte der Projekte an einer Teilnahme interessiert). Der dänischsprachige Hintergrundbericht listet in Anhang 4 (S. 88-96) bestehende dänische Forschungsinfrastrukturen wie Bibliotheken, Datenbanken etc. auf (darunter zwölf in den GW/SW), in Anhang 5 (S. 97-101) angemeldeten Bedarf (61 Infrastrukturen, davon zehn in den GW/SW), in Anhang 7 (S. 103-104) internationale Forschungsinfrastrukturen mit dänischer Beteiligung (insgesamt 64, davon 20 in den GW/SW).
Name der GW/SW-Projekte:	Bestehende Forschungsinfrastrukturen: <i>Longitudinelle surveybaserede database</i> (vier surveybasierte Landzeitdatenbanken, 1968-2003), <i>Den Nationale Arbejds miljøkohorte</i> (NAK) (Nationale Arbeitsumweltkohorte, 1990-2000), <i>Database for Danmarks forsknings- og innovationsstatistik-</i>

	<p>ker (Datenbank für Dänemarks Forschungs- und Innovationsstatistiken), <i>Center for Corporate Performance</i> (Zentrum für Unternehmensleistung, 1999-2007), www.andersen.sdu.dk (Institut für Literatur, Kultur und Medien, 2001), <i>Henrik Pontoppidan Portalen</i> (Henrik-Pontoppidan Portal, 2002), <i>Kunstdatabasen</i> (Kunstdatenbank, 1999), <i>Nationalmuseet</i> (Nationalmuseum), <i>Visual Interactive Syntax Learning (VISL)</i> (Visuelles interaktives Syntaxlernen, seit 1996), <i>Kartografisk Dokumentationscenter</i> (Kartographisches Dokumentationszentrum, 1981-1996), <i>Center for Tegnekunst</i> (Zentrum für Zeichenkunst, 2002), <i>Dansk Sprognævns Ordsamling</i> (Dänisches Sprachenpanel/Wörterammlung, 1996).</p> <p>Angemeldeter Bedarf: Zugang zu Zeitschriften, Datenbanken und anderen von Forschungsbibliotheken bereitgestellten Ressourcen (darunter elektronischer Zugang oder Standardisierung elektronischer Werkzeuge) einschließlich der Anschaffung nationaler Lizenzen zu internationalen <i>Online</i>-Ressourcen und Bibliografien; Zugang zu Film- und Fernseharchiven und Ausarbeitung einer Gesamtaufstellung der in Dänemark bestehenden audiovisuellen und auditiven Archivalien, evtl. Etablierung einer Medienbibliothek; Digitalisierung von Kirchenbüchern von 1925 bis ca. 1950 und Realregistern wie Schuld- und Pfandprotokollen; Initiativen zur Unterstützung der dänischen Führung im Registerforschungsbereich und Fortsetzung der KOR-Initiative, darunter Qualitätssicherung und Aktualisierung der Daten, Verbesserung der dänischen Statistik; zentraler Überblick über relevante Datenbanken für verschiedene Disziplinen; Etablierung einer individuumsbasierten Forschungsdatenbank mit den wichtigsten Grunddaten für die dänische Statistik; Zugang zur kaufmännischen Datenbank und Etablierung einer Geschäftsdatenbank; Zugang zu und Etablierung von Sprachtechnologieressourcen in Form allgemeinsprachlicher elektronischer Textsammlungen, Text- und Sprachkorpora mit freiem Benutzerzugang; nationales Sprachtechnologiekonsortium (zur Sicherstellung der Entwicklung von Datenressourcen im sprachtechnologischen Bereich); Gründung eines skandinavischen Zentrums für naturwissenschaftliche Studien von Materialien und Alterungsercheinungen im musealen Erbe.</p> <p>Internationale Forschungsinfrastrukturen mit dänischer Beteiligung: <i>European Household Panel Survey</i>, <i>European Language Resources Association (ELRA)</i>, <i>Eurodicautom (European Commission's Multilingual Term Bank)</i>, <i>European Social Survey (ESS)</i>, <i>International Social Survey Programme (ISSP)</i>, <i>Luxembourg Income Study</i>, Gesellschaftswissenschaftliche Forschungsdatenbanken in den USA (ATUS, NLSY, CPS), <i>Bibliography of the History of Art</i>, <i>Art Full Text</i>, Ausländische Archive mit Material zur dänischen Geschichte, insbesondere in den Nachbarländern, Zentrum für analytische Finanzdatenbanken, <i>European Community Household Panel (ECHP)</i>, Klangdatenbanken, Geschichte mariner Tierpopulationen, Nordische Institute in Athen, Rom und Damaskus, Museum für Unterwasserarchäologie in Bodrum, internationale Institute in Athen und Rom, Eurobarometer.</p>
Stand der GW/SW-Projekte:	Keine Angaben im englischsprachigen Bericht.

b) Finnland

National-Level Research Infrastructures: Present State and Roadmap

Englischsprachige Roadmap:	http://www.research.fi/en/viewpoints/infrastructure/tik_report.pdf vom 13.10.2010
Bericht der Arbeitsgruppe für die Geistes- und Sozialwissenschaften:	http://tsv.fi/tik/SSH%20report_071008_kokousmateriaali.pdf vom 13.10.2010

Ausführende Organisation:	<i>Ministry of Education and Culture</i> (http://www.minedu.fi/OPM/?lang=en) vom 13.10.2010
Publikationszeitpunkt:	2009
Ziele:	1. Entwurf eines Vorschlags für Verfahren der Identifikation und Evaluation des Bedarfs zur Einrichtung neuer Forschungsinfrastrukturen, 2. Vorbereitung eines Vorschlags für ein Finanzierungssystem für Forschungsinfrastrukturen, 3. Vorläufige Kartierung.
Definition:	Es wird unterschieden zwischen <i>single-sited research infrastructures</i> in Forschungsfeldern, in denen größere Investitionen in teure Forschungsgeräte nötig sind, <i>distributed research infrastructures</i> , bei denen die verfügbaren Ressourcen geographisch verteilt sind, und <i>virtual research infrastructures</i> wie Datenbanken und Archive, die einen Fernzugriff erlauben (S. 18).
Bewertungskriterien:	1. Administrative Strukturen, verfügbares Personal; 2. Nachweis von <i>Output</i> und Effizienz durch Jahresbericht; 3. Teilnahme an der Ausbildung von Forschenden; 4. wissenschaftliche Bedeutung und Mehrwert auf nationaler oder internationaler Ebene; 5. regelmäßige Nutzung; 6. Bereitstellung von Dienstleistungen; 7. prinzipiell freier Zugang; 8. relativ hohe Investitionskosten im Vergleich zu anderen Infrastrukturen im gleichen Forschungsfeld; 9. relativ hohes jährliches Budget im Vergleich zu anderen Infrastrukturen im gleichen Forschungsfeld; 10. kommerzieller Mehrwert (S. 22). In Bezug auf die Teilnahme an bestehenden internationalen Forschungsinfrastrukturen wurden folgende zusätzlich Punkte genannt: 1. wissenschaftliche Bedeutung für Finnland; 2. sonstige Nutzung der Infrastruktur in Finnland; 3. von finnischer Seite zu zahlende jährliche Mitgliedsbeiträge; 4. von finnischen Forschenden zu zahlende Gebühren für die Nutzung der Infrastruktur; 5. Umfang der Nutzung durch finnische Forschende; 6. Teilnahme finnischer Promovierender an Kursen und Schulungsmaßnahmen der Infrastruktur (S. 23).
Verfahren:	Einreichung von Vorschlägen durch Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und deren Partner; vorläufige Auswahl und Bewertung durch Expertengremien; <i>Priorisierung</i> durch das <i>Infrastructure Council</i> ; Implementierung; <i>Monitoring</i> (S. 44).
Wissenschaftliche Beteiligung:	Die Steuerungsgruppe bestand in erster Linie aus Vertretern von Ministerien, Fachgesellschaften u. a. Die im Auswahlprozess beteiligten Expertengremien (unabhängige nationale Expertengruppe, internationales Expertenpanel) bestanden ausschließlich aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.
Umfang der <i>Roadmap</i> :	20 <i>Roadmap</i> -Projekte (davon vier GW/SW-Projekte); unter den bereits bestehenden 24 nationalen Projekten sind sieben GW/SW-Projekte.
Name der GW/SW-Projekte:	<i>System Architecture for Memory Institutions</i> (Aufbauphase 2008-2012, national), <i>Finnish Language Resource Consortium</i> (FIN-CLARIN) (Aufbauphase 2009-2020, ESFRI), <i>European Social Survey</i> (ESS) (Aufbauphase seit 2007, ESFRI), <i>Council of European Social Science Data Archives</i> (CESSDA) (Aufbauphase 2010-2014, ESFRI). Bereits bestehende nationale Projekte: <i>National Board of Antiquities</i> (NBA), <i>National Archives Service of Finland</i> (NARC), <i>The Collections of the National Library</i> (NLF), <i>Finnish Social Science Data Archive</i> (FSD), <i>Finnish Information Centre for Register Research</i> (ReTki), <i>Archives and Collections of Linguistic Corpora/Collections of Electronic Linguistic Corpora</i> (ACLC/CELC).

c) Frankreich

Research Infrastructures for France. Roadmap 2008

Englischsprachige Zusammenfassung:	http://www.roadmaptgi.fr/Documents/FdR_TGIR_Engl_17_mai_2009.pdf vom 13.10.2010
Französischsprachiger Hintergrundbericht und Roadmap:	<i>Les très grandes infrastructures de recherche. Feuille de route française. Édition 2008</i> (http://www.roadmaptgi.fr/Documents/roadmap_complete_2_decembre_mcs_mc.pdf) vom 13.10.2010
Ausführende Organisation:	<i>Ministère de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche</i> (http://www.roadmaptgi.fr/index.html) vom 13.10.2010
Publikationszeitpunkt:	2008
Ziele:	Hilfestellung für Mittelgeber für Entscheidungen zu zukünftigen Investitionen in Infrastrukturen (englischsprachige Zusammenfassung, S. 1)
Definition:	„A Research Infrastructure is a facility developed to conduct major targeted research and to provide successfully a service for one or more large scientific communities. Its cost of construction and operation is such that it justifies a concerted decision-making process at national level, and possibly at a European or international level, with a multi-annual programming. Its governance is centralised and the assessment of its missions and activities is performed by high-level scientific committees. Access to the facility is open to all on the basis of scientific excellence.“ (Englischsprachige Zusammenfassung, S. 3)
Umfang der Roadmap:	Insgesamt 90 Projekte (46 existierende Projekte, 19 beschlossene Projekte, 25 Projekte im Planungsstadium), darunter vier beschlossene Projekte in den GW/SW.
Name der GW/SW-Projekte:	Research Infrastructure to Support SSH Activities at CNRS (ADONIS) (ESFRI: DARIAH), Data Management for Humanities and Social Sciences (PROGEDO) (ESFRI: CESSDA, SHARE), Digital Repositories for SSH (CORPUS), (ESFRI: CLARIN), Scientific Digital Libraries (BSN).

d) Irland

Research Infrastructure in Ireland: Building for Tomorrow

Quelle:	http://www.heai.ie/webfm_send/1639 vom 13.10.2010
Ausführende Organisation:	<i>Higher Education Authority</i> (http://www.heai.ie) vom 13.10.2010
Publikationszeitpunkt:	2007
Ziele:	<i>Benchmarking</i> der Forschungsinfrastruktur, insbesondere im Hochschulsektor; Identifikation von Lücken in der nationalen Forschungsinfrastrukturplattform.
Verfahren:	(Noch) keine <i>Roadmap</i> , sondern Bestandsaufnahme existierender Forschungsinfrastrukturen durch eine Steuerungsgruppe sowie internationale Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft.
Wissenschaftliche Beteiligung:	In der Steuerungsgruppe waren neben dem Direktor einer niederländischen Forschungsorganisation und zwei Mitgliedern der finnischen Akademie der Wissenschaften (eine davon auch Mitglied des <i>ESFRI-Executive-Board</i>) zwei britische Wissenschaftler vertreten.
Finanzierungsmechanismus:	Die Steuerungsgruppe empfiehlt eine Mischung aus <i>Top-down-</i> und <i>Bottom-up-</i> Finanzierungsentscheidungen, offenen und selektiven Elementen (S. 18).
Name der GW/SW-Projekte:	Die Bestandsaufnahme enthält acht existierende GW/SW-Infrastrukturen (S. 56):

	<p>Sozialwissenschaften: <i>Irish Social Science Data Archive (ISSDA) (University College Dublin), Irish Elections Data Archive, Experts Survey Data Archive, Spatial Data Archive (Trinity College Dublin/National University of Ireland, Maynooth)</i>;</p> <p>Psychologie: <i>Computerised Digital Tracking System and Related Apparatus for Behavioural Studies, Multi-Modal Human-Computer Interaction Laboratory (National University of Ireland, Maynooth)</i>;</p> <p>Geisteswissenschaften: <i>Extensive Manuscript Collections, Copyright Library UK & Ireland (Trinity College Dublin)</i>.</p>
--	--

e) Malta

National Strategic Plan for Research and Innovation: 2007-2010. Building and Sustaining the R & I Enabling Framework

Quelle:	ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/esfri/docs/malta-strategic-plan-for-research-and-innovation_en.pdf vom 13.10.2010
Ausführende Organisation:	<i>Malta Council for Science and Technology</i> (http://www.mcst.gov.mt) vom 13.10.2010
Publikationszeitpunkt:	2006
Ziele:	Strategieplan für F&E; aufgrund der hohen Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum soll ein Fokus auf angewandte F&E gelegt werden. Forschungsinfrastrukturen werden im Hinblick auf ihren Beitrag zur Entwicklung von Maltas Kapazität, die Erzeugung von F&E-Produkten zu koordinieren, gefördert.
Definition:	Der maltesische <i>Council for Science and Technology</i> übernimmt die Infrastruktur-Definition von ESFRI.
Bewertungskriterien:	ESFRI-Bewertungskriterien
Verfahren:	Analog ESFRI-Verfahren (S. 57)
Finanzierungsmechanismus:	Durch das <i>R&I National Investments Programme</i> sollen angemessene Mittel bereitgestellt werden (S. 57).
Umfang der Roadmap:	15 Forschungsprojekte (S.20).
Name der GW/SW-Projekte:	<i>Maltese Language Server (MLRS)</i> .

f) Norwegen

Nasjonal strategi for forskningsinfrastruktur (2008 – 2017)

Englischsprachige Zusammenfassung:	http://www.forskningsradet.no/servlet/Satellite?c=Page&cid=1224697900485&-pagename=infrastruktur%2FHovedsidemal vom 13.10.2010
Ausführende Organisation:	<i>Forskningsrådet</i> (http://www.forskningsradet.no/en/Funding/INFRASTRUKTUR/1232959222815) vom 13.10.2010
Publikationszeitpunkt:	2007
Ziele:	Aufbau einer Forschungsinfrastruktur, die den gesellschaftlichen Herausforderungen und dem wirtschaftlichen Wettbewerb auf konstruktive, kosteneffektive Weise begegnet; Schaffung von Rahmenbedingungen für einen qualitätssichernden und konsistenten Priorisierungsprozess; Steigerung der internationalen Bekanntheit der norwegischen Forschungsinfrastrukturen.
Definition:	Der Begriff „Forschungsinfrastruktur“ schließt wissenschaftliche Ausrüs-

	tung, Großgeräte, IKT-Infrastruktur sowie wissenschaftliche Datenbanken und Sammlungen ein.
Bewertungskriterien:	Bagatellgrenze: 2 Mio. NOK; Förderobergrenze: 200 Mio. NOK. Infrastruktur-Komponenten sollten von großem nationalen Interesse sein, eine Grundlage für internationale Spitzenforschung bieten, nur an einem oder wenigen Standorten in Norwegen verfügbar sein und für betroffene Forschende und Industrien zugänglich sein.
Verfahren:	Bewerbungen werden von einem oder mehreren Gremien bewertet, die aus relevanten Ausschüssen des <i>Forskningsrådet</i> und/oder internationalen Sachverständigen zusammengesetzt sind. Die Geschäftsstelle des <i>Forskningsrådet</i> bereitet eine übergreifende Empfehlung vor. Der endgültige Rahmenplan für die Zuweisungen zu bestätigten Projekten wird in Vertragsverhandlungen ausgearbeitet.
Finanzierungsmechanismus:	Der <i>Forskningsrådet</i> hat ein Finanzierungsprogramm aufgelegt, das 200 Mio. NOK umfasst.
Name der GW/SW-Projekte:	Unter <i>Vitenskapelige databaser og samliger</i> (wissenschaftliche Datenbanken und Sammlungen) werden im norwegischen Hintergrundbericht Einrichtungen zur Förderung empfohlen, die Teile der ESFRI-Projekte CESSDA, CLARIN und ESS bilden.

g) Schweden

The Swedish Research Council's Guide to Infrastructure. Recommendations on Long-Term Research Infrastructures by the Research Councils and VINOVA

Quelle:	http://www.vr.se/download/18.76ac7139118ccc2078b800011963/Rapport+5.2008.pdf vom 13.10.2010
Ausführende Organisation:	<i>Vetenskapsrådet</i> (http://www.vr.se) vom 13.10.2010
Publikationszeitpunkt:	2007
Definition:	Der <i>Vetenskapsrådet</i> bezieht sich auf die ESFRI-Definition (S. 12). Forschungsinfrastrukturen werden in sechs Kooperationstypen kategorisiert (S. 18): A. Infrastrukturen, die unter internationalen Abkommen betrieben werden; B. Infrastrukturen, die anderweitig in internationaler Zusammenarbeit betrieben werden und allgemein zugänglich sind; C. Infrastrukturen auf nationaler Ebene, zu denen alle Forschenden Zugang haben; D. Netzwerke von Typ-E-Knoten; E. Anlagen oder Datenbanken an größeren Einrichtungen, die gemeinsam von Forschergruppen genutzt werden; F. Anlagen oder Datenbanken einzelner Forschergruppen.
Bewertungskriterien:	Nationales Interesse, Potenzial für weltweit führende Forschung, zu umfangreich für einzelne Gruppen, langfristige Planung, offener Zugang für Forschende, Priorisierung des Zugangs nach wissenschaftlicher Qualität bei hoher Nachfrage (S. 7 u.12).
Verfahren:	Schweden möchte aktiv an der Entwicklung gemeinsamer internationaler Forschungsinfrastrukturen teilnehmen, hauptsächlich durch den Beitrag zu den 15 Projekten der ESFRI-Roadmap, die von schwedischen Forschenden die höchste Priorität erhielten (S. 7). Diese Projekte wurden durch ein vom <i>Vetenskapsrådet</i> im Frühjahr 2007 implementiertes Verfahren ausgewählt. Forschergruppen, die planten, an Bewerbungen im 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union teilzunehmen, wurden um Einreichung einer Interessensbekundung gebeten. Nach Begutachtung der Vorschläge entschied der <i>Vetenskapsrådet</i> , sich bei sieben Projekten an der Antragstellung zu beteiligen (S. 16). Acht Projekte, darunter CESSDA, CLARIN und der ESS, erhielten ein Unterstützungsschreiben (S. 17).
Wissenschaftliche Beteiligung:	Neun der 13 Mitglieder des <i>Committee for Research Infrastructures</i> sind Forschende.
Finanzierungsmecha-	Der Finanzierungsbedarf für schwedische Investitionen in neue Forschungsinf-

nismus:	rastrukturen mit hohem Potenzial für die schwedische Forschung wird in einem Zeitraum von 2007 bis 2012 mit insgesamt ca. 2.800 Mrd. SEK veranschlagt, darunter ca. 50 Mrd. SEK für GW/SW-Infrastrukturen. Wie viele dieser Projekte tatsächlich finanziert werden, wird mittels eines Evaluierungs- und Priorisierungsverfahrens entschieden (S. 27-28).
Umfang der Roadmap:	Zukünftige Investitionen: insgesamt 25 europäische und schwedische Projekte, davon drei in den GW/SW (S. 26-27); laufende Finanzierung durch den <i>Vetenskapsrådet</i> : insgesamt 29 internationale, europäische, skandinavische und schwedische Projekte, davon zwei in den GW/SW (S. 30-31).
Name der GW/SW-Projekte:	Schweden plant eine weitergehende zukünftige Beteiligung an den ESFRI-Projekten CESSDA, CLARIN und ESS (S. 26).

h) Spanien

Singular Scientific and Technological Infrastructures

Englischsprachiger Kurztext, der in erster Linie Projekte auflistet:	ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/esfri/docs/spanish-singular-scientific-infrastructures_en.pdf vom 13.10.2010
Ausführende Organisation:	<i>Ministro de Educació</i> (http://www.educacion.es/portada.html) vom 13.10.2010
Publikationszeitpunkt:	2007
Ziele:	1. Steigerung der Verfügbarkeit von Forschungsinfrastrukturen für die spanische Wissenschaft und Technologie; 2. Erhaltung und Verbesserung der technischen und wissenschaftlichen Kapazität und Wettbewerbsfähigkeit bestehender Infrastrukturen und 3. Erleichterung des Zugangs zu Forschungsinfrastrukturen für nationale und internationale Forschende.
Verfahren:	15-Jahres-Plan <i>Spanish Map of Singular Scientific and Technological Infrastructures</i> (S. 2).
Umfang der Roadmap:	Insgesamt 27 bestehende Projekte in Spanien, davon keines in den GW/SW; 23 Vorschläge für neue Projekte, davon keines in den GW/SW; zehn Beteiligungen an internationalen Projekten, davon keines in den GW/SW.

i) United Kingdom

Large Facilities Roadmap 2008

Quelle:	http://www.rcuk.ac.uk/cmsweb/downloads/rcuk/publications/lfroadmap08.pdf vom 13.10.2010
Ausführende Organisation:	<i>Research Councils UK</i> (http://www.rcuk.ac.uk/default.htm) vom 13.10.2010
Publikationszeitpunkt:	2007
Ziele:	Förderung solcher Infrastrukturen, die nicht von einer einzelnen Einrichtung finanziert werden können; Entwicklung einer Strategie für den besten Weg des Zugangs zu Infrastrukturen für Forschende.
Eingrenzung der Projekte:	Die <i>Roadmap</i> konzentriert sich auf Projekte, die über den Finanzierungsauftrag und die Finanzierungsmöglichkeiten einzelner <i>Research Councils</i> hinausgehen. Diese Projekte sind gewöhnlich groß und „sehr teuer“, haben eine lange Lebensdauer (z. B. 10 bis 20 Jahre), weisen eine hohe nationale und internationale Nutzung auf, sind interdisziplinär angelegt, national (und möglicherweise international) einzigartig und bieten Potenzial

	für gemeinsame Finanzierung durch die <i>Research Councils</i> oder internationale Finanzierungen (S. 5).
Bewertungskriterien:	Eine hohe strategische Bedeutung im Rahmen der strategischen Pläne eines <i>Research Councils</i> ; Qualität und Verwendbarkeit der Forschungsergebnisse; Bewertung durch technische Experten bezüglich Design, Ort, Management, Organisationsplanung, Investitions- und laufender Kosten (signifikante Investitionskosten sind Voraussetzung für die Aufnahme auf die <i>Roadmap</i>); der internationale Kontext und speziell die Möglichkeiten der Kofinanzierung (S. 4/5). Weitere detaillierte Kriterien für den Priorisierungsprozess beziehen sich auf die wissenschaftliche Bedeutung, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung sowie auf das Kosten/Nutzen-Verhältnis (S. 77).
Verfahren:	Die erste Version der <i>Roadmap</i> wurde 2001, ein <i>Update</i> 2005 publiziert. Die vorliegende Version wurde für 2008 herausgegeben. Weitere <i>Updates</i> werden erwartet.
Finanzierungsmechanismus:	Eine Aufnahme auf die <i>Roadmap</i> bedeutet keine Garantie für Finanzierung. Die Entscheidung darüber, welche Projekte letztendlich durch den jährlich ca. 100 Mio. GBP umfassenden <i>Large Facilities Capital Fund</i> gefördert werden, erfolgt nach einer Priorisierung der auf der <i>Roadmap</i> befindlichen Projekte durch die <i>Research Councils</i> .
Umfang der Roadmap:	Insgesamt 66 Projekte, davon 14 in den GW/SW. Die Projekte sind in gegenwärtig existierende, Erneuerung oder Erweiterung benötigende, und entstehende Projekte unterteilt.
Namen der GW/SW-Projekte:	<i>Census of Population Programme, Economic and Social Data Service, National Centre for e-Social Science, National Centre for Research Methods, UK Household Longitudinal Study, British Election Study, Centre for Longitudinal Studies, Council for European Social Science Data Archives, English Longitudinal Study of Ageing, ESS, UK Longitudinal Studies Centre, Administrative Data Service, Research Facility for the Birth Cohort Studies, Secure Data Service.</i>
Stand der GW/SW-Projekte:	Vier der Projekte existieren momentan, sechs benötigen eine Erweiterung oder Erneuerung auf Basis existierender Projekte und vier befinden sich noch in einer frühen Phase.

Anhang 4 Geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte auf der ESFRI-Roadmap 2008

1) CESSDA (*Council of European Social Science Data Archives*)

Projektziel/-kurzbeschreibung

CESSDA ist ein Infrastrukturprojekt, das den Zugang von Forschenden zu qualitativ hochwertigen Daten ermöglichen und vereinfachen soll. Diese Primärdaten werden dadurch für Sekundäranalysen zugänglich gemacht. Die Datenspeicherung und -verfügbarkeit wird durch ein Netzwerk von Mitgliedsorganisationen gewährleistet, die gemeinsam ca. 15.000 Datensätze halten und mehr als 20.000 Forschenden Zugang zu diesen Daten ermöglichen. CESSDA koordiniert die Mitgliedsorganisationen und stellt sicher, dass die eingestellten Daten in einem global standardisierten Format zur Verfügung stehen. Es existiert ein Katalog, der Zugang zu den Datensätzen der Mitgliedsorganisationen erlaubt. Hauptziel der neuen Projektphase ist es, eine gemeinsame Plattform zu schaffen, die einen noch direkteren Zugang zu den jeweiligen Daten ermöglicht.

Beteiligte Länder und Einrichtungen

Mitgliedsorganisationen aus 21 europäischen Ländern nehmen an dem Projekt teil. Das Exekutivkomitee für 2010 besteht aus Vertretern des *Swedish National Data Service*, des *Romanian Social Data Archive*, des *Finnish Social Science Data Archive* sowie der *Greek Social Data Bank*.

Die Federführung von CESSDA liegt bei Norwegen (*Norwegian Social Science Data Services*) und Deutschland (GESIS).

Projektvolumen

Aufbauphase: 4,17 Mio. Euro

Investitionskosten: 30 Mio. Euro

Betriebskosten: 3 Mio. Euro jährlich

Angewandte Methoden/Datenbasis

CESSDA erhebt selbst keine Daten, sondern erlaubt es Forschenden, ihre eigenen Primärdaten in *Online*-Datenbanken der wissenschaftlichen Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Projektziel/-kurzbeschreibung

Das zentrale Ziel von CLARIN besteht darin, sprachwissenschaftlich relevante Ressourcen zu schaffen, sie zu koordinieren, verfügbar und auf einfache Weise nutzbar zu machen. Ähnlich wie CESSDA ist CLARIN eine Dachorganisation, die nationale Einrichtungen koordiniert. Dabei handelt es sich um 144 Mitgliedsorganisationen aus 32 Ländern, die den Geisteswissenschaften und speziell der Linguistik Werkzeuge zur computerunterstützten Sprachverarbeitung zur Verfügung stellen. Diese Sprachverarbeitung soll sich auf alle Arten von Texten und multimedialen Inhalten beziehen und ihre Analyse vereinfachen. In diesem Zusammenhang spielen auch Trainingsprogramme in den neuen Methoden eine Rolle.

Im Rahmen von CLARIN gibt es acht Arbeitseinheiten, die jeweils von unterschiedlichen Institutionen geleitet werden. Sie beschäftigen sich u. a. (1) mit dem Management des Projekts; (2) mit der technischen Infrastruktur, die zur geplanten Kollaboration notwendig ist; (3) mit Fragen der allgemeinen Nutzbarmachung der sprachwissenschaftlichen Infrastruktur für die Geisteswissenschaften; (4) mit dem mittel- und langfristigen Ressourcenbedarf im Bereich der Sprachwissenschaften und der Linguistik; (5) mit der Verbreitung der Projektergebnisse und der Ausbildung der wissenschaftlichen Gemeinschaft in neuen Methoden; (6) mit rechtlichen Aspekten des Vorhabens und (7) mit der rechtlichen und organisatorischen Vorbereitung weiterer Projektphasen.

Beteiligte Länder und Einrichtungen

Die Steuerung des Projekts erfolgt durch das Exekutivkomitee, das von der Universität Utrecht aus koordiniert wird. Die Niederlande haben damit die Federführung inne, wobei Deutschland durch das MPI für Psycholinguistik, Nijmegen und die Universität Tübingen vertreten ist.

Es bestehen außerdem Kooperationsbeziehungen zum deutschen Projekt TextGRID.

Projektvolumen

Aufbauphase: 4,1 Mio. Euro

Investitionskosten: 104 Mio. Euro

Betriebskosten: 7,6 Mio. Euro jährlich

Angewandte Methoden/Datenbasis

Wie CESSDA sammelt CLARIN keine eigenen Daten, sondern koordiniert vornehmlich die unterschiedlichen Mitgliedsorganisationen. Allerdings entwickeln die acht Arbeitseinheiten z. T. auch selbst Werkzeuge und Ressourcen, die dann kollaborativ von allen Mitgliedseinrichtungen genutzt werden.

3) DARIAH (*Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities*)

Projektziel/-kurzbeschreibung

Das Hauptziel von DARIAH besteht darin, die Nutzung digitaler Daten in den Geistes- und Kulturwissenschaften zu fördern. In diesem Zusammenhang zielt DARIAH darauf ab, Informationen in den Geistes- und Kulturwissenschaften zu digitalisieren und zu archivieren, und ihre Präsentation und Publikation zu fördern. Das Projekt will die Aktivitäten der einzelnen Mitgliedsorganisationen koordinieren, den Kompetenzaustausch und die gemeinsame Entwicklung von Ideen und Methoden fördern, gemeinsame technische Standards entwickeln und durch diese Standards und durch Best-Practice-Beispiele die Interoperabilität verschiedener nationaler Datenrepositorien gewährleisten.

Beteiligte Länder und Einrichtungen

Es nehmen 14 Organisationen aus zehn EU-Ländern an DARIAH teil. Nach dem Start der Vollförderung in 2010 ist die Teilnahme weiterer Projektpartner geplant.

Die Niederlande sind in diesem Projekt federführend (*Data Archiving and Networked Services*, Den Haag). Deutschland ist durch die *Max-Planck Digital Library* und die Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen vertreten.

Projektvolumen

Aufbauphase: 3,7 Mio. Euro

Investitionskosten: 12 Mio. Euro

Betriebskosten: 4 Mio. Euro jährlich

Angewandte Methoden/Datenbasis

Wie CESSDA und CLARIN fokussiert DARIAH auf das Setzen gemeinsamer Standards und die Koordination nationaler Mitgliedsorganisationen. Es erfolgt keine eigenständige Datensammlung.

4) ESS (*European Social Survey*)

Projektziel/-kurzbeschreibung

Der ESS hat drei Hauptziele. Wichtigste Aufgabe ist es, qualitativ hochwertige Trenddaten auf nationaler und europäischer Ebene zu sammeln. Diese dienen dazu, die Interaktion zwischen den sich wandelnden politischen und ökonomischen Institutionen und den Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensmustern der Bevölkerungen der jeweiligen Länder zu beschreiben und zu erklären. Außerdem zielt das Projekt darauf ab, verbesserte Methoden der interkulturellen Forschung zu entwickeln. Drittens wollen die ESS-Initiatoren soziale Indikatoren prominenter platzieren, wenn es darum geht, Lebensqualität in europäischen Nationen zu erfassen. Dabei macht das Projekt seine Daten der Wissenschaft frei und auf einfachem Wege zugänglich und konnte bis heute schon über 13.000 Nutzerinnen und Nutzer gewinnen.

Beteiligte Länder und Einrichtungen

An der 4. Welle (Datensammlung in 2008) haben 26 Länder teilgenommen. Das Projekt wird von einem zentralen Koordinationsteam geleitet, in dem Großbritannien mit der *City University London* die Federführung hat. Dem Team gehören des Weiteren Vertreter folgender Einrichtungen an: *Norwegian Social Science Data Services*, Norwegen; *GESIS*, Deutschland; *Netherlands Institute for Social Research*, Niederlande; Universität Pompeu Fabra, Spanien; Katholische Universität Leuven, Belgien und die Universität Lubljana, Slowenien.

Projektvolumen

Aufbauphase Upgrade: 2 Mio. Euro

Investitionskosten: 54 Mio. Euro

Betriebskosten: 9 Mio. Euro jährlich

Angewandte Methoden/Datenbasis

Die Umfrage wird alle zwei Jahre durchgeführt. Sie besteht aus einem Kernmodul, das jedes Mal erhoben wird, und wechselnden rotierenden Modulen. Das Kernmodul stellt beispielsweise Fragen nach der Mediennutzung, sozialem und öffentlichem Vertrauen, politischem Interesse und Partizipation, sozio-politischen Orientierungen, der Wahrnehmung der Effektivität der jeweiligen Regierung, moralischen, politischen und sozialen Werten, nationalen, ethnischen und religiösen Anbindungen, subjektivem Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit sowie nach sozio-ökonomischen und sozio-demographischen Indikatoren.

Die Zahl der durchgeführten Interviews soll mindestens 2.000 Personen pro Land betragen (in Ländern mit weniger als zwei Mio. Einwohnern 800 Personen). Es wird eine Antwortquote von mindestens 70 % in allen Ländern angestrebt.

5) SHARE (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe)

Projektziel/-kurzbeschreibung

Ziel von SHARE ist es, ein besseres Verständnis der Alterungsprozesse in den europäischen Bevölkerungen zu ermöglichen und die dazu notwendigen Daten in Form einer Langzeitstudie bereitzustellen.

Beteiligte Länder und Einrichtungen

Deutschland hat bei SHARE die Federführung. Das Survey wird von der Universität Mannheim koordiniert. An der dritten Welle, die 2007-2009 durchgeführt wurde, nahmen 16 Länder teil.

Projektvolumen

Aufbauphase: 7,25 Mio. Euro

Investitionskosten: 11,6 Mio. Euro

Betriebskosten: 0,3 Mio. Euro pro Jahr

Angewandte Methoden/Datenbasis

An der ersten Welle (2004) nahmen ca. 31.000 Personen im Alter ab 50 Jahren aus zwölf Ländern teil. Die wichtigsten erhobenen Variablen bezogen sich auf den Gesundheitszustand (z. B. selbstberichtete Gesundheit, physische und kognitive Funktionsfähigkeit, Gesundheitsverhalten, Nutzung von Einrichtungen des Gesundheitswesens), auf Bioindikatoren (z. B. Grip Strength, Body-Mass Index, kardiovaskuläre Daten), auf psychologische Merkmale (z. B. psychologische Gesundheit, physisches Wohlbefinden, Lebenszufriedenheit), auf ökonomische Merkmale (Arbeitsaktivitäten, Stellencharakteristiken, Zusammensetzung des gegenwärtigen Einkommens, Reichtum und Konsum, Wohnsituation, Bildung) und auf soziale Unterstützungsmechanismen (z. B. Unterstützung innerhalb der Familie, Schenkung und Vererbung, soziale Netzwerke, ehrenamtliches Engagement).

ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
ALLF	Archiv für Lebenslaufforschung
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
BASE	Berliner Altersstudie
BBAW	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BiBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BHPS	British Household Panel Study
BIB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Innern
BSH	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
CAS	Centers of Advanced Study
CERN	Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire/Europäische Organisation für Kernforschung
CESSDA	Council of European Social Science Data Archives
CHARISMA	Cultural Heritage Advanced Research Infrastructures
CLARIN	Common Language Resources and Technology Infrastructure Network
CNEF	Comparative National Elections Project
CNEP	Cross-National Equivalent File

132	CoDArchLab	Cologne Digital Archaeology Laboratory
	CSES	Comparative Study of Electoral Systems
	DARIAH	Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities
	DEGS	Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland
	DDB	Deutsche Digitale Bibliothek
	DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
	DFN	Deutsches Forschungsnetz
	DGfW	Deutsche Gesellschaft für Wahlforschung
	DGIA	Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland
	D-Grid	Deutsche Grid-Initiative
	DHS	DNB Household Survey
	DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V.
	D.I.N.E.	Dahlem Institute for Neuroimaging of Emotion
	DIPF	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
	DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
	DJI	Deutsches Jugendinstitut
	DKK	Dänische Kronen
	DoBeS	Dokumentation bedrohter Sprachen
	DOI	Digital Object Identifier
	D-SPIN	Deutsche Sprachressourcen-Infrastruktur
	DTA	Deutsches Textarchiv
	DWD	Deutscher Wetterdienst
	DZA	Deutsches Zentrum für Altersfragen
	ECHP	European Community Household Panel
	ECHO	European Cultural Heritage Online
	EDB	Europäische Digitale Bibliothek

ELSA	English Longitudinal Study on Ageing
ERA	European Research Area
ERIC	European Research Infrastructure Consortium
ESDS	Economic and Social Data Service
ESF	European Science Foundation
ESFRI	European Strategy Forum on Research Infrastructures/Europäisches Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen
ESRC	Economic and Social Research Council
ESS	European Social Survey
EU	Europäische Union
EUBAM	Interministerielle Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu Europäischen Angelegenheiten für Bibliotheken, Archive, Museen und Denkmalpflege
EU LFS	European Union Labour Force Survey
EUROHORCs	Zusammenschluss der europäischen Forschungsräte
EU SES	European Union Structure of Earnings Survey
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions/Erhebung "Leben in Europa"
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EVS	European Values Study
EWCS	European Working Conditions Survey
EZB	Elektronische Zeitschriftenbibliothek
FDZ	Forschungsdatenzentrum
FRIAS	Freiburg Institute for Advanced Studies
FRP	Forschungsrahmenprogramm
GBP	Britische Pfund
GEDA	Gesundheit in Deutschland aktuell
GEI	Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung

134	GESIS	Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
	GGG	Generations and Gender Survey/Generationen und Geschlechterrollen
	GLES	German Longitudinal Election Study/Nationale Wahlstudie
	GLHS	The German Life History Study
	GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
	GW/SW	Geistes- und Sozialwissenschaften
	HERA	Humanities in the European Research Area
	HGF	Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V.
	HI	Herder Institut
	HILDA	Household, Income and Labour Dynamics in Australia
	HIS	Hochschulinformationssysteme GmbH
	HUS	The Swedish Panel Study Market and Nonmarket Activities
	HWK	Hanse-Wissenschaftskolleg
	IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
	IBF	Internationales Begegnungs- und Forschungszentrum für Informatik
	IDS	Institut für Deutsche Sprache
	IFQ	Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung
	IGLU	Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung
	IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
	INCHER	International Center for Higher Education Research Kassel
	IQB	Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen
	ISSP	International Social Survey Programme
	IZ	Informationszentrum Sozialwissenschaften
	KiGGS	Kinder- und Jugendgesundheitssurvey
	KMK	Kultusministerkonferenz
	KVI	Kommission zur Verbesserung der informationellen Infra-

MICHAEL	Multilingual Inventory of Cultural Heritage in Europe
LIS	Luxembourg Income Study
LOM	Leistungsorientierte Mittelvergabe
LWS	Luxembourg Wealth Study
MEA	Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel/Mannheim Research Institute for the Economics of Ageing
MESS/LISS	Measurement and Experimentation in the Social Sciences/Longitudinal Internet Studies for the Social Sciences
MFO	Mathematisches Forschungsinstitut Oberwolfach
MORESS	Mapping of European Research in Social Science and Humanities
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
MPI	Max-Planck-Institut
MRT	Magnetresonanztomographen
MxFLS	Mexican Family Life Survey
MZES	Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NEPS	National Educational Panel Study/Nationales Bildungspanel
Nestor	Network of Expertise in Long-Term Storage of Digital Resources/Kompetenznetzwerk Langzeitarchivierung und Langzeitverfügbarkeit Digitaler Ressourcen für Deutschland
NIHPS	Northern Ireland Household Panel Survey
NLC	Negotiating the Life Course Survey, Australia
NOK	Norwegische Kronen
NSF	National Science Foundation
NSTC	National Science and Technology Council
PAIRFAM	Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics

136	PASS	Panel "Arbeitsmarkt und soziale Sicherung"
	PI	Persistent Identifier
	PIAAC	Programme for the International Assessment of Adult Competencies
	PIRLS	Progress in International Reading Literacy Study
	PISA	Programme for International Student Assessment
	PPP	Public Private Partnership
	PSELL	Panel Socio-Economique „Liewen zu Lëtzeburg“/The Luxembourg Household Panel Study
	PSID	Panel Study of Income Dynamics
	RatSWD	Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten
	RKI	Robert-Koch Institut
	RLMS	Russia Longitudinal Monitoring Study
	SAVE	Sparen und Altersvorsorge in Deutschland
	SciColl	Scientific Collections International
	SEK	Schwedische Kronen
	SHARE	Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe
	SHP	Swiss Household Panel (Schweizer Haushalts-Panel)
	SLID	Survey of Labour and Income Dynamics
	SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
	SoFIE	Survey of Family, Income and Employment
	TEI	Text Encoding Initiative
	TIMSS	Trends in International Mathematics and Science Study
	UAG	Unterarbeitsgruppe
	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
	UK	United Kingdom
	UKHLS	UK Household Longitudinal Study
	URL	Uniform Resource Locator

WGL	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.	137
WVS	World Values Survey	
WVSA	World Values Survey Association	
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	
ZBE	Zeitbudgeterhebung	
ZA	Zentralarchiv für empirische Sozialforschung	
ZDB	Zeitschriftendatenbank	
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen	
ZiF	Zentrum für interdisziplinäre Forschung	
ZPID	Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation	
ZUMA	Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen	

